Anträge

Inhaltsverzeichnis

1-GO	Geschäftsordnung der 3. Tagung des 7. Landesparteitages (Ersetzung)	3
A-0	Landtagswahlprogramm Präambel	7
A-0/ÄA-1	Änderungsantrag zu A-0	9
A-0/ÄA-2	Änderungsantrag zu A-0	10
A-1	Landtagswahlprogramm Kapitel 1	11
A-1/ÄA-1	Änderungsantrag zu A-1	44
A-1/ÄA-2	Änderungsantrag zu A-1	45
A-1/ÄA-3	Änderungsantrag zu A-1	46
A-1/ÄA-4	Änderungsantrag zu A-1	47
A-1/ÄA-5	Änderungsantrag zu A-1	48
A-1/ÄA-6	Änderungsantrag zu A-1	49
A-1/ÄA-7	Änderungsantrag zu A-1	50
A-1/ÄA-8	Änderungsantrag zu A-1	52
A-1/ÄA-9	Änderungsantrag zu A-1	53
A-1/ÄA-10	Änderungsantrag zu A-1	54
A-1/ÄA-11	Änderungsantrag zu A-1	55
A-1/ÄA-12	Änderungsantrag zu A-1	56
A-1/ÄA-13	Änderungsantrag zu A-1	57
A-1/ÄA-14	Änderungsantrag zu A-1	58
A-1/ÄA-15	Änderungsantrag zu A-1	59
A-1/ÄA-16	Änderungsantrag zu A-1	60
A-1/ÄA-17	Änderungsantrag zu A-1	61
A-1/ÄA-18	Änderungsantrag zu A-1	62
A-1/ÄA-19	Änderungsantrag zu A-1	64
A-2	Landtagswahlprogramm Kapitel 2	65
A-2/ÄA-1	Änderungsantrag zu A-2	87
A-2/ÄA-2	Änderungsantrag zu A-2	88
A-2/ÄA-3	Änderungsantrag zu A-2	89
A-2/ÄA-4	Änderungsantrag zu A-2	90
A-2/ÄA-5	Änderungsantrag zu A-2	91
A-2/ÄA-6	Änderungsantrag zu A-2	92
A-2/ÄA-7	Änderungsantrag zu A-2	93
A-2/ÄA-8	Änderungsantrag zu A-2	94
A-2/ÄA-9	Änderungsantrag zu A-2	95
A-2/ÄA-10	Änderungsantrag zu A-2	96

A-2/ÄA-11	Änderungsantrag zu A-2	98
A-2/ÄA-12	Änderungsantrag zu A-2	99
A-2/ÄA-13	Änderungsantrag zu A-2	100
A-2/ÄA-14	Änderungsantrag zu A-2	102
A-2/ÄA-15	Änderungsantrag zu A-2	103
A-2/ÄA-16	Änderungsantrag zu A-2	104
A-2/ÄA-17	Änderungsantrag zu A-2	105
A-2/ÄA-18	Änderungsantrag zu A-2	106
A-3	Landtagswahlprogramm Kapitel 3	107
A-3/ÄA-1	Änderungsantrag zu A-3	119
A-3/ÄA-2	Änderungsantrag zu A-3	120
A-3/ÄA-3	Änderungsantrag zu A-3	121
A-3/ÄA-4	Änderungsantrag zu A-3	122
A-4	Landtagswahlprogramm Kapitel 4	123
A-5	Landtagswahlprogramm Kapitel 5	127
A-5/ÄA-1	Änderungsantrag zu A-5	144
A-5/ÄA-2	Änderungsantrag zu A-5	146
B	#LeaveNoOneBehind!	147
C	Geeignete Infektionsschutzmaßnahmen	149

Antrag 1-GO: Geschäftsordnung der 3. Tagung des 7. Landesparteitages (Ersetzung)

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

1. Die Leitung des Landesparteitages erfolgt durch die jeweilige Tagungsleitung.
2. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der in den Kreis-und Stadtverbänden sowie landesweiten Zusammenschlüssen gewählten Delegierten anwesend sind.
3. Die Wahlen der Tagungsleitung und der Kommissionen des Landesparteitages erfolgen in offener Abstimmung und getrennt voneinander. Vorschläge für die Zusammensetzung der Arbeitsgremien können in einer gemeinsamen Liste eingebracht werden.
4. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der beschlossenen Tagesordnung und des Zeitplanes. Die Tagesordnung und der Zeitplan können auf Antrag und nach einer zeitlich auf maximal 10 Minuten zu begrenzenden Debatte mit einfacher Mehrheit geändert werden.
5. Die jeweilige Tagungsleitung hat die Aufgabe, die Verhandlungen des Landesparteitages gemäß der beschlossenen Tagesordnung zu leiten. Dazu kann/muss sie
    a. jederzeit zu Verfahrensfragen das Wort ergreifen,
    b. bei Überschreitung der Redezeit das Wort entziehen,
    c. bei Behandlung/Abstimmung aller Anträge leiten und
    d. bei Zustimmung der Redner/innen Anfragen zulassen.
6. Beschlüsse werden in offener Abstimmung und mit einfacher Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Delegierten gefasst, sofern die Bundessatzung nichts anderes vorschreibt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Stimmberechtigt sind nur die gewählten Delegierten. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Delegiertenkarten.
7. Rederecht haben alle Delegierten und Gäste. Wortmeldungen sind schriftlich bei der Tagungsleitung einzureichen. Die Reihenfolge der Redner/innen wird durch die Reihenfolge ihrer Wortmeldungen und der Quotierung bestimmt.
8. Die Redezeit beträgt:

1. a. für die Begründung bzw. Einbringung der Anträge, die in den vorliegenden

Tagesordnungspunkten aufgeführt sind, maximal 15 Minuten,

b. für die Begründung und Einbringung aller weiterer Anträge und Initiativanträge jeweils maximal 5 Minuten,

c. für die Einbringung von Änderungsanträgen zu den entsprechenden Tagesordnungspunkten jeweils maximal 3 Minuten

d. für Diskussionsbeiträge während der Antragsberatung jeweils maximal 5 Minuten

e. für die Vorstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Einzelwahlgänge entsprechend Punkt 8 der Wahlordnung jeweils maximal 7 Minuten

f. für die Vorstellung aller anderer Kandidatinnen und Kandidaten jeweils maximal 3 Minuten

g. für Anfragen bzw. Statements an Kandidatinnen und Kandidaten jeweils 1 Minute. Die Zeit für Fragen an die und Stellungnahmen zu den Bewerberinnen und Bewerbern
soll 5 Minuten nicht übersteigen.

h. für die Beantwortung von Anfragen und Erwiderungen auf Stellungnahmen maximal 5
Minuten für die Bewerberinnen und Bewerber der Einzelwahlgänge (entsprechend Punkt 8 der Wahlordnung), für die übrigen Kandidatinnen und Kandidaten maximal 2 Minuten.

Längere Redezeiten sind zu beantragen und durch die einfache Mehrheit der Delegierten zu bestätigen. Delegierte haben das Recht, Anfragen an die DiskussionsrednerInnen zu stellen bzw. Bemerkungen zu machen. Die Redezeit hierfür beträgt 1 Minute.

9. Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Redner/innenliste sofort behandelt. Sie können nur von Delegierten gestellt werden. Vor der Abstimmung sind eine Gegen-sowie eine Fürrede zum Antrag zulässig. Die Redezeit hierfür beträgt maximal 2 Minuten.

10. Der Antrag auf „Schluss der Debatte“ oder „Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt“ kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden. Das Recht zu dieser Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Die Annahme bedarf der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Delegierten. Vor der Beschlussfassung ist die Redner/innenliste zu verlesen.

11. Delegierte können nach Abschluss von Tagesordnungspunkten persönliche Erklärungen abgegeben. Die Redezeit beträgt 2 Minuten.

12. Anträge an den Parteitag

a. Anträge an den Landesparteitag sind fristgemäß lt. Landessatzung schriftlich einzureichen. Anträge, welche von Kreis und Ortsverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, der linksjugend [´solid] Thüringen, Organen

der Partei, dem Frauenplenum oder Kommissionen des Parteitages, dem geschäftsführenden Landesvorstand oder mindestens von 15 Delegierten gestellt werden, sind durch den Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand bzw. den Landessauschuss zu überweisen. Als Dringlichkeitsanträge gelten Anträge, deren Anlass nach Antragsschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn des Parteitages, eingetreten ist. Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des Parteitages ergibt. Dringlichkeits-und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 25 Delegierten auch unmittelbar auf dem Parteitag eingebracht werden.

b. Änderungsanträge zu fristgemäß eingereichten Anträgen sind spätestens eine Woche vor dem Parteitag an die Antragskommission schriftlich einzureichen. Änderungsanträge, die sich nach Ende der Antragsfrist aus der Debatte der Antragskommission oder direkt aus der Debatte des Parteitages ergeben, sind gemeinsam mit der Antragskommission zu formulieren oder mit 15 Delegiertenunterschriften einzubringen.

c. Die Antragskommission prüft, ob die Voraussetzungen für eine Antragsbehandlung auf dem Parteitag vorliegen. Bei Dringlichkeits- oder Initiativanträgen prüft die Antragskommission das Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Pkt. 12 a. Die Antragskommission hat das Recht, Anträge für unzulässig zu erklären, wenn sie die formalen Voraussetzungen der Landessatzung oder dieser Geschäftsordnung nicht erfüllen. Die Antragskommission unterbreitet dem Parteitag einen Vorschlag zur Behandlung der Anträge hinsichtlich der Beratung durch den Parteitag oder der Überweisung gemäß Punkt 12 a. Zudem kann sie insbesondere mit AntragstellerInnen und EinreicherInnen Änderungen oder Zusammenfassungen von Anträgen beraten.

d. Bei Anträgen kann zwischen EinreicherInnen und UnterstützerInnen unterschieden werden. Die EinreicherInnen sind berechtigt, Änderungsanträge zu übernehmen, ihre Anträge zurückzuziehen.

13. Das Abstimmungsverfahren ist wie folgt geregelt:

a. Die Tagungsleitung leitet das Abstimmungsverfahren.

b. Der Antragsteller kann den Antrag einbringen.

c. Eine Gegen-und eine Fürrede sind zulässig.

d. Die Antragskommission informiert über das Beratungsergebnis und unterbreitet einen Vorschlag zur Behandlung gemäß Punkt. 12 c.

e. Über den Antrag lässt die Tagungsleitung abstimmen.

f. Jede/r Delegierte kann zu einem Antrag eine getrennte Abstimmung über Teile des Antragstextes verlangen.

Begründung

Die von der 2. Tagung beschlossenen Änderungen der Geschäftsordnung des 7. Landesparteitages haben hinsichtlich der Rolle der Antragskommission zu Unklarheiten bei den Delegierten und den Mitgliedern der Antragskommission geführt. Die geänderte Geschäftsordnung ließ in ihrem Text unterschiedliche Interpretationen zu. Insbesondere war nicht klar, worin die Legitimationsgrundlage und der Aufgabenumfang der Antragskommission bestehen. Gleichzeitig machte eine Vielzahl der Delegierten klar, dass sie die Arbeit einer funktionierenden Antragskommission für unerlässlich halten.

Mit der jetzt vorliegenden Fassung werden die Aufgaben der Antragskommission als ein durch Parteitagsbeschluss legitimiertes Arbeitsgremium klar definiert.

Die auf der 2. Tagung mit Mehrheitsbeschluss abgeschaffte Abstimmungsempfehlung gehört nicht mehr zu den Aufgaben der Antragskommission.

Antrag A-0: Landtagswahlprogramm Präambel

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

Sie haben mit einer beeindruckend hohen Beteiligung am 27. Oktober 2019 von Ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. In Ihrem Votum kam die große Anerkennung für Bodo Ramelow und die von ihm geführte Rot-Rot-Grüne Landesregierung zum Ausdruck, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurden wir, DIE LINKE. Thüringen, stärkste politische Kraft in einem Bundesland. Dieses Vertrauen in uns sehen wir als Auftrag, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen: Soziale Gerechtigkeit, gute Löhne, sichere Renten und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ebenso wie Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

Das Wahlergebnis stellte die demokratischen Parteien im Thüringer Landtag vor die Aufgabe, Landesinteressen über Parteiinteressen zu stellen. Statt Parteitaktik war es nötig, neue politische Wege im Interesse unseres Landes zu beschreiten. An dieser Herausforderung sind CDU und FDP vollständig gescheitert.

Nur um die weitere erfolgreiche Tätigkeit Bodo Ramelows zu verhindern, waren sie zum Tabubruch bereit. Der FDP-Politiker Thomas L. Kemmerich ließ sich von der AfD zum Ministerpräsidenten wählen, die CDU gab sich trotz aller Warnungen für dieses Manöver her.

Die demokratische Öffentlichkeit hat sich diesem gefährlichen Tabubruch entgegengestellt. Bereits nach 24 Stunden musste Herr Kemmerich seinen Rücktritt ankündigen. Seine Ein-Mann-Regierung bestand vier Wochen.

Gerade rechtzeitig vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie konnte die zweite Regierung Ramelow ihre Arbeit aufnehmen. Zu verdanken ist dies dem gemeinsamen Agieren von Demokratinnen und Demokraten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dem daraus entstehenden Druck konnte sich auch die Thüringer CDU nicht länger entziehen. Die Zivilgesellschaft schuf die Grundlage für die Zusammenarbeit der rot-rot-grünen Parteien DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Thüringer CDU bis zu der nun kommenden vorgezogenen Landtagswahl am 25. April 2021.

Bei dieser Wahl haben Sie die Entscheidungsmöglichkeit. Soll Thüringen weiterhin mit politischen Ränkespielen von CDU und FDP, der Zusammenarbeit beider Parteien mit der AfD und mit der Selbstüberschätzung eines Politikers wie Thomas L. Kemmerich verbunden werden? Oder soll erfolgreiches Krisenmanagement zur Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen der Regierung Ramelow unseren Freistaat ausmachen?

Wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow, stehen für verlässliche Politik und sachgemäße Entscheidungen. Dafür braucht es klare Verhältnisse und die Bereitschaft der demokratischen Parteien zur Zusammenarbeit.

Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

die Corona-Krise ist der schwerste Einschnitt in unsere Landesentwicklung seit der Wiedergründung unseres Freistaates. Wir haben gezeigt, dass wir das Land sicher durch die Krise steuern und dabei unser Ziel nicht aus dem Auge verlieren.

Die Pandemie hat jede und jeden von Ihnen und unser Gemeinwesen vor große Herausforderungen gestellt. Solidarität, gegenseitige Rücksichtnahme und Verantwortung sind und bleiben die Grundwerte unseres Zusammenlebens. Der Bund und die Länder haben gemeinsam große Anstrengungen unternommen, um Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmern, Selbständigen und Unternehmen den Weg durch die Krise zu ermöglichen.

Unser Ziel ist es, aus der Krise gestärkt hervorzugehen. Mit klugen Zukunftsinvestitionen, beschleunigter Umsetzung der von Digitalisierung und einem klaren Bekenntnis zur staatlichen Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge gestalten wir die 20er Jahre dieses Jahrhunderts.

Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

das Wahlergebnis vom 27. Oktober 2019 hat zugleich deutlich gemacht, dass unsere Demokratie akut bedroht ist. Die Verdoppelung des Stimmenanteils für eine Partei, an deren Spitze ein Faschist agiert, muss alle herausfordern, die für ein weltoffenes Thüringen, die Achtung der Menschenwürde und die Menschenrechte eintreten. Die Attentate in Halle und Hanau haben die mörderischen Konsequenzen der anhaltenden antisemitischen und rassistischen Agitation und Propaganda der extremen Rechten verdeutlicht. Dieser rechtterroristischen Bedrohung, politisch flankiert durch die völkisch-nationalistische AfD als deren parlamentarischer Arm, gilt es auf den Straßen, in den Parlamenten, aber auch in Amtsstuben Widerstand entgegenzusetzen.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen uns in der Pflicht, für die soziale Demokratie als Grundlage einer Gesellschaft freier und gleicher Menschen einzustehen. Hand in Hand mit denen, die sich für eine solche lebenswerte Gesellschaft einsetzen, wollen wir praktische Antworten auf die kleinen und großen Fragen des Alltags finden, ohne dabei die Auswirkungen globaler Krisen auf uns alle aus den Augen zu verlieren. Egal, ob bei Fridays for future, Black Lives Matter, der Antifa, Omas gegen Rechts oder den Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden – überall finden wir Verbündete im Streit für eine Kultur der Menschenwürde, die alle ohne Angst verschieden sein lässt.

Eine Stärkung der LINKEN in Thüringen und stabile Mehrheitsverhältnisse für die Fortsetzung von Rot-Rot-Grün und unserem Land wären ein wichtiges Signal für eine sozial gerechte, die Demokratie verteidigende und ausbauende, Bildung und Kultur fördernde, das Klima und die Umwelt schützende und eine friedenssichernde Politik.

Hierfür, liebe Thüringerinnen und Thüringer, bitten wir Sie um ihre Unterstützung bei der vorgezogenen Landtagswahl am 25. April 2021.

Antrag A-0/ÄA-1: Änderungsantrag zu A-0

Änderungsantrag zu A-0

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), BO Innen[Stadt] Weimar, Hubert Krüger (Nr. 204)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 16

15 Nur um die weitere erfolgreiche Tätigkeit Bodo Ramelows zu verhindern, waren sie zum
16 ~~Tabu~~Dammbruch bereit. Der FDP-Politiker Thomas L. Kemmerich ließ sich von der AfD zum
17 Ministerpräsidenten wählen, die CDU gab sich trotz aller Warnungen für dieses Manöver
18 her.

Zeile 19

19 Die demokratische Öffentlichkeit hat sich diesem gefährlichen ~~Tabu~~Dammbruch
20 entgegengestellt. Bereits nach 24 Stunden musste Herr Kemmerich seinen Rücktritt
21 ankündigen. Seine Ein-Mann-Regierung bestand vier Wochen.

Begründung

Direkt nach der Wahl von Thomas L. Kemmerich zum Ministerpräsidenten Thüringens verwendete DIE LINKE Thüringen den Begriff „Dammbruch“. Dieser Wortlaut wurde auch von den Medien übernommen. Allein schon wegen des Wiedererkennungswertes sollte diese Formulierung so beibehalten werden. Außerdem wirkt „Tabubruch“ wie eine Verharmlosung des Vorfalls.

Antrag A-0/ÄA-2: Änderungsantrag zu A-0

Änderungsantrag zu A-0

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 28

22 Gerade rechtzeitig vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie konnte die zweite Regierung
23 Ramelow ihre Arbeit aufnehmen. Zu verdanken ist dies dem gemeinsamen Agieren von
24 Demokratinnen und Demokraten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dem daraus
25 entstehenden Druck konnte sich auch die Thüringer CDU nicht länger entziehen. Die
26 Zivilgesellschaft schuf die Grundlage für die Zusammenarbeit der rot-rot-grünen
27 Parteien DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Thüringer CDU bis zu der
28 nun kommenden vorgezogenen Landtagswahl am 25. April 2021. Wichtige politische Vorhaben, für die wir Sie mit unserem Regierungsprogramm 2019 um Ihre Stimme gebeten hatten, konnten in dieser Konstellation - dem Stabilitätspakt der rot-rot-grünen Minderheitsregierung mit der CDU -nicht umgesetzt oder begonnen werden.

Begründung

Die überwiegende Mehrzahl der 2019 im Landtagswahlprogramm formulierten Positionen stellen wir mit diesem Wahlprogramm erneut zur Wahl. Das liegt sicherlich auch an der Pandemie, ebenso wie daran, dass manches mit den Koalitionspartner*innen nicht geeint werden und im Koalitionsvertrag verankert werden konnte. Aber in der Hauptsache liegt es am Wahlergebnis und der sich daraus ergebenden Konstellation, quasi in ständigem Aushandlungsprozess mit der CDU regieren zu müssen. Das sollte im Landtagswahlprogramm wenigstens benannt werden.

Antrag A-1: Landtagswahlprogramm Kapitel 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Sozial und solidarisch in der Krise – Für eine solidarische Zukunft – Wir machen`s gerecht

Unsere Gesellschaft steht angesichts der Corona-Pandemie vor großen Herausforderungen, deren Umfang sich erst allmählich abzeichnen. Es war richtig, dass Bund und Länder große Anstrengungen unternommen haben, um die negativen Folgen für Wirtschaft und Beschäftigte abzufedern und die soziale Sicherheit der Menschen zu garantieren. Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben die Maßnahmen bezüglich des Kurzarbeitergeldes, die Liquiditätshilfen für Unternehmen und Selbstständige und die weiteren Hilfen unterstützt, ohne dabei deren Schieflage zu übersehen: Milliarden zur Rettung von Konzernen auf der einen Seite, auf der anderen bürokratische und kaum sachgerechte Angebote an Soloselbstständige und die vielen anderen von den Auswirkungen der Pandemie Betroffenen. Deshalb haben wir uns eindringlich für ergänzende Maßnahmen zugunsten jener Menschen eingesetzt, die aufgrund ihrer besonderen beruflichen oder persönlichen Situation bisher nicht von den bereits vereinbarten oder angekündigten Angeboten erreicht wurden.

- Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir in Form eines ersten Thüringer Hilfspakets einen sozialen Schutzschirm für die von der Krise besonders betroffenen Thüringerinnen und Thüringer, Unternehmen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, Vereine und Verbänden aufgespannt. Das betraf und betrifft besonders die vielen Kulturschaffenden, Kleinstunternehmerinnen und -unternehmer und Menschen im Dienstleistungsbereich, für die die Hilfsprogramme des Bundes unzureichend waren.
- Wir unterstützen die Thüringer Städte, Gemeinden und Landkreise mit Soforthilfen, um die zu erwartenden Ausfälle von Steuereinnahmen auszugleichen. Zusätzlich zu den Bundeshilfen haben wir die Thüringer Firmen mit weiteren finanziellen Hilfen unterstützt. Für die Landwirtschaft wurde ein Soforthilfeprogramm aufgelegt. Unterstützung erhielt das Dienstleistungsgewerbe, insbesondere in den Bereichen Tourismus und Gastronomie, ebenso gemeinnützige Träger, die Sozialverbände, Arbeitsmarktträger, Berufsbildungsträger und Träger von Geburtshäusern. Geholfen haben wir Museen, Theatern und Orchestern, Festivals, der Soziokultur und den Freien Theatern und Kulturstiftungen.
- Allen Thüringer Eltern wurden für die Monate April, Mai und Juni 2020, in denen die Kindereinrichtungen geschlossen oder nur im Notbetrieb geöffnet waren, die

Beträge erlassen. Sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern wurden durch uns bei der Anschaffung von digitalen Endgeräten unterstützt. Den vom Bund gezahlten Bonus für die Beschäftigten in der Altenpflege haben wir um 500 auf 1.500 Euro aufgestockt.

Sozial gerecht für Alle

Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen in der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit die entscheidende Herausforderung für die Politik in unserem Land. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir gezeigt, dass eine Politik der Solidarität gelingen kann. Wir haben die

Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens gemeinsam mit vielen Engagierten in unserem Land erhalten und ausgebaut. Wir setzen Programme gegen Kinder- und Altersarmut um und unterstützen Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Pflegekräfte sowie Pflegebedürftige und entlasten Familien. Wir sichern Krankenhäuser und fördern sozialen Wohnungsbau. Wir denken unsere Politik von den Bedürfnissen der Menschen in Thüringen her. Unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, sozialer Stellung oder sexueller Orientierung der Menschen.

Wir werden deshalb den von uns begonnenen Weg der integrierten und beteiligungsorientierten Sozialplanung konsequent fortsetzen. Wir wollen eine bereichsübergreifende Planung von Jugend-, Gesundheits-, Familien- und Pflegepolitik inklusive der Politik für Menschen mit Behinderung. Hierfür werden wir ein bereichsübergreifendes Planungsreferat aufbauen, das Querschnittsthemen wie Integration, Infrastrukturentwicklung und Wohnungspolitik ganzheitlich bearbeitet. Gleichzeitig wollen wir die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Sozialplanung verbessern und damit ihre Mitwirkung und Mitentscheidung stärken. Wir setzen uns einen Forschungsbereich/eine Forschungsstelle zum Thema Sozialplanung an einer Thüringer Hochschule ein. Wir wollen einen deutschlandweit einmaligen öffentlich finanzierten Masterstudiengang Sozialplanung einrichten.

Frauen und Mädchen: gleiche Rechte, gleiche Chancen – gerade jetzt

Den größten Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen und Folgen der Krise leisten Frauen. Sie sind überdurchschnittlich in den systemrelevanten Berufen beschäftigt und damit auch besonders gefordert. Sehr oft waren und sind sie diejenigen, die im familiären Bereich die Ausnahmesituationen meistern, hauptsächlich sie erziehen, lehren, pflegen, kümmern sich. Die Doppelbelastung durch Erwerbs- und Familienarbeit, der Frauen auch vor Corona ausgesetzt waren, spitzt sich dramatisch zu und führt nicht selten zu einer Überlastung der Frauen und zusätzlichen Belastungen der Familien.

Gleichzeitig hat die mehrheitliche Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, das vom Thüringer Landtag beschlossene Paritätsgesetz (das die Parteien verpflichten sollte, ihre Landeslisten bei Landtagswahlen mit mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen) aufzuheben, den Bestrebungen für eine wirkliche Gleichberechtigung von Frauen in unserer Gesellschaft einen Rückschlag zugefügt. Wir lassen uns durch dieses Urteil jedoch nicht entmutigen und kämpfen weiterhin für mehr weibliche Partizipation und eine starke feministische Perspektive. Wir wollen, dass

Frauen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben ohne Einschränkung und gleichberechtigt teilhaben können. Wir stehen für mehr Partizipation auf allen gesellschaftlichen Ebenen, mehr Frauen in Führungspositionen, gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen, die Abschaffung des Ehegatten-Splittings. Wir sind gegen Altersarmut von Frauen und für die gleichberechtigte Verteilung von familiärer Pflege- und Sorgearbeit und für einen umfassenden Schutz von Frauen vor Gewalt.

- Wir werden das Thüringer Gleichstellungsgesetz mit Blick auf verbindliche Handlungsmöglichkeiten für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen und im Land sowie die verpflichtenden Anforderungen an die Verwaltungen novellieren. Unser Ziel besteht in der Stärkung der Stellung der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Kompetenzen. Hierfür bedarf es auch einer stärkeren personellen Ausstattung. Auf Landesebene setzen wir uns für eine Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik ein, die von der bzw. dem Landesgleichstellungsbeauftragten geleitet werden soll.
- Wir werden deshalb der Gleichstellungspolitik im gesetzgeberischen Handeln eine stärkere Gewichtung zukommen zu lassen. Hierzu wollen wir alle Haushaltsentscheidungen hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Geschlechter besonders prüfen. (Genderbudgeting)
- Wir setzen uns für verbesserte Aufstiegschancen von Frauen im öffentlichen Dienst ein und wollen auch die Privatwirtschaft stärker in Verantwortung nehmen. Auf Bundesebene fordern wir die Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für die Entgeltgleichheit.
- Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Angebote und Bedarfe für wohnortnahe Schwangerschaftsabbrüche evaluiert werden, um Lücken in der Versorgung schließen zu können. Wir, DIE LINKE. Thüringen, fordern die ersatzlose Streichung des Paragraphen 219a und 218 Strafgesetzbuch (StGB). Wir wollen Informationsfreiheit und Selbstbestimmung Schwangerer.
- Nachdem auch auf unsere Initiative die Strukturen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt aufgebaut werden sollen, setzen wir uns für die Bereitstellung dringend notwendiger personeller und finanzieller Ressourcen ein. Ein schneller Ausbau der Plätze in Gewaltschutzeinrichtungen ist ebenso unser Ziel wie ein nachhaltiges und breites Gewaltschutznetz in Thüringen. Es muss allen betroffenen Frauen und Mädchen zugänglich sein, besonders in Pandemiezeiten, in denen sich aufgrund der notwendigen Einschränkungen die Gefahr häuslicher Gewalt erhöht. In solchen Situationen müssen zukünftig die Hilfsangebote für betroffene Frauen und Mädchen verstärkt öffentlich bekannt gemacht und deren ständige Erreichbarkeit gesichert werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen barrierefrei ausgebaut sein müssen. Wir unterstützen Vereine und Vorstände bei der Antragstellung für die von der Bundesregierung in den kommenden Jahren zur Verfügung gestellten Mittel für Investitionen in Frauenhäuser, Frauenschutzwohnungen und Frauenberatungsstellen. Frauen mit Behinderungen,

Frauen mit Suchterkrankungen und pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls in einer Schutzeinrichtung Zuflucht finden können. Hierfür wollen wir die Betreuungsstrukturen bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder Pflegediensten weiterentwickeln. Für Frauen mit Behinderungen soll es perspektivisch möglich sein, durch ihre Assistenzkräfte in die Frauenhäuser und Schutzwohnungen begleitet zu werden.

- Wir wollen eine bessere Vernetzung der Frauenschutzeinrichtungen, damit eine schutzsuchende Frau nicht von einem ausgelasteten Frauenhaus abgewiesen werden muss, sondern gezielt an ein Haus weitervermittelt werden kann, in dem Plätze frei sind. Die Netzwerkarbeit zwischen Polizei, Frauenhäusern, Interventionsstellen und weiteren bei Bedarf involvierten Stellen und Ämtern soll insbesondere in Hochrisikofällen zur Vermeidung schwerster Gewalttaten und Mord ausgebaut werden. Zum Schutz vor häuslicher Gewalt gehört auch, Männer vor gewalttätigen Partnerinnen zu schützen und mit dem Männerschutzprojekt A 4 den Bedarf und das Konzept für eine Männerschutzwohnung zu klären.
- Wir wollen für die durch die Corona-Krise in Existenznöte gebrachten Sexarbeiterinnen und –arbeiter ein Unterstützungsnetzwerk aufbauen, um sie zu schützen und zu stärken. Hierfür werden wir eine entsprechende Fachberatungsstelle einrichten.

Ernsthaftigkeit und Augenhöhe im Verhältnis zu Kindern und Jugendlichen

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen erfordern gesetzlich verbriefte Rechte, verlässliche Strukturen ihrer Selbstvertretung, Kontinuität bei den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung. Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen deshalb eine Ausweitung der Rechte von Kindern in der Thüringer Verfassung und in der Kommunalordnung. Wir setzen uns für die gesetzliche Verankerung und die Dynamisierung der Mittel für die örtlichen Jugendförderung und Schulsozialarbeit im Landeshaushalt ein.

Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass im Rahmen der Corona-Krise die Beteiligung junger Menschen in Schule und Jugendhilfe oft übergangen wurde, obwohl es genug Möglichkeiten gibt, diese auch auf neuen Wegen zu gewährleisten. Wir werden diesen Fehler nicht wiederholen und Kinder und Jugendliche auch in schwierigen Zeiten stärker einbeziehen, damit sie Selbstwirksamkeit erfahren, sie betreffende Entscheidungen selbst treffen oder beeinflussen und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können.

- Wir werden die Gründung einer landesweiten Kinder- und Jugend-Selbstvertretung unterstützen und ein Programm auflegen, das explizit die Tätigkeit von Kreisjugendringen und deren Neugründung befördert. Gleichzeitig werden wir die Förderung landesweiter Jugendstrukturen verstetigen. Wir werden uns für die Einrichtung einer Stelle einer/eines Kinderbeauftragten des Landes als Interessenvertretung und Initiatorin/Initiator von Beteiligungsprozessen einsetzen. Wir wollen die Jugendforschung stärker fördern, um eine bessere Untersetzung jugendpolitischer Entscheidungen zu gewährleisten. Im Bundesrat werden wir uns für eine Verankerung der UN-Kinderrechte im Grundgesetz

einsetzen.

- Wir werden den finanzschwachen Kommunen und Kreisen die Abrufung der Mittel aus der örtlichen Jugendförderung erleichtern. Für die Mittel der örtlichen Jugendförderung wollen wir Verpflichtungsermächtigungen auf mindestens 4 Jahre erreichen, damit kommunale Jugendförderpläne längerfristige Finanzierungssicherheit haben. Wir wollen eine Evaluierung der örtlichen Planungsprozesse in der Kinder- und Jugendhilfeplanung. Wenn erforderlich, wollen wir gesetzliche Veränderungen vornehmen, um eine vielfältige, plurale, lebendige Jugendförderung flächendeckend umzusetzen.
- Wir werden im Interesse der Stärkung des Kinder- und Jugendschutzes dessen personelle Ausstattung verbessern und eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit von Kinderschutzdiensten, Jugendhilfe, Jugendämtern, Bildungseinrichtungen, Gewaltschutzeinrichtungen und Gesundheitswesen befördern.
- Wir wollen Kindern und Jugendliche vor häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch, vor Mobbing in Kindergärten und Schulen besser schützen. Ein Element hierfür ist das neue Amt der/des Landesbeauftragten für Kinderschutz und zur Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern.
- Wir werden im Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz konkrete Standards als Pflichtleistung der öffentlichen Träger der Jugendhilfe festlegen. Wir setzen uns für die Umsetzung der vom Landesjugendhilfeausschuss beschlossenen Qualitätsstandards im Kinder- und Jugendschutz ein.
- Wir wollen höhere Qualifizierungsanforderungen an Familienrichterinnen und -richter im Bereich des Kindschafts-, Kinder- und Jugendhilferechts. Für die Verfahrensbeistände an den Familiengerichten wollen wir verbesserte und einheitliche Qualifikationsstandards. Wir wollen für die Studienrichtungen Jura, Medizin, Erziehungswissenschaften und Soziale Arbeit die Ziele und Methoden des Kinderschutzes verbindlich in die Studienpläne aufnehmen, um die Qualifizierungsstandards in diesem Bereich für alle pädagogischen und sozialen Berufe zu sichern. Diesbezüglich sind alle Fachkräfte kontinuierlich weiterzubilden.
- Wir wollen das Kinder- und Jugend-Sorgen-Telefon des Freistaates Thüringen als wichtigen Baustein in der Beratungslandschaft sichern und verstetigen.
- Wir wollen freiheitsentziehende Maßnahmen für Kinder und Jugendliche ohne Strafmündigkeit und ohne vorwerfbare Straftaten weitestgehend ausschließen. Wir sehen die Notwendigkeit, Kindern und Jugendlichen in schwierigen Situationen tatsächlich zu helfen und dabei neue Wege zu gehen. Neben spezialisierten Angeboten für betroffene Jugendliche wollen wir verstärkt auf die individuelle Förderung setzen und hierfür die personellen Voraussetzungen in der Kinder- und Jugendhilfe schaffen.

Kinderarmut bekämpfen

Arme Kinder leiden nicht nur unter schlechter Ernährung und unzureichender ärztlicher Versorgung, sie haben auch schlechtere Chancen auf Bildung. Ihre Möglichkeiten für

gesellschaftliche Teilhabe und soziale Beziehungen sind stark eingeschränkt. Von vielen Bereichen des Lebens wie Kinobesuchen, der Pflege von Hobbys in Vereinen oder zusätzlichem Musikunterricht sind sie weitgehend ausgeschlossen.

Die Corona-Pandemie hat die mangelnde gesellschaftliche Teilhabe bedürftiger Kinder verschärft. Ärmeren Kindern war es mangels digitaler Ausstattung zu Hause sehr oft nicht möglich, adäquat am Homeschooling teilzunehmen. (Studie des Institutes der Deutschen Wirtschaft: nur knapp 28 Prozent aller 12-Jährigen haben einen eigenen PC. Bei armen Kindern liegt dieser Anteil bei nur 15 Prozent.) Hinzu kommt das Problem fehlender Internetanschlüsse. Wir, DIE LINKE. Thüringen, kritisieren die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche im Hartz-IV-Bezug zum 1. Januar 2021 als unzureichend, denn sie geht an der Lebensrealität vorbei.

- Wir sehen im Kampf gegen die wachsende Kinder- und Jugendarmut in unserer Gesellschaft als einzigen Ausweg nur den Ausbau des Sozialstaates, um die von Armut betroffenen Familien nachhaltig zu unterstützen. Wir wollen eine starke öffentliche Infrastruktur, die allen Kindern Förderung und Teilhabe ermöglicht. Wir werden in Thüringen Bildung schrittweise gebührenfrei gestalten und mit der Gewährung notwendiger Nachteilsausgleiche versuchen, die sozialen Unterschiede auszugleichen und gleiche Chancen zu eröffnen.
- Wir werden den Zugang zur digitalen Welt für alle Kinder und Jugendlichen kostenlos ermöglichen. Die Schulgebühren im Bereich der Berufsbildung wollen wir abschaffen.
- Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Kindergeld nicht länger auf die SGB- II-Leistungen und den Unterhaltsvorschuss angerechnet wird. Es ist absurd, diese zur Stärkung von Kindern gedachten Mittel armen Familien wieder abzuziehen. Zugleich werden wir im Bundesrat die Einführung einer Kindergrundsicherung fordern, um dem wichtigen gesellschaftlichen Ziel, Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern und Kinderarmut ein für alle Mal zu überwinden, näher zu kommen.

Familien in ihrer Vielfalt unterstützen

Wir, DIE LINKE. Thüringen, vertreten ein vielfältiges Familienbild, in dem allen Partnerschaften, in denen Menschen aus Liebe füreinander, für ihre Kinder und die eigenen Eltern Verantwortung übernehmen, einen gleichberechtigten Platz haben. Unsere Familienpolitik orientiert sich deshalb an den Bedürfnissen der Menschen und behandelt alle Familienformen und Generationen gleich. Wir wollen alle Menschen in der Vielfalt ihrer Lebensentwürfe mit unseren Angeboten in ihrem Lebensumfeld erreichen und niemanden zurücklassen. Deshalb werden wir das von Rot-Rot-Grün aufgelegte Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ auf 20 Millionen Euro jährlich aufstocken und es inhaltlich erweitern. Das betrifft die „Thüringer Initiative gegen Einsamkeit“, die die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen stärkt und ihre Lebensqualität verbessert. Hierzu gehört auch die Initiierung eines „Sonderprogramms Familienkarte“ auf kommunaler Ebene, das den Landkreisen mit vorhandener Familienkarte ermöglichen soll, ihre Angebote gemeinsam

mit den Anbietern vor Ort auszubauen und Landkreisen ohne Familienkarte stärker in die Lage versetzt werden, eine solche anzubieten.

- Wir unterstützen die geplante Evaluierung des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ durch das linksgeführte Sozialministerium. Mit ihr wird die Qualität und die Zielerreichung des Landesprogramms beständig sichergestellt.
- Wir werden das vom linksgeführten Sozialministerium eingeführte Sonderprogramm „Familienerholung“ verstetigen, von dem bisher viele Thüringer Familien profitieren konnten.
- Mit der Einführung eines landesweiten Familienpasses wollen wir allen Familien die Chance geben, gemeinsam und kostengünstig Kultur zu erleben.
- Wir wollen in ganz Thüringen vielfältige und niedrigschwellige Angebote für die Familien unterbreiten und dabei die besonderen Bedürfnisse und Wünsche von Alleinerziehenden und Regenbogen-Familien stärker berücksichtigen. Dabei unterstützen wir auch weiterhin die Arbeit des Landesfamilienrats und die Umsetzung des Landesfamilienförderplans.
- Die bestehenden Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen sowie Familien- und Frauenzentren werden wir gerade in den Zeiten der Krise weiter aufrechterhalten und ausfinanzieren.

Aktive Seniorinnen und Senioren

Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für ein positives Bild des Alters und Alterns. Ältere Menschen zeigen ein hohes gesellschaftliches Engagement und erwarten zu Recht, als aktive Bürgerinnen und Bürger angesprochen zu werden. Wir würdigen ihre Verdienste für unser Zusammenleben und werden den großen persönlichen Einsatz vieler weiterhin fördern.

Ältere Menschen waren und sind von den Einschnitten durch die Pandemie in besonderer Weise betroffen. Sie sind einem erhöhten Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf ausgesetzt und haben deshalb einen besonderen Anspruch, vor einer Infektion geschützt zu werden. Ihnen gegenüber, wie auch den Menschen mit Vorerkrankungen, ist ein solidarisches Verhalten im Alltag ein Gebot der Solidarität.

Das solidarische Verhalten im Alltag zum Schutz der Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Vorerkrankungen vor einer Infektion ist und bleibt weiterhin die Aufgabe unserer Gesellschaft. Wir, DIE LINKE. Thüringen, unterstützen dies mit allen unseren Möglichkeiten. Wir lehnen die Isolierung und Separierung von „Risikogruppen“, insbesondere älteren Menschen, strikt ab.

- Wir werden Seniorinnen und Senioren mit ihren eigenständigen Ansprüchen und Bedürfnissen weiterhin unterstützen. Dabei setzen wir auch auf die Umsetzung, Weiterentwicklung und kommunale Verankerung des Seniorenmitwirkungs und -beteiligungsgesetzes in Thüringen.
- Wir werden ein Förderprogramm für gutes Älterwerden im vertrauten Wohnumfeld auflegen, das barrierefreie und generationenübergreifende Wohn- und Betreuungsformen miteinander kombiniert sowie Seniorengenossenschaften und

weitere altersunterstützende Angebote fördert.

- Wir wollen ein Programm „Älter werden in der Gemeinschaft – Thüringer Initiative gegen Einsamkeit“ (AGATHE) etablieren und schrittweise ausbauen.
- Wir werden uns für vergünstigte Tarife für Seniorinnen und Senioren bei der Nutzung von Kultur- und Freizeitangeboten sowie eine bessere Abstimmung der Angebote auf die Bedarfe älterer Menschen einsetzen.
- Wir werden gemeinsam mit den Seniorenbeiräten und dem Landesseniorenrat Maßnahmen prüfen, um älteren Menschen die Teilhabe an der Digitalisierung zu ermöglichen. Im Vordergrund stehen zunächst die digitale Grundversorgung und die digitale Bildung.
- Wir werden das Problem der Gewalt in der Pflege stärker in den Blick nehmen - sowohl Gewalt gegen zu Pflegende als auch gegen Pflegerinnen und Pfleger.

Selbstbestimmt teilhaben

Wir, DIE LINKE. Thüringen, streiten für die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft in allen Lebensphasen. Ob Kita, Schule oder Hochschule, in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und auch in der Politik und der Zivilgesellschaft, – überall sollen Menschen mit Behinderung ihren inklusiven Platz haben und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Wir wollen deshalb die Einführung eines Ehrenamtsassistenzfonds aus Landesmitteln für Menschen mit Behinderung.

Die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen wurde durch die Corona-Krise besonders stark beschnitten. Das liegt an den Schließungen der Werkstätten und damit dem Wegfall des sozialen Bezugsrahmens und der Arbeitsstelle sowie der Sorge vor einer Infektion und dem erschwerten Alltag durch die Gesundheitsschutzmaßnahmen.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen jedoch weiterhin die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umsetzen. Dies gilt angesichts der zusätzlichen Problemlagen durch die Pandemie in besonderer Weise. Inklusion, umfassende Barrierefreiheit und volle Teilhabe in allen Lebensbereichen sind auch weiterhin unsere Ziele, die wir gemeinsam mit den Interessenvertretungs- und Beteiligungsstrukturen von Menschen mit Behinderungen erreichen wollen.

- Wir werden deshalb den Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weiter vorantreiben.
- Wir werden die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung in allen Bereichen weiter vorantreiben. Insbesondere wollen wir den Abbau von Kommunikationsbarrieren in der Thüringer Verwaltung vorantreiben und uns für eine ressortübergreifende Beratungsstelle „Thüringen barrierefrei“ einsetzen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung in Thüringen, die „LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V.“, eine verstetigte Förderung erhält, damit Menschen mit Behinderung in eigener Sache ihre Belange umsetzen können. Wir werden die Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten in ihren Rechten unterstützen. Mitbestimmung und Mitwirkung gelten für uns LINKE auch und gerade in Pandemiezeiten. Wir werden

die Thüringer Beauftragte bzw. den Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen stärken und eine Landesfachstelle Barrierefreiheit einrichten.

- Wir werden die Umsetzung des Bundesteilhabegesetz (BTHG) in Thüringen umfassend begleiten und dabei besonders auf eine flächendeckende Umsetzung der Personenzentrierung in der Eingliederungshilfe in Thüringen achten. Wir wollen zur Stärkung der Rechte der Menschen mit Behinderung im Rahmen der Umsetzung des BTHG ein modernes Thüringer Wohn- und Teilhabegesetz auf den Weg bringen.
- Wir werden zur Unterstützung der Integration von Menschen mit Behinderung in Arbeit und Ausbildung das Budget für Arbeit im Rahmen der Umsetzung des BTHG und die Europäischen Sozialfond-Förderprogramme und landeseigene Arbeitsmarktprogramme nutzen.
- Wir werden die Nachteilsausgleiche für sinnesbehinderte Menschen erhöhen, weitere Möglichkeiten prüfen und uns dafür einsetzen, diese bundesweit einheitlich auf hohem Niveau festzusetzen.
- Wir werden uns im Bundesrat für einen Mindestlohn in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und für eine Nachbesserung des Bundesteilhabegesetzes einsetzen. Wir wollen, dass Unternehmen, die gemessen an ihrer Größe zu wenige Menschen mit Behinderung beschäftigen, eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen.

Die Gleichstellung aller Lebensweisen umsetzen

Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für die Akzeptanz und Anerkennung vielfältiger Lebensweisen, geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen ein. Wir wollen dazu beitragen, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans*- und Intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ*) selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können. Im Bundesrat haben wir viele Anliegen im Sinne des Gleichbehandlungsgebots, etwa die Ausweitung des Adoptionsrechts oder die Beendigung von diskriminierenden Bestimmungen bei der Blutspende unterstützt. In Thüringen unterstützen und begleiten wir jedes Jahr aktiv den Christopher Street Day (CSD) in Thüringen.

- Wir wollen deshalb das Landesprogramm „Akzeptanz und Vielfalt“ mit seiner Vielzahl wertvoller Maßnahmen verstetigen. Wir nehmen die von der LSBTTIQ*-Community signalisierten Probleme bei der Umsetzung ernst und wollen deshalb gemeinsam mit ihr neben dem Weg der Evaluierung geeignete Formen finden, die festgelegten Maßnahmen tatsächlich zu verwirklichen. Einen ersten Schritt hierzu sehen wir in der Stärkung der zivilgesellschaftlichen LSBTTIQ*-Koordinierungsstelle des Landesprogramms.
- Wir unterstützen die Forderung der Änderung des Abstammungsrechtes. Es soll eine automatische Anerkennung der Gebärenden und ihrer Partnerin als rechtliche Eltern des Kindes von dessen Geburt an erfolgen.
- Wir setzen uns für eine geschlechtsneutrale Sprache bzw. für eine die Vielfalt der Geschlechter widerspiegelnde Sprache in der öffentlichen Verwaltung ein.
- Wir fordern die flächendeckende Schaffung queerer Begegnungsorte und die Etablierung von psychosozialer, spezialisierter Beratung für queere/LGBTTIQ*,

auch für Jugendliche. Wir unterstützen die Errichtung queerer Zentren in Thüringen, die diese Beratung gewährleisten können.

- Wir fordern eine:n Queerbeauftragte:n für die Landesregierung des Freistaates Thüringen. Ziel ist die Förderungen und verstärkte Sichtbarkeit von LSBTTIQ* im Grundsatz der Antidiskriminierung des Freistaates Thüringen und der Öffentlichkeit. Starke LSBTTIQ*-Antidiskriminierungspolitik ist in im großen Interesse der Gesellschaft. Die Community ist einem immensen Druck sowie andauernder Diskriminierung ausgesetzt. Ein:e Beauftrage:r wird als Chance verstanden, der Tagtäglichen verbalen und oder physischen Diskriminierung und Ausgrenzung den Raum zu nehmen.
- Wir werden ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ergänzt.
- Wir werden eine zivilgesellschaftliche Antidiskriminierungsstelle einrichten, die gegen alle Formen von Diskriminierungen agiert. Sie wird so ausgestattet sein, dass sie eine professionelle Beratung und Begleitung für LSBTTIQ* anbieten kann.
- Wir werden ein Gewaltschutzkonzept für LSBTTIQ*-Geflüchtete und andere vulnerable Gruppen umsetzen. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention muss Lesben, Trans*Frauen und queere Frauen und Mädchen mitdenken.
- Wir werden die Sichtbarkeit von unterschiedlichen Lebenskonzepten auch im öffentlichen Dienst fördern, etwa durch eine Veranstaltung Diversity Thüringen.

Keine Profite mit der Miete

Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen im bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum ein soziales Grundrecht. Deshalb wollen wir eine gesellschaftliche Offensive für bezahlbares Wohnen. Haushalte, deren Einkommen unterhalb des Thüringer Durchschnittseinkommens liegt, sollen für angemessenen Wohnraum nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für Wohnkosten (Miete, und Betriebskosten wie Strom, Heizung und Wasser) aufbringen müssen. Wir werden Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entwickeln. Die Gründung von Mietergenossenschaften werden wir besonders unterstützen.

Die Corona-Krise hat mit ihren notwendigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Menschen die hohe soziale Bedeutung von Wohnraum nachdrücklich unterstrichen. Deshalb treten wir für die Dauer der Pandemie dafür ein, Kündigungen von Mieterinnen und Mietern sowie Gewerbetreibenden und Mieterhöhungen zu verbieten. Wir plädieren eindringlich dafür, Strom- und Wassersperren zu untersagen und laufende Sperren aufzuheben. Die Kosten der Krise dürfen nicht über später nachzuzahlende Mietschulden den kleinen und mittleren Einkommensgruppen aufgelastet werden. Gleiches gilt für Gas und Strom. Wir fordern, dass die während der Pandemie vorerst ausgesetzten Zwangsräumungen nach der Krise nicht jene treffen dürfen, die jetzt unverschuldet in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Wir kämpfen auf der Bundesebene für eine echte Mietpreisbremse. Die Kommunen müssen Höchstmieten festlegen können, die Heizkosten sollen wieder im Wohngeld enthalten

sein. Wir wollen eine sozial- und altersgerechte Wohngeldregelung. Neubau, Sanierung und Modernisierung müssen sozial verträglich gestaltet werden. Spekulationen mit Wohnraum wollen wir verhindern. Bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen müssen Mieterinnen und Mieter Mitspracherechte erhalten.

- Wir wollen einen neuen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau als Alternative zum privat dominierten und profitorientierten Wohnungsmarkt. Die Kommunale Wohnungswirtschaft muss sozial- und gemeinwohlorientiert agieren. Sie muss barrierefrei und ökologisch ausgerichtet sein. Wir werden deshalb einen Gesetzentwurf „Soziales Wohnen“ vorlegen, dessen Ziel in der Sicherung und der Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der sozialen Wohnungsbewirtschaftung liegt und in dem auch die Sozial- und Mietpreisbindung geregelt wird. Wir setzen uns dafür ein, das Wohnungsbausondervermögen wieder mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten.
- Wir werden weiterhin Europa- und Bundesprogramme mit eigenen Mitteln kofinanzieren, damit die Kommunen Gestaltungsraum haben. Die Förderinstrumente und rechtlichen Rahmenbedingungen werden wir überprüfen und so gestalten, dass gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sowie kommunale Wohnungsgesellschaften bei Fusionen von der Grunderwerbsteuer befreit werden können. Damit stärken wir die Wohngemeinnützigkeit und bauen sie aus. Den Verkauf kommunalen Wohneigentums lehnen wir ab. Wir werden die Förderung von bezahlbarem barrierefreien Wohnraum, sowohl beim Neubau als auch beim Umbau, fortsetzen.
- Wir werden neue altersgerechte Wohnformen fördern und uns auf Bundesebene für eine sozial- und altersgerechte Wohngeldregelung einsetzen.
- Wir verstehen Wohnungspolitik als Teil der Stadtentwicklung und wollen Fördermittel für den Sozialen Wohnungsbau mit einer integrierten Stadtentwicklung koppeln. Die Schaffung neuen Wohnraums und die Städtebauförderung werden wir ebenso eng miteinander verknüpfen. Wir wollen eine Stadtentwicklung mit lebendig durchmischten Quartieren, die preiswerten Wohnraum sichert. Notwendige Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der Barriereereduzierung, der sozialen Infrastruktur, des öffentlichen Nahverkehrs sowie wohnbegleitende Dienstleistungen.
- Wir behalten uns vor, Immobilien, die ausschließlich als Spekulationsobjekte genutzt werden, zu vergesellschaften und der Allgemeinheit zuzuführen. Immobilienkonzerne, die ihr Eigentum nicht zum Wohle der Allgemeinheit nutzen, wollen wir enteignen. Wir sehen in einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik die Voraussetzung für eine neue Wohngemeinnützigkeit. Deshalb ist es unser Ziel, dass Grundstücke im kommunalen Eigentum bleiben und wieder zurückgewonnen werden können. Für eine Limitierung der Grundstückspreise sind rechtssichere Wertermittlungsverfahren zwingende Voraussetzung. Wir treten für entsprechende Änderungen im Boden- und Planungsrecht ein. Sie sind notwendig, damit einer spekulativen Preisentwicklung auf den Immobilienmärkten Einhalt geboten werden kann. Wir wollen, dass das Vorkaufsrecht als Instrument für die Gewinnung von

Bauland für Kommunen verbessert wird.

- Wir treten dafür ein, dass Gewinne der kommunalen Wohnungsunternehmen kein Instrument zur Deckung kommunaler Haushalte sein sollen.
- Wir stehen für die Errichtung einer gemeinnützigen Landeswohnungsbaugesellschaft, um vor allem Kommunen im ländlichen Raum bei der Schaffung und dem Erhalt von sozialem Wohnraum zu unterstützen.
- Durch die Änderung der Thüringer Bauordnung ist es möglich, dass wir deutlich bessere Voraussetzungen haben, auch Holz als Baustoff zu verwenden. Den Einsatz von Holz wollen wir künftig noch stärker fördern.
- Wir wollen das Programm zur Sanierung von Schulen und auch zum Neubau fortsetzen, dabei geht es vor allem auch darum, die hygienischen Standards in den Schulen deutlich zu verbessern.

Solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft

Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem die Gesundheit der Menschen und nicht der Profit im Vordergrund steht. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig der Gesundheitsschutz der Bevölkerung ist und wie verletzlich das Gesundheitssystem sein kann. Es ist deshalb jetzt die Zeit für einen Systemwechsel, hin zu einer zukunftsorientierten Krankenhauspolitik. Sie muss vor allem den ökonomischen Druck von den Krankenhäusern nehmen, deren Zweck nicht die Profiterwirtschaftung, sondern die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist.

- Deshalb werden wir uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass die Fallpauschalen in den Krankenhäusern abgeschafft und durch eine bedarfsgerechte Kostendeckung ersetzt werden. An Stelle der Finanzierung über pauschale Erlöse je Fall wollen wir ein System der Kostendeckung der wirtschaftlich notwendigen Ausgaben. Die Kosten im Personalbereich müssen vollständig refinanziert werden.
- Wir fordern einen Investitionsfonds des Bundes, der die Bundesländer bei Sicherung eines flächendeckenden und am Bedarf ausgerichteten öffentlichen Gesundheitssystems unterstützt. Hierzu gehört auch die Rekommunalisierung von Krankenhäusern. Wir fordern ein Privatisierungsverbot von Krankenhäusern und ein Ausschüttungsverbot von jenen Gewinnen in privaten Krankenhäusern, die mit Versichertengeldern erzielt werden.
- Wir fordern eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung für alle! Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin. Alle zahlen entsprechend aller Einkommen ein, die Beiträge sinken für die Mehrheit, die Pflegeversicherung kommt für alle Kosten auf, Eigenanteile entfallen.

Das Ziel unserer Gesundheitspolitik auf Landesebene war und ist es, dass Gesundheitsvorsorge und medizinische Betreuung bei Krankheit allen Menschen zugänglich sein müssen. Deshalb wollen wir eine bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung im ambulanten sowie stationären Bereich sicherstellen. Hierzu gehören angemessene Wartezeiten bei Ärztinnen und Ärzten einschließlich einer guten Notfallversorgung, ausreichende Kapazitäten in der Pflege und Psychotherapie,

insbesondere auch bei Traumatherapie. Wir setzen uns dafür ein, dass Patientinnen und Patienten noch besser vertreten werden. Wir beachten die besonderen gesundheitlichen Herausforderungen, vor denen Frauen stehen. Wir werden uns des Themas Frauengesundheit annehmen und sowohl besondere gesundheitliche Belastungen und Herausforderungen von Frauen als auch die nach wie vor männlich dominierte Perspektive von Pharmazie und Medizin thematisieren.

Wir werden die Thüringer Kurorte weiterhin fördern. Wir werden die Gesundheitskarte für Geflüchtete in Thüringen weiterhin anbieten. Den „Anonymen Krankenschein“ führen wir ebenso wie die psychosoziale und therapeutische Versorgung geflüchteter Menschen und Menschen ohne Krankenversicherung weiter

- Wir wollen „gute Arbeit“ im Gesundheitswesen. Im Ringen um gute medizinische Fachkräfte setzen wir auf eine gerechte tarifliche Bezahlung der Beschäftigten des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Wir werden die Aus- und Fortbildung sowie Qualifikation der Beschäftigten des öffentlichen Gesundheitsdienstes weiterhin fördern.
- Wir werden die Thüringer Krankenhäuser bei der Sicherung einer qualitativ hochwertigen und ortsnahen Gesundheitsversorgung der Menschen insbesondere im ländlichen Raum unterstützen. Hierfür wollen wir die kommunalen Krankenhausträger stärken und die interkommunale Zusammenarbeit sowie die Bildung von Zweckverbänden fördern. Für uns hat die Qualität der Versorgung in Krankenhäusern oberste Priorität. Nicht alle Krankenhäuser müssen alle Leistungen für die Patientinnen und Patienten anbieten. Spezialisierte Zentren mit hoher Fachkompetenz wollen wir auch planerisch berücksichtigen und fördern. Deshalb wollen wir, dass das Universitätsklinikum Jena Plankrankenhaus wird. Öffentliche Krankenhausinvestitionen sollen zuerst in Abhängigkeit von der Qualität der Einrichtung und der Tarifbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgen.
- Wir werden vor allem im ländlichen Raum eine gute und stationäre Versorgung sicherstellen und die hierzu erforderlichen Investitionen vornehmen. Wir wollen sektorenübergreifende Modellprojekte erproben und gemeinsam mit anderen Partnern fördern. Die Versorgung von ambulant und stationär muss stärker ineinandergreifen. Insbesondere im ländlichen Raum werden wir gemeinsame Niederlassungen von Ärztinnen und Ärzten fördern und auch alternative Formen wie Genossenschaften nutzen. Wir setzen uns zugleich für den Erhalt eines dichten landesweiten Apothekennetzes und damit die Aufrechterhaltung ihrer nicht zu ersetzenden Beratungstätigkeit ein. Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung wollen wir flächendeckend das Modell der „Gemeindeschwester Agnes“ auf ganz Thüringen ausweiten
- Wir wollen die Stärkung und den Ausbau des Projektes AGATHE (Alle gesund altern – Thüringer Initiative gegen Einsamkeit) als festen Bestandteil im vorpflegerischen Bereich. Ältere Menschen, die den Wunsch und das Bedürfnis haben, möglichst lange zu Hause zu wohnen, wollen wir mit AGATHE unterstützen. Wer es wünscht, erhält aufsuchende Beratung, Hilfe und Unterstützung. Mit AGATHE

wollen wir erreichen, dass niemand ohne Unterstützung einsam zu Hause ist.

- Wir wollen einen datenschutzgerechten Ausbau der Digitalisierung im Gesundheitswesen, damit die Versorgung optimaler wird und alle relevanten Daten für das Patientinnen- und Patientenwohl schnell verfügbar sind. Wir werden das von uns auf den Weg gebrachte Programm „Krankenhäuser 4.0“ weiterführen, um alle Krankenhäuser im Bereich IT und Digitalisierung zukunftsfest zu machen. Die Telemedizin wird ein fester Baustein in der Gesundheitsversorgung.
- Auch auf unsere Initiative hat der Thüringer Landtag eine Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für Ärztinnen und Ärzte beschlossen. Wir werden uns für eine Lockerung der hohen Zulassungsbeschränkungen einsetzen. Wir wollen insbesondere den Einstieg in das Studium für medizinisch vorgebildete Menschen erleichtern. Wir setzten auf eine Bindung der Studienplätze an die künftige Niederlassung in Thüringen und werden deshalb ein Landärzteprogramm einführen und gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen umsetzen. Wir werden prüfen, welche Qualifizierungen in Zeiten des Fachkräftemangels für assistierende medizinische Berufe möglich sind, um die Versorgung zu unterstützen.
- Wir werden den öffentlichen Gesundheitsdienst in Thüringen als wesentliche Säule der Gesundheitsversorgung Thüringens stärken und stabilisieren. Hierfür werden wir ein Landesgesetz auf den Weg zu bringen, dass sich auch an den Grundsätzen der Öffentlichen Gesundheitspflege (Public Health) orientiert.
- Wir werden die Facharztquote in Thüringen erhalten, weil sie der Sicherheit der Patientinnen und Patienten und der Attraktivität der Arbeitsplätze im Thüringer Gesundheitswesen dient.
- Umfassende Arzneimittelsicherheit und Medizinproduktesicherheit gehören zu unseren wichtigsten Aufgaben. Die Arzneimittelskandale in der Vergangenheit haben gezeigt, wie wichtig ein funktionierender Vollzug und die Aufsicht über diesen ist. Wir werden dafür sorgen, dass in Thüringen alle europäischen und nationalen Standards eingehalten werden und hierfür die erforderlichen personellen Ressourcen stärken.
- Wir bekennen uns zur freien Wahl für Schwangere, ihr Kind dort zur Welt bringen zu können, wo sie dies möchten. Wir werden die Ergebnisse des „Runden Tisches der Hebammen“ weiter umsetzen. Insbesondere familienbegleitende Maßnahmen und leicht zugängliche Informations- und Beratungsangebote zu Hebammenleistungen werden wir dauerhaft mit Landesmitteln unterstützen. Wir wollen die Arbeitsbedingungen der Hebammen und Entbindungspfleger in Kliniken verbessern und setzen uns für eine Verbesserung der Betreuungsquote zwischen ihnen und werdenden Müttern ein. Wir werden auch freiberufliche Hebammen bei ihrem Kampf um faire Arbeitsmöglichkeiten unterstützen.
- Wir setzen uns für die Reverstaatlichung des Maßregelvollzuges ein und werden das entsprechende Gesetz des Thüringer Maßregelvollzugs novellieren. Wir bieten den Beschäftigten im Maßregelvollzug den Übergang in den öffentlichen Dienst des Freistaats Thüringen an.

- Wir setzen uns für eine gute psychiatrische Versorgung in Thüringen ein und legen dabei besonderen Augenmerk auf Vernetzung, Verzahnung wie auch Kooperation aller Angebote und Strukturen. Wir werden gemeindepsychiatrische Verbünde unterstützen und wollen eine gute Zusammenarbeit der Psychiatriekoordinatoren des öffentlichen Gesundheitsdienstes befördern.
- Wir wollen die Gesundheitsförderung und Prävention unter Einbeziehung der Akteure der örtlichen Bedarfslagen und der Sozial- und Gesundheitsplanung neu ausrichten. Dabei werden wir an die Erfahrungen der Umsetzung des Landesprogrammes Solidarisches Zusammenleben der Generationen anknüpfen. Die Landevereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e. V. (AGETHUR) wollen wir dabei als erfahrene, kompetente Beraterin und Begleiterin insbesondere beim Ausbau kommunaler Angebote und Maßnahmen stärken und unterstützen.
- Wir werden zur Pandemie-Vorsorge die Versorgung der Bevölkerung durch dezentrale Lagerung von Medizinprodukten absichern.<

Gute Pflege stärken

Wir, DIE LINKE. Thüringen, stellen auch in der Pflege Menschen vor Profite.

Wir wollen eine menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung, die gerecht und solidarisch von allen finanziert wird. Den in Pflegeberufen Tätigen muss mehr Respekt und finanzielle Anerkennung entgegengebracht werden.

- Wir setzen uns deshalb auf der Bundesebene dafür ein, dass Pflegekräfte und Hilfskräfte deutschlandweit einen einheitlichen Mindestlohn erhalten und unterstützen die Sozial- und Tarifpartner bei der Überwindung der unübersichtlichen Tariflandschaft im Sozial- und Gesundheitsbereich hin zu einem Branchentarifvertrag. Wir unterstützen die Maßnahmen der Konzertierten Aktion Pflege für „Gute Arbeit in der Pflege“.
- Wir wollen einen verbindlichen Pflegepersonalschlüssel einführen, um die Qualität in der Pflege zu steigern und den Pflegeberuf attraktiver zu machen. In allen patientennahen Bereichen muss eine gesetzliche Personalbemessung gelten, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.
- Wir setzen uns für sozial verträgliche Eigenanteile ein, die Betreffenden nicht in die Armut treiben. Wir wollen mit Investitionspaketen für Pflegeheime deren Qualität sichern.

Wir werden pflegende Angehörige durch Beratung und Begleitung stärken und unterstützen. Wir drängen darauf, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter zu erleichtern. Mit regelmäßigen Pflegekonferenzen wollen wir den Fachaustausch zwischen lokalen Akteuren aus Pflegeberufen und dem Ehrenamt befördern. Damit unterstützen wir praktisch eine altersgerechte Gestaltung der sozialen Infrastruktur.

Gute Pflege für Thüringerinnen und Thüringer ist eine zentrale, gesamtgesellschaftliche, ressortübergreifende und eine prioritäre Aufgabe. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses zentrale Zukunftsthema für unser Land durch eine Abteilung Pflegepolitik gesteuert wird. Wir wollen den Thüringer Pflegepakt zu einem

landesweiten Bündnis für gute Pflege in Thüringen weiterentwickeln.

- Wir wollen eine komplette Bestandsaufnahme zur Pflegesituation in den Kommunen befördern, um wohnortnah weiße Flecken mit Angeboten für Pflegebedürftige und Angehörige zu füllen. Damit legen wir die Grundlage zur Wiedereinführung einer Landespflegeplanung.
- Pflegeberufen und gebührt höchste Achtung. Wir unterstützen Imagekampagnen, die Pflege und Ausbildung in der Pflege im öffentlichen Bewusstsein stärken. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen in der Pflege, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und unterstützen diesbezüglich kreative, fachkräftebindende Lösungsansätze.
- Wir werden für die Gewinnung von Pflegefachkräften die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung international und auf nationaler Ebene nutzen. Im Rahmen der neuen Europäischen Sozialfonds (ESF)-Förderperiode setzen wir auf Unterstützung der Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung im Bereich Pflege und auf flankierende Hilfen für Unternehmen in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft zur Gewinnung von ausländischen Fachkräften und Auszubildenden.
- Wir wollen die ambulante Versorgung, die Kurzzeitpflege und die regionalen Beratungs- und Netzwerkstrukturen sichern und weiter ausbauen. Wir werden die barrierefreien Pflegeberatungsstellen vor allem im ländlichen Raum fördern.
- Wir setzen vor allem auch auf Pflegeprävention und die Stärkung pflegender Angehöriger. Wir wollen ein Landesnetzwerk für eine gute Beratung, Austausch und Unterstützung pflegender Angehöriger aufbauen.

Prävention statt Kriminalisierung: für eine zeitgemäße Drogen- und Suchtpolitik

Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für eine emanzipatorische, gesundheitsorientierte und selbstbestimmte Drogenpolitik und Suchtprävention.

Unseren Ausgangspunkt bilden die Erkenntnis und die Akzeptanz, dass das Ziel einer drogenfreien Gesellschaft kaum der Realität entspricht. Dennoch wollen wir den Missbrauch von gesetzlich zugelassenen und von verbotenen Rauschmitteln und Suchtgefährdungen eindämmen. Nach unserer Überzeugung gelingt dies jedoch nicht durch die Kriminalisierung von Drogenkonsum, sondern nur durch einen effektiven Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz. Deshalb setzen wir uns für ein bundesweites Werbeverbot sowohl für Alkohol und Tabakprodukte als auch für Glücksspiel ein.

- Menschen in Abhängigkeit wollen wir aus ihrer Sucht heraus begleiten. Damit einher geht für uns die Legalisierung von Cannabis, die kontrollierte Abgabe sogenannter harter Drogen an Menschen mit Abhängigkeit und die Möglichkeit, Drogen zum Eigenbedarf auf Verunreinigungen prüfen zu lassen. Deshalb werden wir das Pilot-Projekt „Drug-Checking“ weiter unterstützen und plädieren für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Thüringen.
- Wir werden weiterhin darauf hinwirken, dass sich die zuständigen Stellen in Thüringen verstärkt den gesellschaftlichen Folgewirkungen von Drogenmissbrauch, insbesondere dem starken und weiter zunehmenden Crystal Meth-Konsum, stellen.

Wir werden die Vernetzung der Beratungs- und Hilfestrukturen im Schwerpunktbereich Crystal Meth verstetigen.

- Wir werden uns für bessere Maßnahmen für suchtkranke Familien und deren Finanzierung einsetzen. Wir wollen hierzu die Öffentlichkeit stärker für die Bedarfe von Kindern suchtkranker Eltern sensibilisieren.
- Wir wollen die psychosoziale Betreuung insbesondere von Schwangeren mit Abhängigkeitsproblematik und Schwerstabhängigen stärken. Ebenso wollen wir, um Suchtabhängigen die Teilhabe und eine Integration in die Arbeitswelt zu ermöglichen, die Substitutionsbehandlung flächendeckend ermöglichen.
- Wir werden einen sachlichen und wertfreien Präventivunterricht an Thüringer Schulen anbieten, der nicht durch die Polizei, sondern durch geschulte Sozialarbeiterinnen und -arbeiter erfolgt.

Arbeiten und Wirtschaften nach Corona

Wir, DIE LINKE. Thüringen, sind der festen Überzeugung, dass die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sowie die Wirtschaftsförderung angesichts der ökologischen Gefährdungen und der durch die Corona-Pandemie massiv wachsenden sozialen Ungerechtigkeiten neu ausgerichtet werden müssen. Die Corona-Krise zwingt uns alle darüber nachzudenken, wie wir öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Absicherung und unsere Arbeitswelt neu gestalten zu können, denn sie hat die bestehenden Problemlagen weiter verstärkt. Das Wort „Systemrelevant“ darf nicht nur ein Synonym für jene Berufszweige bleiben, die in der Krise besonderer Belastung ausgesetzt waren und es immer noch sind. Dringend nötig ist aber auch die Aufwertung der Berufe, die die Gesellschaft am Laufen halten und dabei dramatisch unterbewertet und unterbezahlt sind.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen uns dafür ein, dass das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent des Nettoentgelts angehoben wird und der Mindestlohn auf 13 Euro steigt. Gemeinsam mit unserer LINKEN Bundestagsfraktion kämpfen wir für bessere Bedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir stellen uns allen Versuchen entgegen, die Corona-Krise zum Abbau von Beschäftigtenrechten oder zu Verschlechterungen im Arbeitszeitgesetz zu nutzen. Wir werden weder die im Vergabegesetz festgelegten ökologischen und sozialen Standards mindern, noch einer Ausweitung der Ladenöffnungszeiten zustimmen. Gerade in der Krise ist es wichtig, sie nicht noch weiter zu belasten.

Wir wollen gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen Antworten finden, wie die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt aufgestellt sein müssen, damit alle Menschen gut arbeiten und leben können. Wir sehen in Arbeitszeitverkürzungen und einem existenzsichernden Grundeinkommen erste konkrete Schritte. Wir wollen deshalb ein Modellprojekt eines existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommens für 1000 Menschen eines Stadtteils oder eines Ortes für drei Jahre mit wissenschaftlicher Begleitung durchführen.

„Gute Arbeit“ für Alle

Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir seit unserem Regierungsantritt in

Thüringen wirksame Instrumente entwickelt, um die Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt einzudämmen.

- Wir werden die Thüringer Programme zur öffentlich geförderten Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit ebenso stärken wie das Landesarbeitsmarktprogramm. Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut arbeiten und leben können, setzen wir uns für die Stärkung der Tarifbindung ein und wollen die Hürden für allgemeinverbindliche Tarifverträge senken. Zur Stärkung der Tarifbindung werden wir alle Landesbeteiligungen auf Einhaltung von Tarifverträgen überprüfen und wenn keine Tarifbindung vorliegt, entsprechende Schritte zum Übergang in einen Tarifvertrag vornehmen. Gleiches gilt für die gesetzlich vorgesehenen Gremien der Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz.
- Mit dem von Rot-Rot-Grün eingeführten Thüringer Vergabegesetz sorgen wir dafür, dass staatliche Aufträge an gute Arbeitsbedingungen und die Zahlung des Mindestlohns gekoppelt sind. Wir werden weiterhin für ein eigenes, deutlich über dem allgemeinen Mindestlohn liegendes Mindestentgelt für öffentliche Aufträge kämpfen, dass unter Beachtung des Vorrangs von Tarifverträgen zügig weiter gesteigert wird. Das Vergabegesetz werden wir nutzen, um die Tarifbindung durch Anwendung der Tariftreueklausel zu erhöhen. Staatliche Fördermittel werden wir an tarifgerechte Entlohnung binden und die Wirkung des Vergabegesetz auf die Kommunen ausweiten
- Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Anti-Stress-Verordnung etablieren, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den weiter steigenden Belastungen zu schützen. Wir werden uns auch weiterhin für eine tarifvertragliche Verkürzung der Arbeitszeiten und für den Schutz und die Verbesserung des Arbeitszeitgesetzes stark machen. Wir werden die Unternehmen, Betriebs- und Personalräte beim betrieblichen Gesundheitsmanagement unterstützen sowie Weiterbildungsstandards etablieren und verbessern.
- Wir werden die Bedingungen und Voraussetzungen für die Errichtung einer Arbeitskammer in Thüringen prüfen. Mit ihrer Etablierung würden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Thüringen eine öffentlich-rechtliche Einrichtung in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zur Vertretung ihrer Interessen in Wirtschaft und Politik erhalten. Dafür treten wir in den Dialog mit den Gewerkschaften.
- Gemäß den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Rassismus und Diskriminierung“ wollen wir eine Initiative zur Etablierung von anonymen Bewerbungsverfahren unterstützen, die Entwicklung und den Ausbau von Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebote für Unternehmen und Betriebe hinsichtlich einer diversitätssensiblen Öffnung voranbringen, die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund und Flucht- und Rassismuserfahrungen in den Jobcentern und Arbeitsagenturen verstetigen sowie im Leitbild der GFAW eine Antirassismus- und Antidiskriminierungsrichtlinie etablieren.
- Gemäß den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Rassismus und Diskriminierung“ werden wir eine Initiative zur Etablierung von anonymen

Bewerbungsverfahren unterstützen. Wir wollen die Entwicklung und den Ausbau von Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebote für Unternehmen und Betriebe hinsichtlich einer diversitätssensiblen Öffnung voranbringen. Die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund und Flucht- und Rassismuserfahrungen durch die Jobcenter und Arbeitsagenturen wollen wir verstetigen. Im Leitbild der GFAW wollen wir eine Antirassismus- und Antidiskriminierungsrichtlinie etablieren. Auch der öffentliche Dienst muss die gesellschaftliche Entwicklung widerspiegeln und diverser werden.

- Wir wollen einen langfristigen Monitoring- und Werkstattprozess „Arbeit und Leben in Zukunft“ anregen, der in Verbindung mit Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften in Thüringen eine entsprechende Faktenbasis für anstehende Veränderungen schafft, um auf diese rechtzeitig reagieren zu können.
- Wir werden „gute Arbeit“ für Menschen mit Behinderungen stärken und Maßnahmen ergreifen, um Beschäftigte aus den Behindertenwerkstätten in den regulären Arbeitsmarkt zu begleiten. Arbeitslose Menschen mit Behinderungen wollen wir schneller in den Arbeitsmarkt integrieren und bauen hierfür die Arbeitsassistenz aus. Wir wollen Integrationsbetriebe und andere Unternehmen, die Menschen mit Beeinträchtigungen eine Erwerbsperspektive ermöglichen, besser unterstützen. Im Thüringer Landtag wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen, in dem wir Stellen für Menschen mit Behinderung schaffen, die Gesetzestexte und Veröffentlichungen in leichte Sprache übersetzen. Damit machen wir Landespolitik für mehr Menschen zugänglich.
- Damit der Arbeits- und Gesundheitsschutz für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantiert wird, werden wir das für die Kontrolle zuständige Landesamt personell aufstocken. Damit der Arbeits- und Gesundheitsschutz für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantiert werden, wollen wir das für die Kontrolle zuständige Landesamt personell aufstocken. Wir wollen diejenigen schützen, die durch die Corona-Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Wir halten an der klaren Begrenzung der Sonn- und Feiertagsarbeit und an den zwei freien Samstagen pro Monat im Einzelhandel fest, damit freie Tage für Familie, Freundschaften und Erholung für möglichst viele Beschäftigte garantiert sind.
- Wir werden eine Bildungsoffensive „Moderne Arbeitswelt 4.0“ fördern, um jetzige und künftige Beschäftigte über ihre Mitbestimmungsrechte aufzuklären, über Handlungsoptionen zu beraten und interkulturelle Kompetenz zu stärken. In Zusammenarbeit mit geeigneten Trägern soll diese in den Schulen und Berufsschulen ansetzen, um alle jungen Menschen erreichen zu können.
- Wir werden das Landesarbeitsmarktprogramm zur Arbeitsmarkt- und Ausbildungsintegration geflüchteter Menschen fortsetzen, um auch weiterhin anerkannte und nicht (oder noch nicht) anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dementsprechende Projekte zu fördern. Wir werden uns an entsprechenden Bundesprogrammen, bei denen die Mitfinanzierung des Landes notwendig ist, beteiligen. Auf der Bundesebene werden

wir uns für die Möglichkeiten eines „Spurwechsel“ einsetzen, um geflüchteten Menschen unabhängig vom Asylverfahren ein Bleiberecht zu ermöglichen und sie bei der Arbeitsmarktintegration zu unterstützen.

- Wir setzen uns für die Achtung der internationalen Kernarbeitsnormen ein, um ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen global zu begegnen. Ein wirksames Lieferkettengesetz werden wir auf Bundesebene unterstützen.
- Wir werden im Bundesrat für die Abschaffung des Hartz-IV-Systems mit seinem Sanktionsapparat einsetzen, dass durch eine armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung ersetzt werden muss. Wir wollen den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ausbauen, um Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Gemeinwohlorientierung vor Gewinnmaximierung: Für einen Sozial-ökologischen Aufbruch durch nachhaltiges Wirtschaften

Kleine und mittlere Unternehmen sind zentraler Bestandteil der Thüringer Wirtschaft. Viele erfahren infolge der Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie erhebliche, auch existentielle Einschränkungen. Dennoch beweisen viele Unternehmen Mut im Umgang mit der Krise und gehen neue Wege, um Arbeitsplätze zu erhalten. Mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und dem Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sie sich zusammengeschlossen, um eigene Mund-Nasen-Schutzbedeckungen und Schutzkleidung in Thüringen zu produzieren.

Thüringer Firmen forschen z. B. an neuen Lüftungssystemen, um die Luft in Räumen virenfrei zu halten, entwickeln Oberflächenbeschichtungen zur Abwehr von Viren und Bakterien.

Diese Unternehmen haben erkannt, dass soziale Verantwortung, belastbare Netzwerke, umfassende Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbeteiligung und regionale Bindung keine Wettbewerbsnachteile sind. Im Gegenteil!

Thüringens Zukunft gestalten heißt, nicht Konzerninteressen und profitorientierte Wegwerfmentalität in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik zu stellen, sondern all diejenigen Akteure solidarischen zu unterstützen und zu stärken, die Gemeinwohlorientierung vor Gewinnmaximierung und Mitarbeiterbeteiligung nachhaltig vorantreiben wollen.

Der Strukturwandel und die damit verbundene schwierige Situation insbesondere der Automobilzuliefererindustrie in Thüringen haben sich bereits vor Corona abgezeichnet. Die Pandemie hat die Situation weiter zugespitzt.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften und Betriebsräten aktiv Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen entgegentreten und mit einem Transformationsfonds die Weiterentwicklung von Industriestandorten und den Erhalt von Industriearbeitsplätzen mit neuen Perspektiven fördern. Wir vernetzen alle Akteure, Klein- und Mittelständischen Unternehmen, die industrienahen Forschungseinrichtungen, Wirtschaftsförderer und Arbeitsmarktakteure, um nachhaltige neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, den sozialökologische Wandel voranzutreiben und Wirtschaftskreisläufe zu regionalisieren. Besonders nehmen wir die Unterstützung von

Betriebsräten in den Blick, weil sie für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in der Region stehen.

Wir werden die Einrichtung einer Thüringer Eigenkapitalgesellschaft (TEK) prüfen. Die TEK soll eine Landesgesellschaft sein, die Anteile bei Unternehmen erwerben kann, die in eine wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Als Anteilseigner soll die TEK helfen, Unternehmen zu stabilisieren und für die Zukunft aufzustellen. Das kann etwa dann der Fall sein, wenn Banken zu Marktkonditionen nicht mehr bereit sind, Kapital zur Verfügung zu stellen. Das Land hingegen kann durch die direkte Unternehmensbeteiligung für neue Kreditfähigkeit sorgen. Es erwirbt dabei mindestens 25,1 Prozent der Unternehmensanteile. So wird sichergestellt, dass die TEK Einfluss auf Entscheidungen des Unternehmens hat.

Wir setzen uns dafür ein, dass paritätisch zu besetzende Transformations- und Wirtschaftsbeiräte die Demokratisierung der Wirtschaft, von den Kommunen bis zur Bundesebene weiter vorantreiben.

Für die wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung nach Corona werden für uns die folgenden Aspekte maßgebend sein, auf deren Basis wir die künftige Mittelausstattung und Veränderung der einzelnen Instrumente der Wirtschaftsförderung im Landeshaushalt gestalten wollen.

- Wir setzen auf eine nachhaltige und soziale Wirtschaftsentwicklung. Deshalb werden wir den erreichten Stand bei der sozial-ökologischen Ausgestaltung von Vergabekriterien und weitere Maßnahmen für ein Umsteuern in der Wirtschaft beibehalten und ausbauen. Dabei stehen die ständige Evaluation und Weiterentwicklung der Vergabekriterien ebenso im Mittelpunkt wie die Bindung staatlicher finanzieller Wirtschaftsförderung an gute Arbeitsbedingungen und ökologische Kriterien, einschließlich der Ökobilanz eines Produkts von der Herstellung bis zur Entsorgung, seiner Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit.
- Wir setzen auf die Regionalisierung und die nachhaltige sozial-ökologische Gestaltung der Wirtschaftskreisläufe und die damit verbundene Verringerung der Distanzen zwischen Erzeugerinnen und Erzeugern einerseits sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern andererseits. Die Regionalisierung wird für nahezu alle Wirtschaftsbereiche eine neue Bedeutung gewinnen. Deshalb werden wir ihre Entwicklung gerade jetzt stärken und ausbauen. Dafür ist in einem ersten Schritt der Ausbau stärkerer Kooperationen zwischen Betrieben notwendig. Dies soll künftig bei der Vergabe von Fördermitteln ein wichtiges Kriterium sein.
- Wir setzen auf regionale und nachhaltige sozial-ökologische Wirtschaftskreisläufe, die in nahezu allen Bereichen mehr Bedeutung gewinnen. Wir wollen in systemrelevanten Bereichen wie der Gesundheitsversorgung eigene Wirtschafts- und Produktionskapazitäten ausbauen und Möglichkeiten der Eigenproduktion weiterentwickeln.
- Wir setzen auf Wirtschaftsdemokratie. Wir werden alternative Wirtschafts- und Unternehmensformen unterstützen, in denen die Mitbeteiligung und Mitverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt gestärkt werden.

Hierzu wollen wir Genossenschaften als Betriebsform im gewerblichen und im Dienstleistungssektor besonders fördern. Auch Landesbeteiligungen sollten möglich sein, um Insolvenzen, aber auch den Ausverkauf von strategisch wichtigen Unternehmen an Spekulanten zu verhindern und so langfristig Arbeitsplätze zu sichern.

- Wir setzen auf den Ausbau einer guten und nachhaltigen Berufsausbildung sowie akademischen Aus- und Weiterbildung sowie attraktive Angebote zur Rückgewinnung abgewanderter Fach- und Arbeitskräfte. Wir wollen die Fachkräftesituation, Weiterbildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten, Mitbestimmung und Tarifbindung als entscheidendes Ansiedlungskriterium bei Förderentscheidungen stärken. Wir haben den Meister/innenbonus und die Meister/innengründungsprämie eingeführt und wollen diese weiterentwickeln sowie stetig evaluieren, um das Handwerk weiter zu stärken.
- Wir werden innovative Start-ups mit Blick auf lokale und nachhaltig sozial-ökologische Wirtschaftsbereiche auch bei Ausgründungen aus Forschungsverbünden und bei „smarten“ Anwendungen unterstützen (Inkubatoren). Mit einem Fördergesetz für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir vorhanden Maßnahmen bündeln und zielgenau auf deren Bedürfnisse ausrichten – etwa Vernetzung, Vertriebsstrukturen, Marketing, Marktzugänge, Digitalisierung und Finanzierung.
- Wir werden Arbeit und Erfolge von Unternehmerinnen und Gründerinnen sichtbarer machen, um Frauen zur Selbstständigkeit zu ermutigen.
- Wir wollen, dass Beratungsangebote und Publikationen mindestens zweisprachig vorgehalten werden, um Migrantinnen und Migranten den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern.

Den Digitalisierungsschub für einen digitalen Aufbruch nutzen

Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft in Thüringen mit der finanziellen Förderung eines umfassenden Breitbandausbaus, dem Pilotprojekt für ein freies kommunales WLAN-Netz in Gera und unserer bis 2025 reichenden Glasfaserstrategie befördert. Anschlüsse im Gigabitbereich erhalten Gewerbegebiete und Unternehmen bis 2022, alle Bildungseinrichtungen bis 2023, alle Verwaltungseinrichtungen bis 2024 und spätestens 2025 auch alle anderen Gebäude. Statt Insellösungen zu schaffen, binden wir Anliegerinnen und Anlieger sofort an.

Die Corona-Krise hat uns noch einmal eindringlich den bestehenden Nachholbedarf gezeigt. Die infrastrukturellen Lücken müssen geschlossen und viele in den Schubladen liegenden Konzepte endlich umgesetzt werden. Wir sehen die gleichberechtigte Teilhabe aller am digitalen Leben als Teil der sozialen Frage im 21. Jahrhundert. Deshalb ist die Digitalisierung ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir werden den vielen Freifunkinitiativen in Thüringen und den anderen Trägern in öffentlicher Hand flächendeckend kostenfreie Zugänge zum Internet zur Verfügung stellen und sie mit ihren Erfahrungen und Erwartungen in den weiteren Prozess der Digitalisierung verstärkt mit einbinden.

Die Digitalisierung hat einerseits geholfen, die negativen Auswirkungen der erforderlichen Gesundheitsschutzmaßnahmen zu minimieren. Andererseits haben Homeoffice, digitaler Unterricht und Studium, digitale Verwaltung, gesellschaftliche, politische, geschäftliche und private Videokonferenzen neue Perspektiven aufgezeigt, zeitweise die Umwelt- und Klimabelastung reduziert. Sie haben aber zugleich neue Fragen und Probleme aufgeworfen.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, ziehen aus diesen Erfahrungen die Konsequenz, den digitalen Aufbruch zur Nutzung seiner fortschrittlichen Potenziale weiter zu forcieren und uns zugleich intensiv mit den damit verbundenen neuen Problemen auseinanderzusetzen.

- Wir unterstützen den Vorschlag eines gesetzlichen Anspruchs auf Homeoffice, sehen dabei jedoch die Notwendigkeit eines breiten Diskussionsprozesses, in dessen Ergebnis u.a. Fragen der arbeitsrechtlichen Absicherung im Interesse der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer weiter geklärt werden müssen. Das betrifft die Arbeitszeiterfassung ebenso wie den Arbeitsschutz und die Einhaltung von Schutzvorschriften aus dem Arbeitszeitgesetz. Grundsätzlich darf Homeoffice nur auf der Basis der Freiwilligkeit erfolgen.
- Wir werden die Digitalisierung der Wirtschaft weiter unterstützen und in der Verwaltung vorantreiben. In diesem Zusammenhang wollen wir klare Rahmenbedingungen zur Stärkung von Open Source setzten, Monopolbildungen vermeiden und regional verankerte Softwareunternehmen unterstützen. Wir wollen eine intensive Debatte über die Bedingungen initiieren, unter denen wir die Digitalisierung vorantreiben wollen. Das betrifft vor allem Fragen des Datenschutzes, der Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten, des Arbeitsschutzes sowie klima- und ressourcenschonende Lösungen (z.B. Energiesiegel für Server).
- Wir werden darauf hinwirken, dass im Rahmen der digitalen Verwaltung die Daten der Thüringerinnen und Thüringer geschützt sind und bleiben. Dies erfordert hohe Schutzstandards im Öffentlichen Dienst und die Aufklärung der Bürgerinnen und Bürgern, denn Datenschutz geht alle an. Die Menschen in Thüringen müssen darauf vertrauen können, dass staatliche Stellen sparsam und sorgfältig mit ihren Daten umgehen. Die Entscheidung über eine Datenweitergabe muss von ihnen selbst getroffen werden. Staatliches Handeln muss transparent sein, nicht die Bürgerinnen und Bürger. Zur Kontrolle wollen wir für das Landesamt für Datenschutz mehr Kompetenz und mehr Personal.
- Wir wollen in Thüringen bei der Einführung der Mobilfunktechnologie der 5. Generation (5G) vorangehen. Davon sollen nicht nur städtische, sondern vor allem die ländlichen Räume rasch profitieren. Wir werden weiterhin für eine umfassende Netzneutralität streiten, damit der Zugang zu schnellen Datenwegen nicht vom Geldbeutel abhängig gemacht wird. Wir unterstützen Initiativen, die Breitbandversorgung aus der Hand weniger Telekommunikationskonzerne in öffentliches Eigentum zu überführen oder genossenschaftlich zu organisieren.

Neustart des Thüringer Tourismus: Perspektiven für die Zeit nach der Pandemie

Tourismus ist für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens. Bedürfnisse nach Erholung, Bildung, Gesundheit, Kultur, Sport und Natur werden durch ihn gelebt. Reisen lokal wie international sind immer auch mit interkulturellen Erfahrungen und Austausch verbunden. Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für einen sozial gerechten, barrierefreien und ökologisch verantwortbaren Tourismus.

Die Tourismuswirtschaft ist mit rund 100.000 Beschäftigten ein wichtiger Zweig der Thüringer Wirtschaft. Sie ist infolge der Corona-Pandemie in eine schwierige Lage geraten. Bereits vor Corona war die Thüringer Tourismuswirtschaft im Beherbergungs- und Gastronomiegewerbe vermehrt mit Schließungen bzw. Betriebsaufgaben von kleinen und mittleren Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben insbesondere im ländlichen Raum konfrontiert. Hier fehlen Unternehmensnachfolgerinnen und -nachfolger, um die altersbedingte Schließung von Betrieben zu verhindern.

Nicht nur infolge der Pandemie, sondern auch aus ökologischen Gründen wird sich der Tourismus verändern müssen. Hieraus ergeben sich neue Möglichkeiten und Chancen die wir, DIE LINKE. Thüringen, gemeinsam mit allen Beteiligten für einen Neustart des Thüringer Tourismus nutzen wollen. Für diesen Neustart schlagen wir folgende Eckpunkte vor:

- Wir wollen einen sozialen Neustart des Tourismus. Wir treten dafür ein, dass Jede und Jeder die Möglichkeit haben muss, zu verreisen. Derzeit kann sich in Deutschland fast die Hälfte der Bevölkerung keine Urlaubsreisen mehr leisten. Wir wollen einen sozialen Tourismus, der insbesondere Familien, Alleinerziehende mit Kindern sowie Kinder- und Jugendreisen fördert. Die jährliche Schulfahrt soll in jeder Klassenstufe zum obligatorischen Bildungsprogramm gehören. Für Menschen mit Behinderungen wollen wir eine umfassende Barrierefreiheit in der gesamten touristischen Kette erreichen.
- Wir wollen einen ökologischen Neustart im Tourismus. Der derzeitige Tourismus leidet nicht nur unter ökologischen Risiken und Katastrophen, er verursacht sie mit. Wir schlagen deshalb die Förderung eines vorrangig sanften und ressourcenschonenden Tourismus vor. Damit wollen wir Unternehmen und Betriebe im Tourismussektor mit ganzjährigen Angeboten unterstützen. Ein Schwerpunkt soll dabei die Entwicklung touristischer Angebote in strukturschwachen ländlichen Gegenden sein.
- Wir wollen einen Neustart des Thüringer Tourismus mit guter Arbeit. Gute Arbeit heißt Betriebsräte und Tarifverträge für die im Tourismus Beschäftigten. Der gesetzliche Mindestlohn muss auch in der Tourismuswirtschaft ebenso wie das Arbeitszeitgesetz uneingeschränkt gelten. Jede Aufweichung lehnen wir ab. Wir wollen Anreize schaffen, um die Neu- bzw. Wiedergründung von Unternehmen im Gaststättengewerbe attraktiv zu machen. Hierfür schlagen wir die Einführung eines „Gastrobonus“ in Höhe von mindestens 15.000 Euro je Neugründung bzw. Unternehmensnachfolge eines Gastronomie- oder Beherbergungsgewerbes vor. Voraussetzungen für die Auszahlung sind ein entsprechendes unternehmerisches Konzept sowie eine qualifizierte Ausbildung entsprechend dem gültigen Branchenverzeichnis sowie eine tarifgerechte Entlohnung der Beschäftigten.

- Wir sehen für einen Neustart des Thüringer Tourismus eine Intensivierung der begonnenen Zusammenarbeit der Thüringer Tourismusregionen (DMOs) als zwingend notwendig an. Eine höhere Aufenthaltsdauer von Touristinnen und Touristen und damit eine höhere Wertschöpfung wird es nur geben, wenn es gelingt, die Potenziale der Regionen als Kerne der Vermarktungsstrategie der Landestourismusstrategie 2025 zu etablieren und deren Finanzierung auf der Grundlage von Konzepten dauerhaft und auskömmlich zu sichern.
- Wir wollen für einen Neustart des Thüringer Tourismus neue Wege gehen und müssen unsere vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um Thüringen auf dem umworbenen deutschen Tourismusmarkt zu präsentieren. Mit den Weltmeisterschaften im Biathlon und im Rodeln 2023 hat Thüringen herausragende sport- und tourismuspolitische Events, die für eine zentrale Vermarktung auf nationalen, aber auch auf internationalen Märkten genutzt werden können. Wir werden dafür sorgen, dass alle anstehenden Investitionen im Sport- und Tourismusbereich zur Durchführung dieser Veranstaltungen finanziell untersetzt und abgesichert sind, um so die Attraktivität der Region für einen Ganzjahrestourismus zu erhöhen.

Sport als gesamtgesellschaftliche Aufgabe – Thüringen ist Sportland

Sport gehört selbstverständlich zum Leben vieler Thüringerinnen und Thüringer. Nahezu 360.000 Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer betätigen sich sportlich in rund 3.400 Vereinen. Der Breitensport erhöht die Lebensqualität und fördert gesunde Lebensweise sowie das Miteinander. Die Sportvereine fördern die gesellschaftliche Integration von Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen. Der Sport lebt vom ehrenamtlichen Engagement unzähliger Menschen. Die Erfolge unserer Spitzensportlerinnen und Spitzensportler begeistern und animieren als Vorbilder zum Sporttreiben. Die systematische Förderung des leistungsorientierten Kinder- und Jugendsports (Nachwuchsleistungssport) ist eine wesentliche Grundlage für das Erreichen von internationalen Spitzenleistungen.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden die Sportlerinnen und Sportler und ihre Verbände und Vereine auch weiterhin auf allen Ebenen umfassend unterstützen.

Die Folgen der Pandemie waren sind für den Sport besonders deutlich spürbar und stellen Vereine, Verbände, Sportschulen und den Sport insgesamt vor neue, nie gekannte Herausforderungen. Von März bis Juli und im Herbst 2020 war die Durchführung von Trainings- und Wettkampfveranstaltungen kaum bis gar nicht möglich. Sowohl Vereine des Breitensports, des Profi- als auch semiprofessionelle tätige Vereine stehen noch heute vor großen finanziellen Herausforderungen. Sowohl mit der Soforthilfe des Landes Thüringen als auch mit der durch den Landtag beschlossenen Überbrückungshilfe wurde mehr als 300 Vereinen in ganz Thüringen geholfen. Wir wissen, dass die bisherigen Unterstützungen nicht ausreichen, weil sie nur einen kleinen Beitrag zur Problemlösung leisten konnten. Nur die engagierte und umsichtige Arbeit der ehren- und hauptamtlich tätigen Mitglieder der Vereine hat noch stärkeren Auswirkungen der Krise entgegenwirkt. Wir kennen die existenziellen Nöte und wir sind uns bewusst, dass der Umfang und die Folgen der weitreichenden Einschränkungen mit ihren Folgen, keine oder wenige Zuschauer, Verlust von Sponsoren, etc. große Risiken

beinhalten. Wir, DIE LINKE. Thüringen nehmen diese dramatische Situation sehr ernst. Wir werden uns diesen stellen gemeinsam mit und für den Breiten- und Spitzensport Lösungen finden.

- Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern das Thüringer Sportfördergesetz eines der modernsten Sportfördergesetze in der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht. Wir werden daraufhin wirken, dass es gerade unter den pandemischen Bedingungen in all seinen Bestandteilen und ohne Abstriche umgesetzt wird. Besondere Bedeutung hat dabei die kostenlose Nutzung der Sportanlagen für Vereine, für den Trainings- und Wettkampfbetrieb. Das betrifft ebenso die im Sportfördergesetz festgelegte Erstellung von Sportstättenleitplänen durch die Kommunen. Sie sind die Voraussetzungen für einen Abbau des bestehenden Sanierungsstaus bei Sport- und Spielanlagen. Hierbei wollen wir die umfassende Nutzung aller vorhandenen Bundesmittel und die schrittweise weitere Aufstockung der Landesmittel für die Sanierung und den Neubau von Sport- und Spielstätten erreichen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bundesregierung endlich den seit langem versprochenen „Goldenen Plan Sportstätten Ost“ auf den Weg bringt und mit den erforderlichen finanziellen Mitteln untersetzt.
- Wir werden alle Aktivitäten unterstützen, mit denen die Thüringer Sportanlagen auf den höchsten internationalen Stand gebracht werden, um dem stark umworbenen Markt Rechnung zu tragen. Damit sichern wir weit über das Jahr 2023 hinaus internationale Wettkämpfe im Thüringer Wald. Die Oberhofer Leistungssportanlagen sind zwingende Voraussetzung, um die spitzensportlichen Ergebnisse der vergangenen Jahre Thüringer Sportlerinnen und Sportler weiterhin auch möglich zu machen. Dazu gehört auch, dass internationale Wettkämpfe zukünftig in Oberhof stattfinden können. Mit dem Schießsportzentrum auf dem Suhler Friedberg besitzt Thüringen eine deutschlandweit und international anerkannte Sportstätte, die in den vergangenen Jahren zu vielen internationalen Wettkämpfen Gastgeber war. Wir wollen diesen Standort erhalten und modernisieren und hierfür die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Dazu gehören neben der institutionellen Förderung auch die gezielte Ertüchtigung bzw. Neubau der eigentlichen Sportstätten. Unser Ziel ist es, bis zum Jahre 2030 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass nach dem Jahr 1986 eine zweite Weltmeisterschaft auf dem Suhler Friedberg durchgeführt werden kann.
- Wir werden die Stiftung Thüringer Sporthilfe als einem wichtigen Partner für die Entwicklung des Thüringer Sports und vor allem des Nachwuchsleistungssports weiterhin unterstützen. Auch sie war und ist von der Corona-Pandemie betroffen und kann nur dann weiter erfolgreich arbeiten, wenn auch zukünftig die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um junge Sportlerinnen und Sportler sowie Trainerinnen und Trainer fördern zu können. Wir werden uns für eine finanzielle Stärkung der Thüringer Sporthilfe aus Landesmitteln einsetzen und die Suche nach Sponsorinnen und Sponsoren (Kuratorinnen und Kuratoren) aktiv unterstützen.
- Wir werden dafür sorgen, dass diese gezielten Förderungen des Leistungssports

und der dafür notwendigen Sportanlagen auch künftig nicht zu Lasten des allgemeinen Breitensports gehen. Eine wichtige Voraussetzung sowohl für den Breiten- als auch für den Leistungssport ist der Schulsport. Wir wollen, dass zukünftig vom Grundschulbereich bis zur gymnasialen Oberstufe sowie in den berufsbildenden Schulen drei wöchentliche Sportstunden durchgängig in die Lehrpläne aufgenommen werden. Wir unterstützen die Weiterführung von „Jugend trainiert für Olympia".

- Wir wollen für den nicht organisierten Sport die Bewegungsangebote in der Natur und im öffentlichen Raum weiter öffnen.
- Wir werden uns für die Wertschätzung und Anerkennung von sportlichen Leistungen, unabhängig vom Geschlecht, einsetzen. Sport ist leider auch heute noch eine Männerdomäne. Das macht sich vor allem in der Entlohnung, sei es in Form von festen Einkommen, der Vergabe von Fördermitteln oder von Sach- sowie Geldpreisen für erzielte Leistungen bemerkbar. Sportlerinnen erhalten trotz derselben sportlichen Leistungen eine geringere monetäre Wertschätzung als Sportler. Diese Art des geschlechterspezifischen Lohngefälles im Sport muss beseitigt werden.

Land und Stadt gemeinsam – Thüringens Regionen stärken

Starke städtische Zentren wie Erfurt und Jena sind wie viele kleine und mittlere Städte zentrale Orte in unserem ländlich geprägten Thüringen. Diese bunte Vielfalt zeichnet unseren Freistaat aus. Wir, DIE LINKE. Thüringen, spielen die Regionen des Landes nicht gegeneinander aus, sondern verstehen die Unterschiede als unsere gemeinsame Stärke. Wir denken Stadt und Land zusammen, alle Menschen sollen in jedem Thüringer Ort gut leben können. Egal wo – Jede und Jeder braucht Zugang zu verlässlicher medizinischer Versorgung, schnellem Internet, Schule und Bildung und ein ansprechendes soziales und kulturelles Umfeld. Abgehängte Regionen darf es nicht geben.

Wir setzen deshalb mit unserer zukunftsweisenden Landesentwicklungsplanung auf eine nachhaltige, umweltbewusste und soziale Wirtschaftspolitik und die Förderung von erneuerbaren Energien im Einklang mit Natur. Wir werden die Beteiligungsrechte von Kommunen, Einwohnerinnen und Einwohnern und Verbänden verbessern und bei Planungsverfahren die Akteurinnen und Akteure vor Ort noch besser einbinden um damit die Landesentwicklung transparenter gestalten. Entscheidende Elemente sind für uns ein gesetzlich verankerter Stopp des Flächenverbrauchs, die Belebung der Ortskerne sowie die Weiterentwicklung einer umweltschonenden, energie- und kosteneffizienten Infrastruktur. In der kommenden Wahlperiode werden wir in einem umfassenden Beteiligungsprozess einen neuen Landesentwicklungsplan für Thüringen erarbeiten.

Wir achten darauf, dass die neuen Entwicklungen auf den verschiedenen Gebieten auch an die progressiven Thüringer Traditionen anknüpfen, weil wir die Identität unseres Landes als einem demokratischen Zusammenschluss unserer Region mit ihren großen kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Leistungen stärken und für die Zukunft nutzen wollen.

- Wir werden die Internationale Bauausstellung IBA weiterhin unterstützen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Ideenfindung und Zukunftsentwicklung unseres

Landes. Mit dem Thema „StadtLand“ und den Schwerpunkten „LeerGut“, „SelbstLand“ und „ProvinzModerne“ werden Projekte wie das Demokratiegedenkprojekt in Schwarzburg oder die Wiederbelebung des Industriedenkmals Eiermannbau in Apolda entwickelt und umgesetzt. Die Projekte der IBA dienen der Begleitung des gesellschaftlichen Transformationsprozesses im Zuge von demografischem Wandel, Urbanisierung und Digitalisierung. Mit der IBA werden konkrete Orte in ländlichen Gebieten Thüringens wiederbelebt und einer neuen Nutzung zugeführt. Die Ideen und Aktivitäten der IBA wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen mit der Stadt- und Dorfentwicklungsplanung verknüpfen. Wir wollen die Breitenwirkung der IBA und ihren konkreten Nutzen für alle Thüringerinnen und Thüringer wesentlich zu verstärken. Unser Ziel ist die Etablierung eines europäischen Bauhauses in Weimar.

- Wir werden die von der Rot-Rot-Grünen Koalition und dem linksgeführten Infrastrukturministerium eingeschlagene Landesentwicklung fortsetzen, die die ländlichen Räume stärkt und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen herstellen will. Das betrifft die Versorgung mit Wasser, Energie, Telekommunikation, die Rettungsdienste, die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Das betrifft auch die Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen wie Kindergärten, den Zugang zu Sport, Kultur, Bildung oder der ärztlichen Versorgung. Neben den Städtebauförderprogrammen des Bundes werden wir mit ergänzenden Landesprogrammen unsere Maßnahmen zur Stärkung ländlicher Gebiete, von der Sanierung des Vereinshauses bis hin zu Rückbaumaßnahmen von dauerhaft leerstehenden Gebäuden weiterführen.

Unsere Dörfer haben Zukunft

Dorf oder Stadt?! Wo wollen wir leben? Über diese Fragen entscheidet oft die vorhandene Infrastruktur. Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben den Anspruch, allen in Thüringen lebenden Menschen den Zugang zu den Grundelementen des Alltags zu sichern, egal wo sie leben. Dazu gehören ein lebendiges Gemeinwesen und kulturelle Angebote sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen. Eine gute Anbindung der Dörfer an die Städte durch den Ausbau einer modernen Infrastruktur bleibt daher ein wichtiges Ziel für uns.

- Wir werden den Dialog mit den Menschen vor Ort fortsetzen, denn nur so können ihre Ideen und Anregungen (zum Beispiel Dorfentwicklungsbeiräte) in die Dorfentwicklungsplanung einfließen, die wir mit ihnen gemeinsam gestaltet wollen. Wir wollen die Dorfentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit den Kommunen mit der Sozialplanung verknüpfen.
- Wir wollen die demografische Entwicklung als Chance zur Umgestaltung nutzen. Wir werden altersgerechte barrierefreie Zugänge zu allen Lebensbereichen schaffen und ausbauen und das Ehrenamt stärken. Mit einer entsprechenden Sozialplanung soll ein gutes Zusammenleben der Generationen gefördert und die Attraktivität des ländlichen Raums für junge Familien erhöht werden. Als ersten Schritt haben wir hierfür das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ auf den Weg gebracht.

- Wir wollen mit den unterschiedlichen Förderinstrumenten eine ganzheitliche Entwicklung ländlicher Räume erreichen. Durch die Verknüpfung unterschiedlicher Förderprogramme, durch den Einsatz von Förderlotsinnen und -lotsen wollen wir gerade die Kommunen im ländlichen Raum aber auch Vereine und Initiativen noch gezielter unterstützen.

Investitionen statt Schuldenbremse – Solidarischer und gerechter Landeshaushalt

Haushaltspolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient der Umsetzung politischer Ziele. Eine gerechte und soziale Gesellschaft, die für alle ein gutes Leben ermöglichen will, braucht Investitionen: Geld für Kindergärten und Schulen, soziale und kulturelle Infrastruktur, gute Verkehrswege, Krankenhäuser, auskömmliche Beratungs- und Interventionsstrukturen für den Schutz vor Gewalt an Frauen, Kindern und LSBTIQ*, für öffentlichen Personenverkehr, barrierefreies und gutes bezahlbares Wohnen, für attraktive Kommunen und einen handlungsfähigen Staat. In der gegenwärtigen Corona-Krise setzen wir, DIE LINKE. Thüringen, auf wirksame Maßnahmen für soziale Sicherheit, gute Arbeit, lebenswerte Kommunen und die ausreichende Finanzierung für die erforderlichen Neueinstellungen insbesondere von Lehrerinnen und Lehrern.

- Wir wollen gerade in der Krise Planungssicherheit und einen Haushalt, der Stabilität garantiert und progressive Gestaltung für die Zukunft des Landes ermöglicht. Wir wollen mit unserer Haushaltspolitik in der gegenwärtigen Krisensituation die Wirtschaft verstärkt fördern und unterstützen, sozial-ökologisch umsteuern und damit die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft erreichen. Wir setzen uns für einen sozialen und ökologischen Transformationsfonds ein, mit dem der notwendige industrielle Strukturwandel begleitet wird.
- Wir wollen deshalb die Schuldenbremse überwinden, damit die Länder und damit auch Thüringen zur Finanzierung dieser Aufgaben auch Kredite aufzunehmen können. Heute unterlassene Zukunftsinvestitionen belasten künftige Generationen finanziell und ökonomisch um ein Vielfaches. Demgegenüber profitieren sie von moderner Infrastruktur, modernen Bildungseinrichtungen, nachhaltigem Wirtschaften, Klimaschutzmaßnahmen, für die wir heute die Grundlagen legen müssen. Nicht die Aufnahme von Krediten gefährdet also die Zukunft, sondern der Verzicht darauf, in die Zukunft zu investieren. Gerade die Corona-Krise zeigt uns die Konsequenzen des neoliberalen Kaputtsparens. Der nach der Krise notwendige ökonomischen Neustart braucht dringend Investitionen.
- Wir haben gezeigt, dass Rot-Rot-Grün haushaltspolitisch verantwortungsbewusst handelt, indem wir 2019 gegen große Widerstände einen Landeshaushalt für das Jahr 2020 auf den Weg brachten und damit Planungssicherheit und Stabilität gewährleisteten. Unser Ziel sind weiterhin öffentliche Haushalte mit hohen Investitionen, wenn möglich der Abbau von Schulden und die Vorsorge vor künftigen Risiken. Wir wollen auch zukünftig in die Schwerpunkte unserer Politik investieren: Bildung und Wissenschaft, Umwelt, Arbeit und Soziales, Kultur und Kommunen. Wir werden die Landesanteile zur vollständigen Inanspruchnahme von EU-Mitteln und Bundesmitteln sichern.

- Wir werden uns auf der Bundesebene zur Stärkung der öffentlichen Haushalte für eine gerechtere Steuerpolitik und die Umverteilung von oben nach unten mit entsprechenden Bundesratsinitiativen einsetzen. Wir wollen Steuerschlupflöcher schließen und eine Finanztransaktions- sowie Millionärssteuer einführen. Wir werden uns nach dem Ende der Corona-Pandemie einer Fortsetzung der Politik der „Schwarzen Null“ widersetzen, weil sie die dringend notwendigen Investitionen für eine sozial gerechte und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung blockiert und deshalb ökonomisch unsinnig ist.

Ostdeutschland – 30 Jahre nach dem Beitritt. Für einen neuen Aufbruch

Mehr als 30 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ist die Ungleichheit zwischen Ost und West noch immer nicht überwunden, sind tatsächlich gleiche Lebensverhältnisse nicht hergestellt, sind zu wenige Menschen aus dem Osten in bundesdeutschen Spitzenpositionen. Die Renten, Löhnen und Gehälter sind im Osten und auch in Thüringen niedriger, die Tarifbindung geringer. Vor allem aber fehlt es an einem respektvollen Umgang. Die Menschen im Osten haben sich die Demokratie selbst erkämpft. Viele Thüringerinnen und Thüringer haben einen Erfahrungsvorsprung mit einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel, der bisher zu wenig anerkannt und genutzt wurde und wird, um gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen wie der Klimakrise gerecht zu werden. Der einfache Nachbau West ist gescheitert, weil mit ihm ein System auf Ostdeutschland übertragen wurde, ohne die 1990 bestehende Chance zur Überwindung seiner Fehlentwicklungen: soziale Ungerechtigkeit, ökologische Probleme, ökonomische Krisen, zu nutzen.

DIE LINKE ist die Partei mit der höchsten Sachkompetenz für den Osten. Wir haben uns seit 1990 kontinuierlich dafür eingesetzt, dass die Ungleichheit zwischen Ost und West überwunden und tatsächlich gleiche Lebensverhältnisse hergestellt werden. Für die anderen Parteien war der Osten lange Zeit ein billiger Arbeitsmarkt und eine verlängerte Werkbank. Sie haben den Osten für ihre neoliberale Politik des Sozialabbaus instrumentalisiert. Nur wir haben immer und immer wieder klar benannt, dass diese Politik nach dem bis heute nicht aufgearbeiteten Treuhand-Desaster zu Rentenungerechtigkeit, zu zerrissenen Familien (Pendelzwang) und zu Deindustrialisierung führte; ebenso, dass Hartz IV im Osten noch verheerendere Folgen hatte, als in anderen Teilen der Bundesrepublik.

Wir setzen auf das insbesondere in den jüngeren Generationen deutlich werdende neue ostdeutsche Selbstbewusstsein. Mit ihm geht es nicht nur um einen kritischen Blick auf Realsozialismus, Nachwende-Zeit und Treuhand-Politik. Es geht um einen neuen Aufbruch für soziale und ökologische Veränderungen, um das so wichtige Engagement für eine solidarische Gesellschaft – im Osten wie im Westen.

Thüringen hat seit dem Antritt der Rot-Rot-Grünen Landesregierung mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident seit 2014 im Bundesrat, gegenüber den westdeutschen Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und der Bundesregierung endlich eine solide Interessenvertretung.

- Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden weiterhin dafür eintreten, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse spürbar vorangebracht wird. Das gilt

vorrangig für die Rentenangleichung durch das Schließen der Rentenlücke und die Beseitigung von Rentenungerechtigkeiten. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten, wenn sie gegen Betriebsschließungen, für höhere Tarifbindung und -abschlüsse kämpfen, um die Ungerechtigkeiten zwischen Ost und West zu überwinden. Wir wollen die Tarifbindung stärken und einen höheren Mindestlohn. Gleicher Lohn für die gleiche Arbeit in Ost und West und zwischen Männern und Frauen muss endlich Normalität werden.

- Wir fordern die weitere Ansiedelung von Bundesbehörden in Thüringen und mehr Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Osten. Der Bund muss die Länder bei den Kosten für die Bundesfernstraßen, der Schulbauförderung, bei der konsequenten Digitalisierung der Schulen, beim Qualitätsausbau unserer Kindergärten, den Energiekosten und bei der Reduzierung umweltpolitischer Altlasten ebenso stark unterstützen, wie bei der Unterbindung der Finanzspekulation mit landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen. Er muss anstelle der ostdeutschen Länder die Kosten der DDR-Versorgungslasten in seiner Rechtsnachfolge übernehmen. Das dadurch freiwerdende Geld werden wir in Bildung und Infrastruktur investieren.
- Vor allem geht es jedoch um die Anerkennung der Lebensleistungen der Menschen in Thüringen und in Ostdeutschland – vor und nach 1989/90. Die hier gemachten Erfahrungen, positiv wie negativ, müssen als Bestandteil der bundesdeutschen Gesellschaft anerkannt und respektiert werden – und sie müssen sich in politischen und gesellschaftlichen Debatten widerspiegeln. Das erfordert, ostdeutsche Erfahrungen und Lebensleistungen in ihrer Gesamtheit und Vielfalt ernst zu nehmen.

Gute Rente für alle

Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen eine grundsätzliche Neuausrichtung in der Rentenpolitik. Niemand darf im Alter arm sein, ganz gleich ob infolge von Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder der Dauer der Berufstätigkeit. Jede und jeder soll im Alter in Würde leben können. Unser Einsatz für gute Arbeit und gute Löhne sowie einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 13 Euro pro Stunde ist zugleich ein Kampf um eine gute Rente. Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern und wirksam vor Armut schützen.

Rentenpolitik ist Bundespolitik. Wir unterstützen die Forderungen der Rentenpolitik der Partei DIE LINKE auf Bundesebene. Wir wollen eine abschlagsfreie Rente ab 65 und die Möglichkeit eines Renteneintritts mit 60 Jahren bei mindestens 40 Beitragsjahren. Die Rente muss zu einer steuer- und beitragsfinanzierten Leistung ausgebaut und das Rentenniveau von derzeit 48 Prozent auf 53 Prozent erhöht werden. Hierfür schlagen wir eine Erwerbstätigenversicherung vor. Die Zeiten der Erwerbslosigkeit und der Kindererziehung, besonders von Alleinerziehenden, sowie der Pflege, wollen wir besser absichern. Gebrochene Erwerbsbiografien müssen bei der Ausgestaltung der sozialen Absicherung besser berücksichtigt werden. Wir stehen weiter an der Seite der in der DDR geschiedenen Frauen und setzen uns für das Schließen von Überführungslücken in

der Rentenüberleitung bei bestimmten Personen- und Berufsgruppen in Ostdeutschland ein. Wir wollen eine solidarische Mindestrente von mindestens 1.050 Euro/Monat.

Wir wollen, dass die Abgeordneten des Thüringer Landtages künftig in allen steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fragen mit allen Berufstätigen gleichgestellt werden und Beiträge in die sozialen Versicherungssysteme einzahlen.

Für ein solidarisches Europa – Gerade in Zeiten der Krise

Erneut steckt die Europäische Union in einer tiefen Krise, das Corona-Virus hat die europäischen Gesellschaften fest im Griff. Fast alle Länder kämpfen mit massiven Wirtschaftseinbrüchen und der Überforderung ihrer Gesundheitssysteme. Zu Beginn der Corona-Krise haben die EU-Institutionen vollständig versagt. Völlig vertragswidrig blieb nur der Kapitalverkehr unbehindert und frei. Viele andere europäische Rechte wurden außer Kraft gesetzt, bis hin zur Verweigerung vertraglich fixierter Warenlieferungen.

Die Bürgerinnen und Bürger – die Gesellschaften als Ganzes - bekommen nun die Konsequenzen der neoliberalen Sparpolitik der vergangenen Jahrzehnte zur Rettung von Banken und Investmentfonds zu spüren. Vor allem in den Mittelmeeranrainerstaaten befinden sich die Krankenhauskapazitäten auf einem historischen Niedrigstand, ganz zu schweigen von der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Dies ist wesentlich auch auf die Vorgaben der EU zurückzuführen, im Sozial- und Gesundheitsbereich zu sparen und zu privatisieren. Die Arbeitslosenzahlen steigen in allen Ländern, besonders betroffen wiederum die südeuropäischen Länder.

Mit einer solchen Politik wird die europäische Idee zur Makulatur. Die Suche nach Lösungen für die Menschen in Europa wird nationalen Egoismen untergeordnet. Die europäische Idee hat dadurch Schaden genommen. Auch die Finanzierungsgrundlage der EU für die nächsten Jahre steht noch auf der Kippe, eine menschenwürdige Lösung der Notlage der Geflüchteten an ihren südlichen Grenzen kann oder will sie nicht herbeiführen. So kann es nicht weiter gehen.

Wir LINKE wollen ein solidarisches Europa. Wir halten an der Idee einer offenen und immer stärker integrierten sozialen Union fest und wollen gleichwertig gute Lebensverhältnisse in allen Teilen der EU. Nur in und mit ihr können in der globalisierten Welt Umwelt- und Klimaschutz, die gerechte Verteilung von Löhnen und Renten und ein an den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer orientierter Daten- und Verbraucherschutz realisiert werden.

Die gute Entwicklung Thüringens in den letzten Jahren ist nicht zuletzt auch den EU-Mitteln zu verdanken. Die Programme zur Infrastrukturentwicklung und Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Auch deshalb ist eine handlungsfähige und sozial gerechte EU wichtig für Thürinegn. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Folgebelastungen der Corona-Krise innerhalb der EU gemeinsam und fair zu tragen. Wir streiten dafür, dass sich die Interessen Ostdeutschlands in den Strukturfonds abbilden und die demographische Entwicklung in den Regionen als besondere Herausforderung berücksichtigt wird. Wir setzen uns für eine Stärkung der Förderprogramme für Wirtschaft, Beschäftigung, Landwirtschaft und Bildung ein. Wir wollen eine ausgewogene Balance zwischen gemeinsamen Entscheidungen

in Brüssel und gestärkter Verantwortung in den Regionen. Wir werden uns vermehrt und intensiv an europäischen Austauschprogrammen und Partnerschaften beteiligen, diese aktiv fördern und voranbringen.

Antrag A-1/ÄA-1: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), BO Innen[Stadt] Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 207

204 Arme Kinder leiden nicht nur unter schlechter Ernährung und unzureichender ärztlicher
205 Versorgung, sie haben auch schlechtere Chancen auf Bildung. Ihre Möglichkeiten für
206 gesellschaftliche Teilhabe und soziale Beziehungen sind stark eingeschränkt. Von
207 vielen Bereichen des Lebens wie Kinobesuchen, der Pflege von Hobbys in Vereinen , vielen sportlichen Aktivitäten oder
208 zusätzlichem Musikunterricht sind sie weitgehend ausgeschlossen.

Begründung

Individual- und Vereinssport ist mit teilweise immensen Kosten verbunden, sei es für Ausrüstung oder Mitgliedsbeiträge. Sportliche Aktivitäten spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung eines Kindes. Kinder entdecken durch Bewegung die Welt. Sport trägt zu einer gesunden körperlichen, geistigen und psychosozialen Entwicklung bei. Er fördert den sozialen Zusammenhalt und Inklusion. Die Teilhabe am Sport sollte allen Kindern möglich sein.

Antrag A-1/ÄA-2: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), BO Innen[Stadt] Weimar, Hubert Krüger (Nr. 204), Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 348

347 • Wir werden uns im Bundesrat für einen Mindestlohn in Werkstätten für Menschen
348 mit Behinderungen, der mindestens dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns entspricht, und für eine Nachbesserung des Bundesteilhabegesetzes
349 einsetzen. Wir wollen, dass Unternehmen, die gemessen an ihrer Größe zu wenige
350 Menschen mit Behinderung beschäftigen, eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen.

Begründung

Nur zur Präzisierung, da ansonsten theoretisch auch ein niedrigerer Mindestlohn vereinbart werden könnte. DIE LINKE steht für faire Entlohnung von Arbeit, egal, wer diese verrichtet.

Antrag A-1/ÄA-3: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), BO Innen[Stadt] Weimar, Hubert Krüger (Nr. 204), Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 660

654 Unseren Ausgangspunkt bilden die Erkenntnis und die Akzeptanz, dass das Ziel einer
655 drogenfreien Gesellschaft kaum der Realität entspricht. Dennoch wollen wir den
656 Missbrauch von gesetzlich zugelassenen und von verbotenen Rauschmitteln und
657 Suchtgefährdungen eindämmen. Nach unserer Überzeugung gelingt dies jedoch nicht durch
658 die Kriminalisierung von Drogenkonsum, sondern nur durch einen effektiven Jugend-,
659 Gesundheits- und Verbraucherschutz. Deshalb setzen wir uns für ein bundesweites
660 Werbeverbot sowohl für Alkohol ~~und~~, Tabakprodukte und Energydrinks als auch für Glücksspiel ein.

Begründung

Energydrinks sind gesundheitsschädlich. Sie enthalten viel Zucker, Koffein und Taurin und haben bei hoher Dosierung über einen längeren Zeitraum ein nicht zu vernachlässigendes Potential für eine körperliche Abhängigkeit. Gerade da der Verkauf von Energydrinks in Deutschland ohne Altersbeschränkung erlaubt und die Werbung explizit auf junge Menschen ausgerichtet ist, sollte diese verboten werden.

Antrag A-1/ÄA-4: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Ulrike Grosse-Röthig, BO Innen[Stadt] Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), Hubert Krüger (Nr. 204), Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 305

304 Wir, DIE LINKE. Thüringen, streiten für die Einbeziehung von Menschen mit
305 Behinderungen in die Gesellschaft in allen Lebensphasen. Ob ~~Kita~~Krippe, Kindergarten und Kindertageseinrichtung, Schule oder
306 Hochschule, in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und auch in der Politik und der
307 Zivilgesellschaft, - überall sollen Menschen mit Behinderung ihren inklusiven Platz
308 haben und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Wir wollen deshalb die
309 Einführung eines Ehrenamtsassistenzfonds aus Landesmitteln für Menschen mit
310 Behinderung.

Begründung

Konsistenz des Wahlprogramms, welches andernorts von Kindergarten spricht

Antrag A-1/ÄA-5: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12), BO Innen[Stadt] Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 587

587 • Wir setzen uns für eine gute psychotherapeutische undpsychiatrische Versorgung in Thüringen ein und
588 legen dabei besonderen Augenmerk auf Vernetzung, Verzahnung wie auch Kooperation
589 aller Angebote und Strukturen. Wir werden gemeindepsychiatrische Verbünde
590 unterstützen und wollen eine gute Zusammenarbeit der Psychiatriekoordinatoren
591 des öffentlichen Gesundheitsdienstes befördern.

Begründung

Psychiatrische Behandlungsansätze sind nicht selten angebracht, ihnen ist jedoch in vielerlei Hinsicht zunächst ein psychotherapeutischer Bewältigungsversuch vorzuziehen. Dieser Ansatz wirkt gegebenenfalls nachhaltiger und näher an der Ursache. Medikamente haben oft schwere Nebenwirkungen und bringen teure Folgeschäden mit sich. Damit soll aber nicht in Frage gestellt werden, dass bei Gefahr für Leib und Leben auch eine psychiatrische Notfallbehandlung die erste Maßnahme sein kann. Ein Auslassen des psychotherapeutischen Ansatzes ist jedoch eine Fehlstelle im Programm.

Antrag A-1/ÄA-6: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12), BO Innen[Stadt] Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 650

648 • Wir setzen vor allem auch auf Pflegeprävention und die Stärkung pflegender
649 Angehöriger. Wir wollen ein Landesnetzwerk für eine gute Beratung, Austausch und
650 Unterstützung pflegender Angehöriger aufbauen.

- Wir wollen die Qualitätssicherung in Alten- und Pflegeeinrichtungen stärken, indem wir unangemeldete Kontrollen von Hygiene, Sicherheit und Berichtswesen ausweiten und anonyme Meldemöglichkeiten für Patient:innen, Pfleger:innen und Angehörige schaffen.

Begründung

In zahlreichen Alten- und Pflegeeinrichtungen wirkt sich der Personalmangel und Profitoptimierung negativ auf die Qualität aus. Zahlreiche Pfleger:innen berichten desolate Zustände und mangelnde Angst vor Kontrollen bei leitenden Angestellten und Eigentümer:innen. Eine Durchsetzung von geltenden und zu erhöhenden Standards erscheint unter diesen Rahmenbedingungen unmöglich.

Antrag A-1/ÄA-7: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12), Hubert Krüger (Nr. 204)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 707 - 710

704 Wir wollen gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen Antworten
705 finden, wie die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt aufgestellt sein müssen, damit alle
706 Menschen gut arbeiten und leben können. Wir sehen in Arbeitszeitverkürzungen und
707 einem existenzsichernden Grundeinkommen erste konkrete Schritte. ~~Wir wollen~~Wir werden deshalb
708 im Rahmen möglicher Koalitionsverhandlungen darauf dringen, dass zur Stärkung der Transformations- und Grundeinkommensforschung an einer Thüringer Universität ein vom Freistaat Thüringen finanziertes Graduiertenkolleg aufgelegt wird. Hier soll ein geeignetes Studiendesign für ein Modellprojekt ~~eines existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommens für 1000~~
709 ~~Menschen eines Stadtteils oder eines Ortes für drei Jahre mit wissenschaftlicher~~
710 ~~Begleitung durchführen~~in Thüringen zu offenen Fragestellungen um ein existenzsicherndes Grundeinkommen entwickelt und anschließend wissenschaftlich begleitet werden.

Begründung

Ohne Kenntnis einer wissenschaftlichen Fragestellung sind vorgefertigte Festlegungen eines Studiendesigns wie z.B. “für 1000 Menschen” schlicht unredlich. Entsprechend umfasst der Beschluss der 2. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Thüringen am 27. Oktober 2018 in Weimar mit dem Titel “Das bedingungslose Grundeinkommen emanzipatorisch denken, die Debatte von links gestalten!” [PDL Th 2018] auch keine solche Festlegung. Vom Hören und Sagen kann vermutet werden, dass im vom Landtagswahlprogramm angedachten Modellprojekt die Frage geklärt werden soll, ob eine Einführung eines Grundeinkommensmodells zur Folge hätte, dass signifikante Anteile der Bevölkerung ihre Beteiligung am wirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess einstellen werden. Es ist dabei schwer vorstellbar, wie der beabsichtigte Studienaufbau mehr als diese Frage und damit Punkte, die auch unsere innerLINKE Debatte thematisiert, erhellen soll. Die dahinterstehende, irrlichtende Befürchtung basiert auf einem negativen Menschen- und Weltbild aus konservativen Kreisen, das annimmt, Geld wäre die einzig wirksame Handlungsmotivation aller Menschen. Nicht nur wir als humanistische und aufklärerische Partei sollten weit von dieser Annahme entfernt sein, sondern auch bereits erfolgte Studien [vgl. Kangas et al. S. 26 ff] geben für diese keinen Anlass, bzw. sind aktuell in weiteren Auswertungen begriffen. Zudem bleibt diskutabel, ob eine solche Bremsung von

energieaufwendiger Arbeit nicht aus ökologischer Sicht sogar wünschenswert wäre. Daher sollte das Landeswahlprogramm zunächst gänzlich offen lassen, welcher Fragestellung sich ein Modellprojekt widmet, oder welche Stichprobe aus welcher Population zu untersuchen ist. Auf diese Weise erhalten wir uns die Chance, uns relevanteren Fragestellungen zu nähern und an bestehende Forschungen tatsächlich anzuschließen.

So ist die Frage offen, wie extreme vorhandene Einkommens- und Vermögensunterschiede verkleinert werden sollen, wenn reiche Menschen durch einen falsch verstanden Gleichbehandlungsgrundsatz Geld erhalten, die es längst nicht mehr schaffen, allein ihre Kapitalerträge auszugeben. Auch haben wir keinerlei Kenntnisse zu makroökonomischen Effekten, wie z.B. eine befürchtbare Ausgleichsinflation, die die Festlegung eines sozioökonomischen Existenzminimums aus der Hand demokratischer Prozesse geben und einer ungebremsten Wirtschaftslogik preisgeben könnte. Besonders besorgniserregend bleiben mögliche gesellschaftliche und politische Konsequenzen des Wegfalls von Argumenten für Sozialleistungen. Die zentrale Hoffnungen an ein Grundeinkommensmodell ist, neben einem Verwaltungsabbau, der Entfall der entwürdigenden Prozedur der sog. Bedürftigkeitsprüfung. Hier bleibt zu prüfen, ob nicht strukturwahrendere, kleinere Eingriffe wie ein ausschließender Reichtumsnachweis statt dieser regelhaften Bedürftigkeitsprüfung bereits zielführend wären, ohne wie auch immer gearteten Kontrollverlust zu riskieren.

[PDL Th 2018] - Link: DIE LINKE. Thüringen, “Das bedingungslose Grundeinkommen emanzipatorisch denken, die Debatte von links gestalten!”, Beschluss des Landesparteitags https://www.die-linke-thueringen.de/fileadmin/LV_Thueringen/dokumente/parteitage/lpt6_tagung2/beschluesse/4_Grundeinkommen.pdf , retrieved 11.12.2020

[Kangas et al. 2019] - Olli Kangas, Signe Jauhiainen, Miska Simanainen, Minna Ylikännö (eds.), “The Basic Income Experiment 2017–2018 in Finland. Preliminary results”, Reports and Memorandums of the Ministry of Social Affairs and Health 2019:9, Link: https://julkaisut.valtioneuvosto.fi/bitstream/handle/10024/161361/Report_The%20Basic%20Income%20Experiment%2020172018%20in%20Finland.pdf?sequence=1&isAllowed=y, retrieved 11.12.2020

Antrag A-1/ÄA-8: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12), BO Innen[Stadt] Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), Hubert Krüger (Nr. 204)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 907

905 • Wir wollen, dass Beratungsangebote und Publikationen mindestens zweisprachig
906 vorgehalten werden, um Migrantinnen und Migranten den Weg in die
907 Selbstständigkeit zu erleichtern.

- Wir werden anonyme Meldemöglichkeiten für Verstöße bei Arbeits- und Infektionsschutz am Arbeitsplatz schaffen und die entsprechenden Kontrollkapazitäten der Gewerbebehörden und Ordnungsämter ausbauen, sowie Amtshilfe anderer Behörden ermöglichen.

Begründung

In Thüringen werden Meldungen von schweren Gesundheitsgefahren von Beschäftigten am Arbeitsplatz ignoriert oder führen zu widerrechtlichen Kündigungen. Vor allem die SARS-CoV-2-Ausbreitung hat diesen Mangel offensichtlich werden lassen. Betriebe dürfen auch im Kapitalismus keine rechtsfreien Räume sein.

Antrag A-1/ÄA-9: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12), BO Innen[Stadt] Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), Hubert Krüger (Nr. 204)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 967

961 • Wir wollen in Thüringen bei der Einführung der Mobilfunktechnologie der 5.
962 Generation (5G) vorangehen. Davon sollen nicht nur städtische, sondern vor allem
963 die ländlichen Räume rasch profitieren. Wir werden weiterhin für eine umfassende
964 Netzneutralität streiten, damit der Zugang zu schnellen Datenwegen nicht vom
965 Geldbeutel abhängig gemacht wird. Wir unterstützen Initiativen, die
966 Breitbandversorgung aus der Hand weniger Telekommunikationskonzerne in
967 öffentliches Eigentum zu überführen oder genossenschaftlich zu organisieren.

- Wir werden maschinenlesbare Rohdatenabfrageschnittstellen im Zuge der Entwicklung eines umfassenden Open-Data-Konzepts auf kommunaler Ebene und Landesebene ausbauen und schaffen.

Begründung

Vor allem beim Thüringer Landesamt für Statistik sind hochwertige, unter Einsatz von hohen Steuermitteln akquirierte Daten einsehbar. Diese müssen jedoch durch Datenwissenschaftler:innen mühsam und zeitaufwendig aufbereitet werden, um sie in ihren Forschungen im größeren Kontext vergleichbar auszuwerten. Insbesondere Haushaltsdaten können auf diese Weise demokratischer rezipiert werden.

Antrag A-1/ÄA-10: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12), BO Innen[Stadt] Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), Hubert Krüger (Nr. 204)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1122

1116 Starke städtische Zentren wie Erfurt und Jena sind wie viele kleine und mittlere
1117 Städte zentrale Orte in unserem ländlich geprägten Thüringen. Diese bunte Vielfalt
1118 zeichnet unseren Freistaat aus. Wir, DIE LINKE. Thüringen, spielen die Regionen des
1119 Landes nicht gegeneinander aus, sondern verstehen die Unterschiede als unsere
1120 gemeinsame Stärke. Wir denken Stadt und Land zusammen, alle Menschen sollen in jedem
1121 Thüringer Ort gut leben können. Egal wo - Jede und Jeder braucht Zugang zu
1122 verlässlicher medizinischer Versorgung, schnellem Internet, Waren des täglichen Bedarfs, Schule und Bildung und
1123 ein ansprechendes soziales und kulturelles Umfeld. Abgehängte Regionen darf es nicht
1124 geben.

Begründung

Der ländliche Raum wird auch deshalb immer unattraktiver, weil immer mehr Einkaufsmöglichkeiten des Grundbedarfs aus der Fläche verschwinden. Damit wird es Menschen ohne eigenes Fahrzeug oder Führerschein weiter erschwert, sich ausreichend und gesund zu ernähren. Zusätzlich könnten hier auch in ökologischer Hinsicht Transportwege gespart werden, sowie Treffpunkte geschaffen werden.

Antrag A-1/ÄA-11: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Markus Franke (SV Erfurt)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 180

177 • Wir wollen Kindern und Jugendliche vor häuslicher Gewalt und sexuellem
178 Missbrauch, vor Mobbing in Kindergärten und Schulen besser schützen. Ein Element
179 hierfür ist das neue Amt der/des Landesbeauftragten für Kinderschutz und zur
180 Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern und die Beteiligung Thüringens am Projekt „Kein Täter werden“ - ein therapeutisches Angebot an der Charité in Berlin zur Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch.

Begründung

Folgende Städte bzw. Bundesländer sind bereits dem Projekt angeschlossen:

Online- HYPERLINK "https://www.kein-taeter-werden.de/betroffene/" HYPERLINK "https://www.kein-taeter-werden.de/betroffene/" HYPERLINK "https://www.kein-taeter-werden.de/betroffene/"Selbsthilfe

Bamberg

Berlin

Düsseldorf

Gießen

Hamburg

Hannover

Kiel

Leipzig

Mainz

Sachsen-Anhalt

Stralsund

Ulm

Antrag A-1/ÄA-12: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Markus Franke (SV Erfurt)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 261

260 • Wir wollen in ganz Thüringen vielfältige und niedrigschwellige Angebote für die
261 Familien unterbreiten und dabei die besonderen Bedürfnisse und Wünsche zur Vorbereitung junger Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern, von
262 Alleinerziehenden und Regenbogen-Familien stärker berücksichtigen. Dabei
263 unterstützen wir auch weiterhin die Arbeit des Landesfamilienrats und die
264 Umsetzung des Landesfamilienförderplans.

Begründung

§ 16 SGB VIII Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

(2) Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie sind insbesondere

1.

Angebote der Familienbildung, die auf Bedürfnisse und Interessen sowie auf Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen, die Familien in ihrer Gesundheitskompetenz stärken, die Familie zur Mitarbeit in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe besser befähigen **sowie junge Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten,**

Hierzu gibt es z.B. bundeweit das Angebot - Gesprächstraining EPL - Ein partnerschaftliches Lernprogramm

Im EPL-Gesprächstraining werden zunächst grundlegende Gesprächs- und Problemlösefertigkeiten eingeübt. Mit diesen Fertigkeiten spricht dann jedes Paar für sich über wichtige Themen seiner Partnerschaft. Jedes Paar wird von Trainerinnen und Trainern unterstützt, hierbei die entsprechenden Gesprächs- und Problemlösefertigkeiten anzuwenden.

Antrag A-1/ÄA-13: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Markus Franke (SV Erfurt)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 779 - 782

778 • Damit der Arbeits- und Gesundheitsschutz für alle Arbeitnehmerinnen und
779 Arbeitnehmer garantiert wird, werden wir das für die Kontrolle ~~zuständige Landesamt~~
780 ~~personell aufstocken. Damit der Arbeits- und Gesundheitsschutz für alle~~
781 ~~Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantiert werden, wollen wir das für die Kontrolle~~
782 ~~zuständige Landesamt personell~~und Unterstützung zuständige Landesamt für Verbraucherschutz Abt. Arbeitsschutz personell durch Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Gewerbearzt (Facharzt für Arbeitsmedizin) aufstocken. Wir wollen diejenigen
783 schützen, die durch die Corona-Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind.
784 Wir halten an der klaren Begrenzung der Sonn- und Feiertagsarbeit und an den
785 zwei freien Samstagen pro Monat im Einzelhandel fest, damit freie Tage für
786 Familie, Freundschaften und Erholung für möglichst viele Beschäftigte garantiert
787 sind.

Begründung

Der Ergänzungsvorschlag bekräftigt die für die Tausenden Erwerbstätigen ernsthafte Bedeutung der Arbeitssicherheit. Das Bemühen um einen Facharzt für Arbeitsmedizin ergänzt die gegenwärtige Qualifikation von zwei Gewerbeärzten im TLV.

Es ist auch für Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Wahlprogramm wichtig zu lesen, dass die Fachkräfte für Arbeitssicherheit die zuständigen Mitarbeiter zu unterstützen haben. Der Begriff – Kontrolle - , wenn auch faktisch gegeben, ist im ASiG nicht enthalten.

Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit
§ 6 Aufgaben der Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit haben die Aufgabe, den Arbeitgeber beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung in allen Fragen der Arbeitssicherheit einschließlich der menschengerechten Gestaltung der Arbeit zu unterstützen.

Antrag A-1/ÄA-14: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Julia Langhammer (SV Jena · Nr. 60)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 723

715 • Wir werden die Thüringer Programme zur öffentlich geförderten Beschäftigung und
716 gemeinwohlorientierte Arbeit ebenso stärken wie das Landesarbeitsmarktprogramm.
717 Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut arbeiten und leben können, setzen
718 wir uns für die Stärkung der Tarifbindung ein und wollen die Hürden für
719 allgemeinverbindliche Tarifverträge senken. Zur Stärkung der Tarifbindung werden
720 wir alle Landesbeteiligungen auf Einhaltung von Tarifverträgen überprüfen und
721 wenn keine Tarifbindung vorliegt, entsprechende Schritte zum Übergang in einen
722 Tarifvertrag vornehmen. Gleiches gilt für die gesetzlich vorgesehenen Gremien
723 der Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

- Wir stärken die demokratische Beteiligung in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Deswegen werden wir in das Thüringer Personalvertretungsgesetz eine Unberührtheitsklausel, analog zum Bremischen Personalvertretungsgesetz, einfügen und damit klarstellen, dass Personalräte in allen sozialen, personellen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Angelegenheiten, die die Beschäftigten und ihre Arbeitsbedingungen berühren, mitbestimmen sollen.

Begründung

Im Jahr 2019 wurde nach langer Debatte das Thüringer Personlvertretungsgesetz novelliert, sodass nun Personalräte theoretisch in allen sozialen, personellen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Angelegenheiten mitbestimmen können. In der Praxis ist das aber nach wie vor nicht gewährleistet. Auch erste Urteile deuten an, dass mit der Gesetzänderung das eigentlich angestrebte Ziel der "Allzuständigkeit" nicht erreicht wurde.

Zur rechtlichen Klarstellung ist eine erneutete Gesetzesänderung nötig. Mit einer "Unberührtheitsklausel", wie es sie im Bremschen Personalvertretungsgesetz gibt, können die Unklarkeiten beseitigt und die Mitbestimmung eintscheidet gestärkt werden.

Antrag A-1/ÄA-15: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), Tim Rosenstock (Linksjugend [`solid] · Nr. 147)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 196 - 197

196 • ~~Wir wollen freiheitsentziehende~~Freiheitsentziehende Maßnahmen für ~~Kinder und~~
197 ~~Jugendliche ohne Strafmündigkeit und ohne vorwerfbare Straftaten weitestgehend ausschließen. Wir~~ strafunmündige und nicht straffällig gewordene Kinder und Jugendliche lehnen wir ab. Wir
198 sehen die Notwendigkeit, Kindern und Jugendlichen in schwierigen Situationen
199 tatsächlich zu helfen und dabei neue Wege zu gehen. Neben spezialisierten
200 Angeboten für betroffene Jugendliche wollen wir verstärkt auf die individuelle
201 Förderung setzen und hierfür die personellen Voraussetzungen in der Kinder- und
202 Jugendhilfe schaffen.

Begründung

Freiheitsentziehende Maßnahmen - für längere Zeit oder regelmäßiges Einsperren, „Festhalten, Fixierungen, Sedierungen, der Einsatz von Therapietischen, Bettgittern, Gurten, Schutzanzügen, der Einschluss in so genannten Time-out Räumen ...“ (Bundesregierung im Gesetzentwurf zu § 1631 B BGB) - für strafunmündige und nicht straffällig gewordene Kinder und Jugendliche sollten nicht nur „weitestgehend“, sondern komplett ausgeschlossen werden.

Sie sind menschenrechtsverletzend, verletzen die Würde der Kinder und Jugendlichen und das Recht auf gewaltfreie Erziehung und das damit verbundene Verbot körperlicher Bestrafungen, seelischer Verletzungen und anderer entwürdigender Maßnahmen (§ 1631 Abs. 2 BGB). Und werden oft als „pädagogisches Mittel“ verkauft, wenn andere Maßnahmen der Jugendhilfe keine „Besserung“ bringen oder (etwa aufgrund mangelnder Ressourcen) nicht versucht wurden. Oder, um es mit Dr. Wolfgang Hammer und Prof. Dr. Friedhelm Peters zu sagen, welche sich zum familiengerichtlichen Vorbehalt zu freiheitsentziehenden Maßnahmen (Gesetzesänderung § 1631 b BGB) wie folgt geäußert haben: „Was hier als Kinderschutz gedacht ist, wird zum Einfallstor für Freiheitsentzug als pädagogischem Mittel, wo immer Eltern und Einrichtungen sich überfordert sehen.“

Deshalb ist der ab Zeile 197 beschriebene Ansatz – die Ressourcen zu schaffen dafür, dass Jugendhilfe rechtzeitig ansetzt und an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet ist – absolut unterstützenswert.

Antrag A-1/ÄA-16: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 395

394 • Wir werden die Sichtbarkeit von unterschiedlichen Lebenskonzepten auch im

395 öffentlichen Dienst fördern, etwa durch eine Veranstaltungsreihe Diversity Thüringen.

Begründung

Mit nur einer Veranstaltung wird die Förderung der Sichtbarkeit unterschiedlicher Lebenskonzepte nicht zu erreichen sein.

Antrag A-1/ÄA-17: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 508 - 511

508 ~~Wir werden die Thüringer Kurorte weiterhin fördern. Wir werden die Gesundheitskarte~~
509 ~~für Geflüchtete in Thüringen weiterhin anbieten. Den „Anonymen Krankenschein“ führen~~
510 ~~wir ebenso wie die psychosoziale und therapeutische Versorgung geflüchteter Menschen~~
511 ~~und Menschen ohne Krankenversicherung weiter~~

Wir werden die Thüringer Kurorte weiterhin fördern. Wir werden die Gesundheitskarte für Geflüchtete in Thüringen weiterhin anbieten. Den „Anonymen Krankenschein“ führen wir ebenso wie die psychosoziale und therapeutische Versorgung geflüchteter Menschen und Menschen ohne Krankenversicherung weiter, werden sie verstetigen und die Übernahme von Übersetzungsleistungen für die medizinische Versorgung als Sozialleistung sichern.

Begründung

Das war im Landtagswahlprogramm 2019 formuliert, dass es mittlerweile umgesetzt wurde, ist mir nicht bekannt.

Antrag A-1/ÄA-18: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 747

- Gemäß den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Rassismus und Diskriminierung“ w~~oll~~erden wir eine Initiative zur Etablierung von anonymen Bewerbungsverfahren unterstützen, die Entwicklung und den Ausbau von Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebote für Unternehmen und Betriebe hinsichtlich einer diversitätssensiblen Öffnung voranbringen, die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund und Flucht- und Rassismuserfahrungen in den Jobcentern und Arbeitsagenturen verstetigen sowie im Leitbild der GFAW eine Antirassismus- und Antidiskriminierungsrichtlinie etablieren.

Zeile 754 - 762

- ~~Gemäß den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Rassismus und Diskriminierung“ werden wir eine Initiative zur Etablierung von anonymen Bewerbungsverfahren unterstützen. Wir wollen die Entwicklung und den Ausbau von Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebote für Unternehmen und Betriebe hinsichtlich einer diversitätssensiblen Öffnung voranbringen. Die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund und Flucht- und Rassismuserfahrungen durch die Jobcenter und Arbeitsagenturen wollen wir verstetigen. Im Leitbild der GFAW wollen wir eine Antirassismus- und Antidiskriminierungsrichtlinie etablieren.~~ Auch der öffentliche Dienst muss die gesellschaftliche Entwicklung widerspiegeln und diverser werden.

Begründung

Der Abschnitt wird damit verbindlicher und lautet:

„Gemäß den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Rassismus und Diskriminierung“ werden wir eine Initiative zur Etablierung von anonymen Bewerbungsverfahren unterstützen, die Entwicklung und den Ausbau von Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangeboten für Unternehmen und Betriebe hinsichtlich einer diversitätssensiblen Öffnung voranbringen, die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund und Flucht- und Rassismuserfahrungen in den

Jobcentern und Arbeitsagenturen verstetigen sowie im Leitbild der GFAW eine

Antirassismus- und Antidiskriminierungsrichtlinie etablieren. Auch der öffentliche Dienst muss die gesellschaftliche Entwicklung widerspiegeln und diverser werden.“

Antrag A-1/ÄA-19: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1107

1106 • Wir wollen für den nicht organisierten Sport die Bewegungsangebote in der Natur

1107 und im öffentlichen Raum weiter öffnen und für jede und jeden* zugängliche derartige Angebote fördern.

Begründung

Im Landtagswahlprogramm 2019 formulierten wir: „Im nichtorganisierten Sport werden wir – für jede und jeden zugänglich – einfache Bewegungsangebote in der Natur und im öffentlichen Raum fördern.“ Mir ist nicht bekannt, dass dies umgesetzt wurde.

Die Position finde ich aber weiterhin (und jetzt – angesichts der Pandemie und geschlossener Turnhallen und Fitnessstudios – erst recht) richtig. Nicht nur „öffnen“, sondern die Angebote „fördern“, sodass Kommunen oder Vereine öffentlich zugängliche Spiel- und Sportplätze mit den entsprechenden Geräten und Vorrichtungen, wie zum Beispiel Balancierbalken, Klimmzugstangen, Bänken etc., ausstatten können.

Antrag A-2: Landtagswahlprogramm Kapitel 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Die Demokratie verteidigen und stärken

Bereits vor der Corona-Krise standen die demokratischen Institutionen auch in Thüringen unter rassistischem und rechtspopulistischem Druck. Die rechtsextremen Terroranschläge und Morde der vergangenen Jahre haben die tödliche Gefahr von rechts schmerzhaft aufgezeigt. Rechtsextreme Vorfälle bei der Bundeswehr und in den Sicherheitsbehörden unterstreichen, dass sich unsere Gesellschaft gefährlich nach rechts entwickelt hat und weiter entwickeln wird, wenn die demokratische Mehrheit dem nicht Einhalt gebietet.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, gehen davon aus, dass es mehr als 75 Jahren nach der Befreiung vom deutschen Faschismus die Verantwortung aller demokratischen Kräfte in unserem Land ist, Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus und Rassismus aller Schattierungen entgegenzutreten. Die Verteidigung einer antifaschistischen und offenen Gesellschaft ist das Fundament unseres Zusammenlebens. Hierfür sind gesellschaftlicher Antifaschismus und zivilgesellschaftliches Engagement sowie die entsprechende staatliche und öffentliche Unterstützung erforderlich.

Wichtige Elemente zur Verteidigung und Stärkung unserer Demokratie sind die Erweiterung der demokratischen Mitsprache und Mitentscheidungen in den Kommunen und auf der Ebene des Landes und die Transparenz der politischen Entscheidungen. Wir wollen, dass Ausschusssitzungen im Thüringer Landtag grundsätzlich öffentlich stattfinden.

Zur Stärkung der Demokratie gehört die bessere Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit. Wichtig sind eine demokratische Bildungs- und eine lebendige Erinnerungsarbeit sowie ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der seinem Bildungsauftrag gerecht wird und dabei durch die demokratische Öffentlichkeit kritisch begleitet werden muss. Es braucht eine Stärkung der Kultur des kritischen und selbstkritischen Umgangs mit dem Agieren und insbesondere der Sicherheitsbehörden.

Die mit Beginn der Corona-Pandemie vorgenommenen Beschränkungen von Freiheits- und Grundrechten waren aufgrund der gegebenen Situation, in der niemand wusste, wie groß die Gefahr tatsächlich ist, zum Schutz des Grundrechts auf Leben und Gesundheit, zunächst notwendig.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben von Beginn an klargestellt, dass jede Einschränkung verhältnismäßig, überprüfbar und auf das Ziel des Gesundheitsschutzes bezogen sein muss. Es darf keine Selbstermächtigung der Regierungen und Verwaltungen geben.

Gesellschaftliches und politisches Engagement müssen unter Beachtung des Gesundheitsschutzes möglich bleiben.

Wir werden nachdrücklich darauf bestehen, dass alle Beschränkungen von Freiheits- und Grundrechten nach dem Ende der Pandemie unverzüglich aufgehoben werden.

Wir stellen uns entschieden den Versuchen der extremen Rechten, von Reichsbürgern und Realitätsleugnern entgegen, unter dem Vorwand des Verweises auf vermeintliche und tatsächliche Grundrechtseinschränkungen selbst Demokratie, Menschenwürde und Menschenrechte schwächen und zerstören zu wollen.

Für gesellschaftlichen Antifaschismus!

Mehr als zweihundert Todesopfer rechter Gewalt sind seit 1990 in Deutschland zu beklagen. NSU, die Anschläge in Kassel, Halle, Hanau, eskalierender Rassismus, zahlreiche gewalttätige Übergriffe auf People of Colour, Schwarze Menschen, Jüdinnen und Juden, Geflüchtete, Linke, LGBTQI*, Feminist*innen; rechter Hass auf den Straßen, in den Parlamenten und im digitalen Raum machen deutlich: Seit der Wiedervereinigung war ein moderner Antifaschismus, der antidemokratische Tendenzen konsequent erkennt, benennt und bekämpft, noch nie so notwendig wie heute.

Die staatlichen Institutionen und die Zivilgesellschaft müssen sich noch konsequenter dem Erstarken von Diskriminierung und der extremen Rechten entgegenstellen. Menschen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und eine solidarische Gesellschaft einsetzen, müssen besser unterstützt und geschützt werden.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen uns für einen modernen gesellschaftlichen Antifaschismus ein, der reflektiert: Antifaschismus darf kein inhaltsleerer Legitimationsmythos sein, sondern muss gesellschaftliche Verhältnisse ehrlich analysieren und kritisieren. Antifaschismus ist für uns das Versprechen der unangetasteten Gleichwertigkeit sowie der Freiheit aller Menschen und die entschlossene Abwehr aller Ideologien, Bewegungen, Parteien und Zustände, die dies infrage stellen.

Für alle Menschen, gleich welcher Herkunft und gleich welcher tatsächlichen oder zugeschriebenen sozialen Identität wollen wir gleiche politische und soziale Rechte, sowie den gleichen Schutz vor staatlicher, wirtschaftlicher oder vorurteilsgeleiteter Diskriminierung erreichen.

Als eine Konsequenz aus der Arbeit des ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses hat der Thüringer Landtag 2017 eine Enquetekommission Auseinandersetzung mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Thüringen“ eingesetzt. Diese Kommission erarbeitete Empfehlungen für Maßnahmen zur Eindämmung von Rassismus und Diskriminierung. Sie wollen wir ebenso wie die noch nicht umgesetzten Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse in ihrer Gesamtheit umsetzen.

- Wir werden neben der bereits in der Staatskanzlei angesiedelten Antidiskriminierungsstelle, die künftig vor allem eine koordinierende und administrativ beratende Funktion haben soll, eine unabhängige, niedrigschwellig erreichbare Antidiskriminierungsberatung etablieren. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir Schutz vor rassistischer

Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der sexuellen Identität und des sozialen Status bieten. Das Landesantidiskriminierungsgesetz soll Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließen und insbesondere bestehende Diskriminierung durch hoheitliches Handeln beseitigen. Es soll ein Verbandsklagerecht, verlängerte Klagefristen und mindestens die Beweislasterleichterung für von Diskriminierung Betroffene enthalten. Auf Bundesebene wollen wir uns für die Novellierung des AGG einsetzen. Mit einem zu bildenden und beratend tätigen zivilgesellschaftlich aufgestellten Gremium wollen wir die Landesregierung bei der Erarbeitung von Strategien gegen Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Neonazismus unterstützen. Wir werden eine Antirassismusbeauftragte bzw. einen Antirassismusbeauftragten als Ansprechperson für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung und für öffentliche Einrichtungen einsetzen.

- Wir wollen Beratungs- und Weiterbildungsangebote gegen Hass-Sprache (Hatespeech), Desinformation und Verschwörungsideologien in sozialen Netzwerken für Schulen, in der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung schaffen, weil soziale Medien als Verstärker von rassistischem, neonazistischen, islamfeindlichen, antisemitischen und auch islamistischen Ideologien dienen. Wir werden eine online-Meldestelle für Hass-Sprache und diskriminierende Äußerungen einrichten, um diese besser erfassen und Gegenmaßnahmen besser abstimmen zu können. Wir wollen Hass-Sprache und die Radikalisierung in sozialen Netzwerken stärker erforschen lassen. Wir werden eine unabhängige Beratungsstelle für Hate-Speech etablieren, um schwerwiegende Folgen für Betroffene abzumildern und zu verhindern. Polizei und Justiz wollen wir personell besser in die Lage versetzen, Hasskriminalität im Netz strafrechtlich zu verfolgen und entsprechende Bildungsangebote dafür ausbauen.
- Wir widersetzen uns den Angriffen von CDU und AfD auf das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung. Wir werden im Zuge der anstehenden Aktualisierung des Landesprogramms ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen, um Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung endlich gesetzlich zu verankern und langfristig abzusichern. Zudem werden wir angesichts der Zunahme rechts und rassistisch motivierter Übergriffe die Förderung der Opferberatung ezra und der mobilen Beratung gegen Rechts (Mobit) erhöhen und das Landesprogramm finanziell besser ausstatten, um die Selbstorganisation und gesellschaftliche Teilhabe migrantischer Gruppen zu stärken.
- Wir setzen uns nachhaltig für die Professionalisierung der Demokratieförderung offline und online, durch die Schaffung eines entsprechenden Studiengangs ein. Mit einer kontinuierlich gesicherten Förderung von Soziokultur, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit und der Unterstützung von Freiräumen gerade im ländlichen Raum, wollen wir Jugendliche und junge Erwachsene präventiv gegen menschenverachtende Ideologien stärken. Die Auseinandersetzung mit

diskriminierenden Positionen wollen wir von der Schule bis zur Erwachsenbildung ausbauen und fördern. Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung gewinnt dabei an weiterer Bedeutung. Sowohl die Landeszentrale für politische Bildung, als auch die Träger der Erwachsenenbildung in Thüringen sind hierfür unverzichtbare Partner, die wir entsprechend stärken werden.

- Wir wollen einen Unterstützungsfonds in Thüringen einrichten, der für Betroffene rassistischer, antisemitischer und rechts motivierter Straftaten unbürokratisch Hilfe und Entschädigung bietet. Wir wollen die Weiterbildung von Polizei und Staatsanwaltschaften professionalisieren und verstetigen, insbesondere auch um die Analysekompetenzen zu aktuellen Erscheinungsformen von Neonazismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus zu erhöhen. Ebenso müssen entsprechende Weiterbildungen etabliert werden, um für die Arbeit mit Betroffenen zu sensibilisieren. Opfer von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt wollen wir auch durch bessere räumliche Rahmenbedingungen und Begleitangebote während Gerichtsverhandlungen und juristischer Verfahren unterstützen. Wir werden uns für die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur effektiveren Strafverfolgung von extrem rechten Straftaten einsetzen, auch angesichts der Umstände, dass die Verfolgung von Hasskriminalität im Internet quantitativ zunehmen wird. Wir setzen uns für eine offizielle Kampagne des Freistaates Thüringen ein, die die Betroffenen von Hasskriminalität dazu ermutigt, Straftaten zur Anzeige zu bringen. Auch dafür ist die Errichtung einer Internetwache dringend geboten, mit der sichergestellt wird, dass Anzeigen jederzeit online erstattet werden können.
- Wir setzen die langfristige Förderung des „Thüringen Monitors“ fort, um ein regelmäßiges wissenschaftliches Berichtswesen der Landesregierung zum Stand der demokratischen Kultur und über Bedrohungen für die Demokratie zu etablieren.

Auf der Bundesebene werden wir uns für eine, neu zu schaffende und unbürokratische, Grundrente für Überlebende und Hinterbliebene rechtsterroristischer, rassistischer, antisemitischer und islamistischer Attentate und schwerer Gewalttaten einsetzen. Wir wollen eine Erweiterung der Rechte Betroffener nach §25 Aufenthaltsgesetz (humanitäres Bleiberecht für Betroffene rassistischer Gewalt ohne festen Aufenthaltsstatus). Die entsprechende Thüringer Regelung wollen wir verbessern. Wir werden einen besseren Opferschutz in der Strafprozessordung anregen.

Um Neonazis den Zugriff auf Waffen zu untersagen, fordern wir eine Verschärfung des Waffengesetzes. Der Besitz von Waffen in den Händen von Neonazis stellt eine ungeahnte Bedrohung vieler Menschen dar und muss deshalb konsequent ausgeschlossen werden. Wir wollen qualifizierte Zuverlässigkeitsprüfungen für Waffenbesitzer. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, noch umfassender als bisher bestehende Waffenerlaubnisse zu widerrufen und eine effektivere Kontrollpraxis umzusetzen.

Um entschiedener gegen aktuelle rechte Strukturen und Erscheinungsformen vorgehen zu können, fordern wir eine Aktualisierung der Paragraphen 86 und 86a Strafgesetzbuch (StGB). Wir fordern zudem rechtliche Sicherheit für politische Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement, denn Antifaschismus ist gemeinnützig!

Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland die im 6. Bericht der vom Europarat ins Leben gerufenen Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) vom 20. März 2020 enthaltenen Forderungen endlich zügig umsetzt.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, den 8. Mai zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären, nachdem er in Thüringen bereits ein Gedenktag ist. Unser Ziel ist es, den Tag der Befreiung vom Faschismus bundesweit als Feiertag zu begehen.

Klare Kante gegen rechts – im Parlament und auf den Straßen!

„Tag X-Szenarien", gesellschaftliche Umsturzphantasien, massiv steigende, oft antisemitisch besetzte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Überfälle auf Menschen, die zu Feindbildern von Neonazis und anderen Menschenfeinden gehören: dies alles zeigt, wie notwendig umfassende Maßnahmen sind, um die Demokratie zu schützen und zu stärken. Es gilt, konsequent gegen diejenigen vorzugehen, die die Gesellschaft spalten wollen und versuchen, Menschen wegen ihres Aussehens, ihrer Herkunft, Religion, Kultur oder Abstammung gegeneinander auszuspielen.

Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen ohne Angst verschieden sein können. Wir lassen uns im Kampf um eine solidarische Zukunft nicht spalten. Dem folgend werden wir uns gegen jegliche Versuche stellen, Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Islamfeindlichkeit anzugreifen, zu diskreditieren oder zu delegitimieren. Zivilgesellschaftlicher Protest gegen rassistische Demonstrationen oder sonstige rechte Aktivitäten darf nicht durch polizeiliche oder sonstige staatliche Maßnahmen behindert oder verhindert werden.

Thüringen trägt auch wegen des neonazistischen Terrornetzwerkes NSU eine besondere Verantwortung. Deshalb stehen wir in der Verantwortung, alle behördlichen Möglichkeiten zu nutzen, um gegen verfassungs- und demokratiefeindliche und extrem rechte Organisationen und Strukturen vorzugehen.

Mit dem NSU-Untersuchungsausschuss konnte das Umfeld des mörderischen Netzwerkes weiter aufgeklärt werden. Wir haben das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung fortentwickelt und verstetigt. Erste richtige Maßnahmen sind in den vergangenen Jahren in Thüringen ergriffen worden, um rechte Strukturen einzudämmen. Weitere müssen folgen. Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen diesen Weg konsequent fortsetzen.

- Wir werden das von uns vorgeschlagene und bereits im Landtag beschlossene Archiv für Akten aus dem NSU-Untersuchungsausschusses sicherstellen, um diese für wissenschaftliche Forschung, Zivilgesellschaft und journalistische Recherche zugänglich zu machen.
- Wir wollen gegen die Rechtsrock-Konzerte in Thüringen konsequenter vorgehen. So werden wir insbesondere die Versammlungsbehörden unterstützen, rechtssichere Bescheide zu erlassen. Wir unterstützen den Weg, auf Bundesebene eine Präzedenzentscheidung vor Gericht zur juristischen Abgrenzung von Versammlungen gegenüber kommerziellen Veranstaltungen zu erwirken.
- Wir wollen eine mobile Applikation entwickeln lassen, damit Polizistinnen und Polizisten künftig noch schneller per Titelerkennung indizierte Hass-Musik mit

mobilen Geräten identifizieren und sofort darauf reagieren können („Nazi-Shazam“-App). Auch eine Datenbank mit verbotenen Codes und Symbolen der rechten Szene sollen ihnen auf diesem Wege zur Verfügung gestellt werden.

- Wir werden Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und ihre Finanzierung sichern, die – wie die KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora – die Opfer des deutschen Faschismus und den gegen ihn gerichteten antifaschistischen Widerstand in unserem Gedächtnis wachhalten. Dies gilt umso mehr, als dass es immer weniger Zeitzeugen gibt und die Herausforderung für unsere Gesellschaft ist, die Erinnerung zu bewahren und die Verantwortung aus dem Schwur von Buchenwald weiterzutragen. Dabei sind Gedenkstätten entscheidende Wissensvermittler, denen dafür alle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden wird.
- Wir werden die falsche und überholte Extremismusdoktrin, die auf der Totalitarismustheorie aufbaut, aus den Handlungskatalogen der Behörden streichen und durch zeitgemäße bürger- und menschenrechtsorientierte Konzepte ersetzen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um gegen extrem rechte, rassistische, antisemitische und diskriminierende Aktivitäten und Äußerungen von Bediensteten im Staatsdienst vorzugehen.
- Wir wollen die Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus weiter ausbauen, insbesondere durch verstärkte Fortbildungsangebote für Schulen und im Bereich Erwachsenenbildung. Mit intensiveren Deradikalisierungsmaßnahmen für jene, die sich dem auch gewaltorientierten Islamismus zuwenden, einschließlich derer in Haftanstalten, wollen wir versuchen, der mörderischen Ideologie Anhängerinnen und Anhänger zu entziehen. Zudem wollen wir die Sensibilität von Eltern, Angehörigen und dem persönlichen Umfeld dieser Personen stärken, um Gefährdungsanzeichen besser zu erkennen sowie die Kommunikations- und Konfliktfähigkeit zu erhöhen, um frühzeitig Radikalisierungsprozessen entgegenzusteuern.

Ehrenamt und mehr Mitbestimmung als Grundpfeiler für eine lebendige Demokratie

Die Demokratie ist umso stärker, je intensiver sie jeden Tag gelebt und erfahren wird. Vor allem die letzten Monate haben erneut gezeigt, dass unserer Gesellschaft ohne Ehrenamt nicht auskommt. Deshalb wollen wir, DIE LINKE. Thüringen, die Ehrenamtsförderung als Staatsziel in der Thüringer Verfassung verankern. Mit einem Thüringer Ehrenamtsfördergesetz werden wir konkrete Unterstützungsinstrumente festschreiben. Darin soll die Etablierung von Ehrenamtsbeauftragten in den Kommunen, die Vereine und Initiativen beim Zugang zu Informationen und Fördermitteln unterstützen, enthalten sein. Ebenso wollen wir eine stärkere Vernetzung von ehrenamtlichen Initiativen, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt sowie die notwendigen Finanzierungsgarantien festschreiben. Wir wollen neue generationen- und geschlechtergerechte Ansätze in der Ehrenamtsarbeit mittels innovativer Methoden unterstützen und die Thüringer Ehrenamtsstiftung weiterentwickeln.

Für uns gehören die Berücksichtigung der Grundrechte aller bei Entscheidungen und die

ständige Prüfung der getroffenen politischen Entscheidungen zum Wesen der Demokratie. Diejenigen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, müssen die Möglichkeit haben, sich an den entsprechenden Diskussions- und Entscheidungsprozessen beteiligen zu können und hierüber mitzubestimmen. Die Formen hierfür sind vielfältig. Es geht sowohl um die Ausweitung des Wahlrechts und den Ausbau der direkten Demokratie (Volksbegehren/Bürgerbegehren), als auch um die Entwicklung einer neuen umfassenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungskultur.

Eine wichtige Antwort auf die Erfahrungen der Corona-Pandemie besteht in der Stärkung benachteiligungs- und barrierefreier Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten durch die Anwendung moderner und nutzerfreundlicher elektronischer Formen (E-Democracy). Das betrifft nicht nur die Verwaltungen von Land und die Kommunen, sondern auch Schulen, Rundfunkanstalten, Verbraucher- und Nutzerbeiräte bei Unternehmen und Zweckverbänden.

Thüringer Landesverfassung modernisieren

Auch auf Initiative unserer LINKEN- Landtagsfraktion hat der Thüringer Landtag einen breiten und öffentlichen Diskussionsprozess über die Weiterentwicklung der Thüringer Verfassung in Gang gesetzt und mit der Bildung eines Verfassungsausschuss den Diskussionsprozess eröffnet. Wir plädieren dafür, in der kommenden 8. Wahlperiode des Thüringer Landtages eine Enquetekommission „Verfassungsreform“ einzusetzen. Unser Ziel ist es, einen berücksichtigenden Diskussionsprozess zu beginnen. An seinem Ende soll ein Volksentscheid über die demokratische Weiterentwicklung unserer Landesverfassung stehen.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden unsere inhaltlichen Vorstellungen in diesem Diskussionsprozesses weiter präzisieren und einbringen. Erste Eckpunkte hierfür sind die folgenden Vorschläge:

- Wir wollen wie in den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt auch die Thüringer Landesverfassung um eine Antifaschismus- und Antirassismusklausel sowie eine Klausel gegen Antisemitismus ergänzen.
- Wir wollen die Ehrenamtsförderung als Staatsziel in der Thüringer Landesverfassung aufnehmen und eine umfassende Erweiterung der Staatsziele, um die staatlichen Akteure und öffentlichen Stellen in ihrer Alltagsarbeit auf deren Verwirklichung zu verpflichten.
- Wir wollen den Nachhaltigkeitsgrundsatz in der Thüringer Landesverfassung verankern.
- Wir wollen die UN-Kinderrechte in die Thüringer Landesverfassung aufnehmen.
- Wir wollen das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken. Menschen, die seit mehr als 5 Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Thüringen haben, sollen sich unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit an den Kommunalwahlen beteiligen können.
- Wir wollen das sogenannte „Finanztabu“ bei Volksbegehren abschaffen.
- Wir wollen den Gottesbezug aus der Präambel der Thüringer Landesverfassung streichen. Gleichzeitig betonen wir das Recht auf freie Religionsausübung.

Wir werden als Teil des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ auch weiterhin eng mit dem Landesverband des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“ zusammenarbeiten, um Möglichkeiten der Demokratieentwicklung in unserem Land zu diskutieren und parlamentarisch sowie außerparlamentarisch voranzutreiben.

Schutz der Verfassung statt Landesamt für Verfassungsschutz

Seit seiner Gründung hat das Landesamt für Verfassungsschutz keinen Nachweis erbracht, dass es als nachrichtendienstliche Behörde ein geeignetes Frühwarnsystem vor Gefahren für Demokratie und eine freie Gesellschaft ist, zum Schutz demokratischer Rechte beitragen und Gefahren für die Demokratie abwehren kann. Es entzieht sich weitestgehend der parlamentarischen und vollständig der öffentlichen Kontrolle.

Das Landesamt für Verfassungsschutz vereint eine Befugnis zum Grundrechtseingriff mit einer nicht hinreichend rechtsstaatlich geregelten Eingriffsvoraussetzung, die der Demokratie abträglich ist. Es richtet sich, teils willkürlich, teils politisch instrumentalisiert, gegen diejenigen, welche er selbst als „verfassungsfeindlich“ einstuft.

Auch mit den Erfahrungen aus der Regierungsverantwortung seit 2014 sind wir überzeugt: Eine nachrichtendienstliche Behörde ist kein geeignetes Frühwarnsystem vor Gefahren für Demokratie und eine freie Gesellschaft und kann nicht zum Schutz demokratischer Rechte beitragen und Gefahren für die Demokratie abwehren. Wir halten die wiederholt behauptete gesellschaftliche und sicherheitspolitische Notwendigkeit eines als Nachrichtendienst organisierten Amtes für Verfassungsschutz für nichtbegründet und sind weiterhin der Auffassung: Das Amt für Verfassungsschutz ist abzuschaffen.

Mit dem als Konsequenz aus dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss eingerichteten Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft verfügen wir in Thüringen über eine Institution, die fundiert zur Förderung der demokratischen Kultur forscht und einen Erkenntnistransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft organisiert. Wir werden diese Einrichtung weiter stärken und ihre Ergebnisse aus der Forschung und Dokumentation noch besser in die Arbeit der Landesregierung und der Zivilgesellschaft einfließen lassen.

Proaktive Veröffentlichungen, mehr Transparenz und effektiver Datenschutz

Transparenz in allen öffentlichen Angelegenheiten und politische Teilhabe stärken die Demokratie, weil die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen öffentlicher Stellen nachvollziehen und sie so besser kontrollieren können. Privater Datenschutz ist hingegen in Zeiten zunehmender Kameraüberwachung, Spähsoftware, digitaler Klassenzimmer, Gesundheits-Apps, sozialer Netzwerke und Clouds unerlässlich. Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen einerseits eine Kultur der Offenheit und Partizipation fördern, andererseits Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, selbst über ihre Daten zu entscheiden. Wir sagen: „Private Daten schützen, öffentliche Daten nützen“.

Die Corona-Krise hat gezeigt: wenn politische Entscheidungen nicht nachvollzogen werden können und der Staat private Daten nicht ausschließlich für die Zwecke nutzen

will, für die sie erhoben wurden, dann geht das Vertrauen nicht nur in behördliches Handeln, sondern generell in die Demokratie verloren.

Wir wollen den unter Rot-Rot-Grün eingeschlagenen Weg für Datensicherheit und staatliche Transparenz fortsetzen.

- Künftig sollen Kommunen und Verwaltungen angehalten werden, zu erfassen, wie viele Anfragen nach Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetz ihnen zugingen und warum diese abgelehnt wurden. Das kommende Thüringer Transparenzregister wollen wir mit Leben füllen, Verwaltung und Kommunen wollen wir im Umgang damit weiterbilden.
- Wir wollen polizeiliche Datenbanken und die darin enthaltenen personengebundenen Hinweise auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen.
- Wir wollen die Abfrage über bei Thüringer Behörden gespeicherte Daten für die Bürgerinnen und Bürger erleichtern und unter auskunft.thueringen.de ein Abfrageportal errichten, mit dem zum Beispiel bei Polizei, Verfassungsschutz und anderen Behörden gespeicherte Informationen von Betroffenen abgefragt werden können.
- Wir wollen erreichen, dass künftig noch mehr Kommunen bzw. Kreise auf ihren Internetseiten über angemeldete Versammlungen informieren. Wir wollen dazu eine verpflichtende Regelung prüfen.
- Wir wollen die Videoüberwachung öffentlicher Plätze zurückbauen und zunächst überwachungsfreie Zonen im öffentlichen Raum schaffen. Mit einem Pilotprojekt in einer Thüringer Stadt wollen wir in öffentlichen Verkehrsmitteln sichtbare Bereiche ausweisen, die nicht von Kameraüberwachung erfasst sind, so dass Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt entscheiden können, ob sie sich der Überwachung aussetzen. Parallel dazu wollen wir die Auswirkungen von Kameraüberwachung auf das Sicherheitsgefühl und die reale Sicherheit wissenschaftlich untersuchen lassen.
- Wir wollen die Themen Datenschutz und Informationsfreiheit noch stärker als bisher in den Lehrplänen der Thüringer Schulen verankern.
- Wir lehnen Vorratsdatenspeicherung, staatliche Gesichtserkennung, Staatstrojaner und Online-Durchsuchungen ab und wollen die Benachrichtigungspraxis für Betroffene polizeilicher Maßnahmen insbesondere bei Telekommunikationsüberwachung verbessern. Nach dem Berliner Vorbild soll ein SMS-Informationsmodul zur Benachrichtigung von Betroffenen von Funkzellenabfragen realisiert werden.
- Mit einer Werbe- und Aufklärungskampagne wollen wir die Menschen in Thüringen zur Nutzung von digitaler verschlüsselter Kommunikation befähigen und motivieren.

Selbstverwaltete und leistungsfähige Kommunen als Fundament unserer Demokratie

Das Fundament unserer Demokratie wird umso sicherer, je leistungsfähiger die selbstverwalteten Kommunen in Thüringen im Alltag der Menschen agieren und ihren gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen gerecht werden können.

Tatsächliche kommunale Selbstverwaltung findet dort statt, wo die Einwohnerinnen und Einwohner über ihre eigenen Angelegenheiten mitreden und mitbestimmen können. Deshalb setzen wir, DIE LINKE. Thüringen, auf umfassende Demokratie, Transparenz und Öffentlichkeit nach dem Prinzip der gläsernen Rathäuser und Landratsämter. Hierfür hat Rot-Rot-Grün einen Gesetzentwurf zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung vorgelegt, der die Erweiterung der Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner, die Stärkung der Gemeinderäte und Kreistage, ihrer Fraktionen und der einzelnen Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder vorsieht.

- Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir neue Beteiligungsmodelle entwickeln und die Kommunen gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu „Beteiligungskommunen“ weiterentwickeln. Die umfassende und möglichst frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungsvorhaben und Großprojekten muss wirksam ausgebaut werden.
- Auf Landesebene wollen wir die konsultativen bzw. informellen Angebote der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern stärken und in einer Beteiligungsplattform bündeln.
- Die sogenannten „Scheinkandidaturen“ von Amtsträgerinnen und -trägern bei Kommunalwahlen wollen wir abschaffen. Zudem sollen auch Menschen ein kommunales Wahlrecht erhalten, wenn sie keine Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedsstaates haben.

Die selbstverwalteten Kommunen müssen die Hauptträger der Kultur- und Bildungseinrichtungen, der für die Allgemeinheit erforderlichen Dienstleistungen, der Gas-, Wasser- und Energieversorgung, der Müllabfuhr und Abwasserbeseitigung sein. Transport: Bus, Stadtbahn, Versorgung, Internet. Die Corona-Krise hat die Notwendigkeit unterstrichen, dass unser Gesundheitswesen in öffentliche Hand gehört. Kliniken und Krankenhäusern gehören deshalb in kommunale Hand. Die entscheidende Voraussetzung hierfür sind handlungsfähige Kommunen.

- Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen deshalb die Stellung der Kommunen stärken und ihnen ein höheres Gewicht im föderalen Staatsaufbau zukommen lassen. Dazu gehört eine dritte föderale Kammer neben Bundestag und Bundesrat, in der die Kommunen ihre Interessen auf Bundesebene eigenständig vertreten können.
- Wir fordern, die Gesamtsteuereinnahmen der Kommunen insgesamt zu erhöhen und streben eine neue Berechnung der Gewerbesteuer an. Das bisherige Prinzip, dass in den ostdeutschen Ländern viele Steuern für die westdeutschen Bundesländer erarbeitet werden, lehnen wir ab. Dort, wo die Wertschöpfung stattfindet, sollen auch die entsprechenden Steuern gezahlt werden.
- Wir werden den Kommunalen Finanzausgleich neu ausrichten und dabei die Vorgaben des Landesverfassungsgerichtes beachten. Die Finanzzuweisungen des Landes an die Kommunen sind von jeglichen politischen Willkürentscheidungen frei zu halten. Wir werden das System des Kommunalen Finanzausgleiches von wesensfremden Nebenfinanzierungen befreien und somit für mehr Transparenz sorgen. Für jede und jeden vor Ort soll aus dem Gesetz ersichtlich werden, mit welchen Mitteln die eigene Kommune rechnen kann.

- Wir werden eine kommunale Förderfibel erstellen und kontinuierlich fortschreiben, in der alle kommunalrelevanten Förderprogramme des Landes, des Bundes und der EU zusammengefasst sind, um Transparenz im bestehenden Förderdschungel herzustellen. Damit wollen wir verhindern, dass Fördergelder verfallen und angebotene Hilfestellungen vor Ort ungenutzt verhallen, weil sie aus Unkenntnis nicht abgerufen werden oder die Antragstellung zu kompliziert ist. Durch ein spezielles Programm werden wir sicherstellen, dass auch finanzschwache Kommunen in die Lage versetzt werden, Förderprogramme in Anspruch zu nehmen. So können tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse in den Kommunen erreicht werden.
- Wir werden einen zentralen Fördermittel-Lotsen als kommunale Service-Stelle auf Landesebene etablieren, um zu vermeiden, dass Fördermittel ungenutzt bleiben. Damit wollen wir die Kommunen bei der Auswahl der Förderprogramme beraten und bei der Antragstellung unterstützen. Unser Ziel ist es, zukünftig jeden von der EU, dem Bund und dem Land Thüringen bereitgestellten Euro auch tatsächlich vor Ort auszugeben. Das Landesverwaltungsamt in Weimar werden wir deshalb zu einer zentralen kommunalen Service-Einrichtung weiterentwickeln.
- Zwei Drittel der öffentlichen Aufträge werden durch die Kommunen vergeben. Wir werden deshalb durch Beratung und Qualifizierung die Kommunen in die Lage versetzen, von den sozial-ökologischen Vergabekriterien Gebrauch zu machen und die Einhaltung der Vergabekriterien auch zu kontrollieren.
- Wir werden die in den letzten Jahren durchgeführten kommunalen Reformprozesse für mehr Effizienz im Verwaltungshandeln weiterhin unterstützen. Den durch die Rot-Rot-Grüne Koalition eigeschlagenen Weg der gemeindlichen Gebietsreform auf freiwilliger Basis werden wir weitergehen und wollen ihn durch entsprechende Anreizsysteme weiter verstärken. Dabei wollen wir auch die Stadt-Umland-Beziehungen in den Blick nehmen und bei Bedarf neu ausrichten. Wir wissen, dass die Städte das Umland brauchen, aber das Umland braucht auch die Städte. Deshalb setzen wir auch auf mehr kommunale Kooperation und Zusammenarbeit. Die Erfahrungen aus den gescheiterten Förderinstrumenten der kommunalen Gemeinschaftsarbeit werden wir auswerten und zielgerichtete, wirksame Instrumente neu entwickeln. Damit stärken wir die Regionen in den einzelnen Landesteilen Thüringens.
- Wir werden uns zur besseren Verknüpfung der Landesebene mit den Kommunen dafür einsetzen, die in einzelnen Städten bereits gut funktionierenden Bürger-Service-Büros flächendeckend einzurichten. Sie sollen künftig sowohl die Angelegenheiten der Gemeinden und Städte als auch die der Landkreise und des Landes abbilden. In den kreisfreien Städten schließen wir gemeinsam betriebene Einrichtungen mit den angrenzenden Landkreisen nicht aus.

Feuerwehren in Thüringen: Leistungsstark und zukunftsfest machen

Freiwillige Feuerwehren und Berufsfeuerwehren sind wesentlicher Teil der gesellschaftlichen Grundversorgung. Verlässliche Feuerwehrstrukturen, eine personell abgesicherte und hochwertige Ausbildung auf dem aktuellsten Stand und eine ständige

Nachwuchsgewinnung geben der Bevölkerung die Gewissheit, dass sie in Gefahrensituationen professionelle Hilfe erwarten kann.

- Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen die Feuerwehren auch in den kommenden Jahren weiterentwickeln, um ein hohes Sicherheitsniveau in Thüringen zu gewährleisten. Hierzu werden wir die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz vollständig modernisieren und die Tunnelübungsanlage in Crossen ausbauen. Mit e-Learning wollen wir ein verbessertes ortsunabhängiges Aus- und Fortbildungsangebot schaffen. Die Ausbildung der Einsatzkräfte der Thüringer Feuerwehren werden wir kontinuierlich sicherstellen und eine zeitgemäße sowie sozial verträgliche Unterbringung während der Ausbildung gewährleisten.
- Wir werden umfangreiche Investitionen in Fahrzeuge, Gerätehäuser, Technik und Ausrüstung für den Brand- und Katastrophenschutz vornehmen und dabei auch neue Entwicklungen wie Klimawandel, Waldbrände und Elektromobilität berücksichtigen. Eine zentrale Beschaffung soll es den Feuerwehren insbesondere der kleineren Orte ermöglichen, auch weiterhin ggf. in Brandschutzverbänden Gefahren abzuwehren. Wir wollen Kooperationsmodelle prüfen, um Synergieeffekte zu schaffen.
- Wir werden die bisher komplizierte und nicht kostendeckende Kalkulation für Gemeinden zur Abrechnung von Feuerwehrkosten beenden und durch ein vereinfachtes rechtssicheres Kostenerstattungssystem ersetzen. Ebenso werden wir den Landesfeuerwehrverband fördern. Wir werden Gelder für die Durchführung wichtiger Kampagnen (Respektkampagne für Einsatzkräfte, Mitgliederkampagne) bereitstellen und eine zweite Jugendbildungsreferentenstelle schaffen.
- Wir wollen eine zukunftsfähige Leitstellenstruktur mit moderner Technik und professionellem Einsatzleitsystem sowie ein tragfähiges, einheitliches digitales Alarmierungssystem sicherstellen.

Justiz: Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und soziale Verantwortung

Thüringen ist als Bundesland Teil eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Dementsprechend steht es in der Mitverantwortung für die Bewahrung der Demokratie und die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Das erfordert, insbesondere sozial benachteiligte Menschen und gesellschaftliche Minderheiten zu schützen. Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden deshalb unter Berücksichtigung der Handlungsempfehlungen der „Enquetekommission Rassismus“ des Thüringer Landtags eine Bestandsaufnahme zu diskriminierenden Regelungen erstellen und diese beseitigen. Die Gesetzesfolgenabschätzungen wollen wir durch eine diskriminierungskritische Rechtsfolgenprüfung ergänzen. Dementsprechend sollen Rassismus-Problematiken und der Umgang damit verstärkt Inhalt von Ausbildung und Weiterbildung im Bereich der Justiz werden.

Wir setzen uns für eine Justiz ein, die Rechtsstaatlichkeit garantiert und gerechte Lösungen für Betroffene mit sozialer Verantwortung gegenüber der/dem Einzelnen und der Gesellschaft verbindet. Wer Hilfe bei der Durchsetzung von Rechtsansprüchen braucht, muss in der Justiz eine bürgernahe, faire und fachlich kompetente Unterstützung finden. Ein funktionierender demokratischer und sozialer Rechtsstaat

ist das notwendige Gegenmodell zum Prinzip des »Rechts des Stärkeren«, das in der heutigen Konkurrenzgesellschaft weit verbreitet ist. Je besser außergerichtliche Mechanismen zur Konfliktlösung zum Tragen kommen und je wirkungsvoller der Sozialstaat seine Ausgleichs- und Auffangfunktion wahrnimmt, desto weniger muss die Justiz als »letztes Mittel« der Konfliktlösung eingreifen.

Justiz und Gerichte müssen für alle gleichermaßen zugänglich und nutzbar sein. In vielen Fällen des Alltags brauchen die Betroffenen möglichst schnell Unterstützung, um ihre Rechte durchzusetzen. Die Justiz muss dafür personell und technisch entsprechend ausgestattet sein. Wir werden deshalb für eine leistungsstarke unabhängige Thüringer Justiz und einen dementsprechenden Justizvollzug sorgen.

- Wir werden den Generationswechsel in der Thüringer Justiz mit der stufenweisen Neueinstellung junger Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren befördern. Wir werden die Berufs- und Arbeitssituation der Rechtspflegerinnen und -pfleger stärken und uns für die Aufwertung ihrer Tätigkeit und die Umgestaltung ihrer Ausbildung einsetzen. Mit der weiteren Einstellung von Personal an den Gerichten wollen wir den immensen Arbeitsanfall bewältigen, der angesichts der deutlich zunehmenden Zahl an betreuungsbedürftigen Menschen weiter steigen wird. Mit Blick auf die anstehende „Pensionierungswelle“ in der Thüringer Justiz sehen wir die Notwendigkeit, die Personalgewinnung und die Personalentwicklung im Justizbereich mit einem Personalentwicklungskonzept gezielt zu fördern.
- Wir wollen mit entsprechenden Weiterbildungen Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Justizbedienstete dafür motivieren, alle Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs in Thüringen in vollem Umfang zu nutzen. Er ist ein wichtiger Baustein bei der Bewältigung der Auswirkungen von Straftaten und für eine langfristig wirksame Resozialisierung. Wir werden für den Täter-Opfer-Ausgleich ein wirksames und flächendeckendes Angebot entwickeln.
- Wir wollen, dass die Thüringer Strafverfolgungsbehörden für digitale Angriffe auf Bürgerinnen und Bürger umfassend sensibilisiert und für eine effektive Verfolgung solcher Attacken entsprechend geschult und ausgerüstet sind. Dazu gehört, dass sie die Folgen des Ausspähens und unberechtigten Veröffentlichens auch von privaten Daten als ernstes Problem wahrnehmen und konsequent verfolgen, Betroffene schnell und umfassend informieren und zu geeigneten Gegenmaßnahmen beraten können.
- Wir wollen die Unabhängigkeit der Justiz weiter befördern und uns für weitergehende Reformen zur Stärkung des Richterwahlausschusses einsetzen. Ebenso werden wir die ehrenamtlichen Schiedspersonen in den Thüringer Gemeinden stärken und ihre Zuständigkeiten erweitern.
- Wir werden die Digitalisierung der Arbeitsabläufe in der Justiz voranbringen. Bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte wollen wir die Vernetzung mit den Justizbehörden in anderen Bundesländern sicherstellen.

- Wir wollen, dass für haupt- und ehrenamtliche Richterinnen und Richter regelmäßige Weiterbildungen, insbesondere in den Bereichen Familien- und Betreuungsrecht, Sozialrecht, zum Themenkreis häusliche Gewalt und Kinderschutz sowie zu medizinischen und psychologischen Fachkenntnissen verpflichtend werden. Im Bereich der Jugendgerichtshilfe muss das Zusammenwirken mit anderen Akteurinnen und Akteuren aus dem sozialen Bereich, vor allem mit den Jugendämtern verbessert werden. Wir wollen damit sicherstellen, dass künftig kein bedürftiger Jugendlicher bei der Maßnahmengewährung leer ausgeht.
- Wir setzen uns für eine ressortübergreifende Weiterentwicklung der Resozialisierung und Wiedereingliederung von Straffälligen sowie für die Verhinderung weiterer Straftaten ein. Mit einer umfassenden Evaluierung des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs wollen wir den Behandlungs- und Resozialisierungsvollzug durch eine deutliche personelle Stärkung des Justizvollzugs und der sozialen, psychologischen und medizinischen Fachdienste und den weiteren Ausbau der maßnahmen- und projektbezogenen Resozialisierungsangebote weiter verbessern.
- Wir werden das „Professionelle Übergangsmanagement für Inhaftierte und Haftentlassene“ (PÜMAS) mit seinen passgenauen und individuell ausgerichteten Versorgungsleistungen für Gefangene und Haftentlassene und die Berücksichtigung von deren individuellen Hilfebedarfs nach der Entlassung weiter ausbauen. Dies betrifft ebenso die Kooperationsvereinbarung zwischen der Landesregierung und der Bundesagentur für Arbeit bei der beruflichen und sozialen Eingliederung von Strafgefangenen und Haftentlassenen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die psychologischen Fachkräfte stärker koordiniert und ihre Arbeitsbedingungen weiter verbessert werden. Sie sollen in enger Abstimmung mit den Stellen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und Trägern von Resozialisierungsangeboten kooperieren. Das Angebot an Haftvermeidungs-Maßnahmen in Thüringen muss, auch als Ersatz für die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen, weiter ausgebaut werden.
- Wir streben in Übereinstimmung mit internationalen Vorgaben an, sämtliche Schusswaffen im Thüringer Strafvollzug in Abstimmung mit den Personalvertretungen abzuschaffen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass – wie im Justizvollzugsgesetzbuch vorgesehen – ab 2025 eine Einzelunterbringung von Gefangenen flächendeckend sichergestellt ist. Wir werden uns dafür stark machen, Alternativen für Standorte in Thüringen zu prüfen, da sich der Bau der gemeinsamen Justizvollzugsanstalt von Thüringen und Sachsen als länderübergreifendes Pilotprojekt in Zwickau-Marienthal weiter verzögert.
- Wir werden uns auf der Bundesebene für sozial verträgliche Gerichts- und Rechtsanwaltsgebühren, eine finanzielle Unterstützung für Mediationen als außergerichtliche Konfliktlösungsverfahren zur Entlastung der Gerichte (»Mediationskostenhilfe«) und die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafen einsetzen.

Thüringer Polizei: bürgernah und bürgerrechtsorientiert

In Thüringen können die Menschen sicher leben. Das belegen die im bundesweiten Vergleich geringen Häufigkeitszahlen der Straftaten je Einwohnerinnen und Einwohner und die hohe Aufklärungsquote der Thüringer Polizei. Wir LINKE wollen, dass Thüringen auch in Zukunft zu einem der sichersten Bundesländer gehört. Eine Voraussetzung hierfür sind gut ausgestattete und ausgebildete, effizient arbeiten könnende und deshalb motivierte Polizistinnen und Polizisten. motivierte Polizistinnen und Polizisten mit guten Arbeitsbedingungen.

Bürgernahe Polizei heißt: flächendeckend präsent und einsatzbereit zu sein und eng mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu kommunizieren. Hierzu bedarf es mehr und besser ausgestatteter Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamten. Vor allem im ländlichen Raum sind sie erste polizeiliche Anlaufstelle für Einwohnerinnen und Einwohner. Ebenso braucht es eine ständige Aufgabenkritik und Weiterentwicklung der Thüringer Polizeistrukturen, damit die Menschen weiterhin von einem hohen Sicherheitsniveau profitieren können. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Polizeibeamtinnen und -beamten, den Polizeigewerkschaften, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Polizeibildungseinrichtung und Fachleuten einer bürgernahen und bürgerrechtsorientierten Sicherheitspolitik ein „Leitbild Polizei Thüringen“ erarbeiten. Auf dessen Grundlage die weitere kontinuierliche Entwicklung der Thüringer Polizei in den nächsten Jahren erfolgen soll. Wir werden eine Personalentwicklungskonzeption „Thüringer Polizei 2030“ für die nächsten zehn Jahre auf den Weg bringen, die die Basis für eine aufbauende und vorausschauende Personalplanung sowie Einstellungsverfahren sein wird.

Bürgernahe Polizei heißt zugleich, dass die Menschen in Thüringen Vertrauen in die demokratische Verlässlichkeit der Polizistinnen und Polizisten haben müssen. Rassismus und menschenfeindliche Einstellungen sind ein gesamtgesellschaftliches Problem und machen um die Polizei keinen Bogen. Als maßgebender Träger des staatlichen Gewaltmonopols und entsprechend ihrem Diensteid tragen Polizistinnen und Polizisten jedoch eine besondere Verantwortung für das Grundgesetz und die Thüringer Landesverfassung. Den jüngsten rechtsextremen Vorfällen bei der Polizei auch in Thüringen werden nach unserer Auffassung weder die bisherige Abwehrhaltung über vermeintliche Einzelfälle noch Pauschalurteile gerecht. Deshalb setzen wir uns verstärkt für eine wissenschaftliche und unabhängige Studie ein, die diskriminierendes bzw. einstellungsmotiviertes Fehlverhalten im Rahmen von Polizeieinsätzen untersucht und dabei die Erfahrungen von Betroffenen sowie von Polizeibediensteten im Rahmen von polizeilichen Maßnahmen einbezieht. Gleichzeitig sollen gegebenenfalls Diskriminierung befördernde Strukturen und gesetzliche Vorschriften abgeschafft werden.

- Wir wollen das Thüringer Polizeirecht bürgerrechtsfreundlich weiter entwickeln und lehnen Verschärfungen ab. Befugnisse zur Gefahrenabwehr werden wir dann stärken, wenn sie erforderlich und verhältnismäßig sind. Die durch Gerichte für rechtswidrig erklärte Praxis des Racial Profilings wollen wir beenden. Hierfür werden wir die Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei um rassismus- und diskriminierungskritische und menschenrechtsbildende Inhalte ergänzen. Eingriffsbefugnisse im Polizeiaufgabengesetz, die Racial Profiling befördern,

werden wir beseitigen. Die auf unsere Anregung hin eingeführte numerische Kennzeichnung geschlossener Einheiten stärkt die Transparenz polizeilichen Handelns. Wir wollen für eine bessere Sichtbarkeit der Kennzeichnung sorgen und diese für erhöhte Rechtssicherheit bei Polizei und Bevölkerung auf eine gesetzliche Grundlage stellen, sowie absichtliche Verstöße sanktionieren.

- Mit einem Polizeiausschuss im Thüringer Landtag wollen wir die bestehende Lücke der parlamentarischen Kontrolle der nachrichtendienstlichen Befugnisse bei der Polizei insbesondere für den Bereich der V-Personen und der verdeckten Ermittlerinnen und Ermittler schließen und die Befugnisse der Polizei auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit prüfen. Pfefferspray darf wegen seiner erheblich gesundheitsgefährdenden Wirkung künftig nur noch zur unmittelbaren Abwehr von Gefahr für Leib, Leben und Gesundheit sowie erhebliche Sachwerte eingesetzt werden.
- Wir wollen die Polizeivertrauensstelle wir zu einer unabhängigen Polizeiermittlungsbehörde mit vollständigen Ermittlungskompetenzen weiterentwickeln. Sie soll sowohl Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern aufnehmen und bearbeiten als auch Ermittlungen gegen Polizeibedienstete führen. Polizistinnen und Polizisten sollen sich unabhängig vom Dienstweg und unter Wahrung der Vertraulichkeit mit ihren Anliegen an die Polizeivertrauensstelle ebenso wenden können. Wir wollen ein Quittungssystem für polizeiliche Maßnahmen einführen, um die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit für Betroffene zu erhöhen. Betroffene von polizeilichen Maßnahmen sollen eine elektronische oder gedruckte Quittung erhalten, mit der die Maßnahme, Zeitpunkt, Anlass sowie Rechtsgrundlage dokumentiert wird.
- Wir werden die Digitalisierung der Polizeidienststellen erhöhen, um polizeiliche Verwaltungsarbeit zu erleichtern. Ebenso werden mobile Endgeräte zur digitalen Anzeigenaufnahme und Diensthandys mit verschlüsselten Messenger-Systemen für die Polizei zur Verfügung gestellt. Besondere Aufgaben wie die Entwicklung polizeilicher IT-Sicherheitsarchitekturen wollen wir durch externe Spezialisten unterstützen. Die polizeilichen Datenverarbeitungs- und Verbundverfahren werden wir unter dem Aspekt des Datenschutzes kritisch begleiten. Wir wollen die Errichtung eines Landesbetriebs zur Planung, Gestaltung, Entwicklung und Beschaffung polizeilicher IT-Verfahren und Informationsarchitektur prüfen. Wir werden die Rolle des Landeskriminalamts als Dienstleister bei der Unterstützung zur Bekämpfung von Delikten im Bereich der Computerkriminalität stärken.
- Wir werden auf die Ausbildung und das Studium der Polizeibediensteten auf wissenschaftlicher Grundlage ebenso modernisieren wie ihre Fortbildung, damit sie den gestiegenen Herausforderungen des Polizeidienstes jederzeit gerecht werden können. Dafür werden den Anteil von Lehrkräften mit wissenschaftlichem Hintergrund und Promotionen erhöhen und Entwicklungsmöglichkeiten und Professorenstellen einrichten. Zudem wollen wir die getrennt laufende Ausbildung für Schutzpolizistinnen und -polizisten und Kriminalistinnen und Kriminalisten einführen. Wir wollen weitere Wege der Spezialisierung beschreiten, um sowohl IT- und Hasskriminalität als auch organisierter Kriminalität noch

professioneller als bisher zu begegnen. Die Einführung einer Sonderlaufbahn Cyberkriminalist*in werden wir prüfen. Die Bildungseinrichtungen der Polizei wollen wir zu einem modernen Campus der Thüringer Polizei aufwerten und die polizeiliche E-Learning-Plattform weiterentwickeln. Allen Anwärterinnen und Anwärtern der Polizeiausbildung wird bei entsprechendem Abschluss die Übernahme in den Thüringer Polizeidienst garantiert.

- Wir werden eine aus Vertreterinnen und Vertretern des Innen- und des Finanzministeriums, der Polizeigewerkschaften und der Personalräte der Polizei bestehende Arbeitsgruppe einsetzen, um das bisherige Beurteilungs- und Beförderungssystem im Sinne der Bediensteten weiter zu verbessern und ein dauerhaft tragfähiges und rechtssicheres Thüringer Beurteilungs- und Beförderungsmodell entwickeln. Wir wollen die Aufstiegsmöglichkeiten verbessern und so gestalten, dass tatsächliche Chancengleichheit herrscht. Hierzu sollen die einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Erlasse etc. überprüft und novelliert werden. Wir werden das Zulagensystem weiter an die unterschiedlichen Belastungen der Polizei anpassen und gerechter gestalten. Für alle im Vollzug tätigen Beamtinnen und Beamten wollen wir die in unterschiedlicher Höhe gezahlten Vollzugszulagen harmonisieren. Wir werden die Gesundheitsförderung durch bessere Sportmöglichkeiten und Angebote zur Regeneration und Erholung für Thüringer Polizeibedienstete jeden Alters verbessern.
- Wir wollen die Polizei für Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger weiter öffnen und hierzu die erforderlichen Änderungen tarif- und beamtenrechtlicher Vorschriften auch in Hinsicht auf Laufbahnwechsel prüfen. Wir werben für mehr Frauen, Queere und Menschen mit Migrationshintergrund im Polizeidienst, um so die interkulturellen Kompetenzen und bilinguale Kommunikationsfähigkeit der Thüringer Polizei zu erhöhen.

Für ein weltoffenes Thüringen

Zur progressiven Tradition Thüringens gehört Weltoffenheit. Viele zugewanderte Menschen konnten in unserer Region auch deshalb große Leistungen in den Bereichen Kultur und Soziales, in Wissenschaft und Wirtschaft vollbringen, weil sie willkommen waren. Einwanderung prägte unseren Freistaat in der Vergangenheit und spielt auch für die Gegenwart und Zukunft eine große Rolle.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen unser Land als Willkommensland gestalten. Dabei orientieren wir uns am Leitbild einer demokratischen und sozialen Einwanderungsgesellschaft. Wir setzen auf ein inklusives Thüringen, für all diejenigen, die hier leben möchten. Unser Anspruch ist die Wiederherstellung menschenrechtlicher Mindeststandards bei der Einwanderung sowie die Erleichterung des Zugangs zu sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe. Die Prämissen unserer Einwanderungspolitik sind Legalisierung und Inklusion und nicht Abschottung und Begrenzung.

In diesem Sinne setzen wir uns bundespolitisch auch weiterhin für eine legale Einwanderung ein, die Menschen nicht nach Nützlichkeit sortiert. Für bereits hier lebende Menschen wollen wir die Möglichkeit eines Spurwechsels. Menschen, die seit 3

Jahren hier als gestattete Asylsuchende oder mit einem ungewissen Duldungsstatus leben, sollen einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten.

Wir werden uns auf Bundesebene für die Aufhebung des eingeschränkten Familiennachzuges und für den Elternnachzug zu mittlerweile volljährig gewordenen Kindern einsetzen. Zur Übernahme der finanziellen Belastung bei Verpflichtungserklärungen wollen wir einen Landesfonds einrichten. Kommunen, die als sogenannte „Solidarity Citys“ bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende aufzunehmen, werden wir unterstützen.

Dort, wo Menschen leben, arbeiten, ihre sozialen Bezüge aufbauen und zum gesellschaftlichen Leben beitragen, sollen sie die Möglichkeit erhalten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und einen abgesicherten und dauerhaften Rechtsstatus als Einwanderinnen und Einwanderer zu besitzen.

Den humanitären Ansatz in der Flüchtlingspolitik fortsetzen

Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen dafür, dass Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Ausgrenzung, Hunger und Not oder politischer, rassistischer und sexueller Verfolgung flüchten mussten, humanitäre Aufnahme und Möglichkeiten der Integration in unserem Land finden. Deshalb hat Rot-Rot-Grün im September 2019 Thüringen zum „sicheren Hafen“ erklärt und damit die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Geflüchtete Menschen sollen in Thüringen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus diskriminierungsfrei und menschenwürdig leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- Wir werden jährlich einen Thüringer Willkommens- und Integrationsgipfel ausrichten, der geflüchtete Menschen, öffentliche und gemeinnützige Organisationen und Initiativen einlädt, die Thüringer Flüchtlingsaufnahme-, Integrations- und Willkommenspolitik mitzugestalten. Mit der Erstaufnahme der Asylsuchenden werden erste Schritte für ihre Integration in unsere Gesellschaft unternommen. Wir wollen ein Clearingverfahren etablieren, das die aktuelle Situation der Geflüchteten, berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten und besondere Bedarfe der Menschen erfasst und die Erstellung individuellen „Integrationspläne“ ermöglicht. Die Landkreise und kreisfreien Städte wollen wir bei der Erstellung und Umsetzung von Integrationskonzepten unterstützen. Die Ausländerbehörden werden wir zu Einwanderungsbehörden mit Beratungs- und Bündelungsfunktion der verschiedenen Willkommens- und Integrationsangebote umgestalten. Dazu werden wir Modellprojekte starten.
- Wir werden die Aufnahmebedingungen und insbesondere die ärztliche Betreuung in der bestehenden Erstaufnahmeeinrichtung verbessern. Um Klarheit bei den Zuständigkeiten zu erreichen, wollen wir sie an das für Migration zuständige Ministerium angliedern und damit die aktuelle Situation mit mehreren Dienstherren beenden. Wir wollen ein Gewaltschutzkonzept, dass ein umfassendes Screening besonderer Schutzbedarfe sowie die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Begleitung und Unterstützung besonders schutzbedürftiger Personen umfasst. Darin enthalten sind die Schulung der Beschäftigten und die Einführung eines Beschwerdemanagementsystems für die Bewohnerinnen und Bewohner

in der Erstaufnahmeeinrichtung. Wir werden die Kommunen bei der Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten unterstützen.

- Wir wollen, dass geflüchtete Menschen in Thüringen ihren Wohnort frei wählen können. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns eine wichtige Voraussetzung, damit sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Dies wollen wir durch eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ermöglichen. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung muss auch für Flüchtlingsunterkünfte gelten.
- Geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Volljährige erhalten entsprechend den Bedarfen und Bedürfnissen psychosoziale Beratung und Therapie sowie fachliche Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, auch über das 18. Lebensjahr hinaus. Alterseinschätzung, Unterbringung und Clearingverfahren von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten sollen ausschließlich innerhalb der Jugendhilfe und nicht in Erstaufnahmeeinrichtungen durch das Bundesamtes für Migration (BAMF) stattfinden.
- Zur Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs zu Bildung und Arbeit wollen wir ein flächendeckendes qualifiziertes Sprachkursangebot implementieren und die Sprachförderung im Landesprogramm „Start Deutsch“ bis zum Sprachniveau B2 ausbauen. Vollziehbar ausreisepflichtige Personen, deren Ausreise nicht möglich ist (weil etwa ein Abschiebeverbot besteht), sollen nicht mit Arbeitsverboten von Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden; Anträge auf eine Arbeitserlaubnis müssen zügig bearbeitet werden. Eine landesrechtliche Vorgriffsregelung zur Ermessensduldung werden wir prüfen.
- Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau einer qualifizierten, behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung und die Sicherstellung bedarfsgerechter Beratungs-, Unterstützungs- und Betreuungsangebote ein. Die Beratungs- und Netzwerkarbeit des Flüchtlingsrats Thüringen e.V. werden wir weiterhin institutionell fördern.
- Entscheidungen über aufenthaltsbeendende Maßnahmen abgelehnter Asylsuchender sind über Bundesrecht geregelt. Dennoch gibt es landesrechtliche Möglichkeiten, unverhältnismäßige Härten zu vermeiden. Den bestehenden Ministeriumserlass werden wir weiterentwickeln – wir werden zum Beispiel Kindereinrichtungen, Schulen und Krankenhäuser zu Schutzräumen vor Abschiebungen erklären und Erkrankungen oder eine bestehende Schwangerschaft zu Schutzgründen vor Abschiebungen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Wiederherstellung des Grundrechtes auf Asyl und für die Abschaffung diskriminierender Sondergesetze, etwa des Asylbewerberleistungsgesetzes, ein.

Frieden und Abrüstung aus Thüringen stärken

Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen uns auch und gerade in Regierungsverantwortung als konsequente Friedenspartei mit konkreten Maßnahmen für Entspannung in den internationalen Beziehungen, für die zivile Konfliktlösung und das friedliche Zusammenleben aller Menschen ein. Als Verbündete der Friedensbewegung und der Abrüstungsbefürworterinnen und -befürworter treten wir für Rüstungskonversion und das

Verbot von Waffenexporten ein. Wir haben durchgesetzt, dass die Bundeswehr ihre Rekrutenwerbung nur mit friedenspolitischer Begleitung an den Thüringer Bildungseinrichtungen betreiben darf. Wir fordern ein Ende aller Kriegseinsätze der Bundeswehr, auch um Soldatinnen und Soldaten zu schützen. Wir wollen die Fluchtursachen tatsächlich bekämpfen und setzen uns deshalb für aktive Friedensarbeit und die Schaffung von Perspektiven vor Ort ein.

- >Wir werden auch zukünftig regionale und lokale Partnerschaften nutzen, um im Sinne der Völkerverständigung zu wirken.
- Wir setzen uns gemeinsam mit dem „Netzwerk Rüstungskonversion Thüringen“ für ein Um denken in Thüringer Betrieben und Unternehmen ein – das bedeutet eine konsequente Umstellung der Produktion von militärischen Gütern auf zivile Produkte. Wir werden auch weiterhin in der Landesbank Hessen-Thüringen darauf dringen, dass es keine weitere Absicherung militärischer Investitionen gibt.
- Wir werden ein Landesprogramm auflegen, um ehemals militärisch genutzte Flächen und Gebäude für friedliche Zwecke nutzbar zu machen und um Unternehmen Anreize zum Verzicht auf Rüstungsproduktion zu geben.
- Wir wollen ein vollständiges Verbot für Besuche von Jugendoffizierinnen und -offizieren an Thüringer Bildungseinrichtungen. Bildung und Erziehung sollen dem Frieden dienen. Wir stellen uns gegen Werbeveranstaltungen der Bundeswehr auf öffentlichen Plätzen und wenden uns gegen jede Form der Förderung durch die öffentliche Hand.

Medien als Träger von Informationsfreiheit, Meinungsvielfalt und Demokratie

Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen in einem breit aufgestellten öffentlich-rechtlichen Rundfunk einschließlich starker Internetangebote, in Printmedien mit engagiertem investigativem Journalismus, im freien Zugang zum Internet für alle, lokalen TV-Angeboten und den in Thüringen verankerten Bürgermedien als Zentren demokratischer Mitwirkung die Zukunft einer demokratischen Medienwelt. Ihre entscheidende Grundlage ist die Pressefreiheit, die wir gegen alle gegenwärtigen und zukünftigen Angriffe verteidigen.

Wir sehen in der Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Informationen in den elektronischen Medien, im Rundfunk und in den Printmedien einen wesentlichen Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Jede und Jeder soll ungehindert am weltweiten Informationsaustausch teilhaben können. Deshalb müssen flächendeckend schnelle Netzanbindungen vorhanden sein. Wir wollen den barrierefreien Zugang zu den vielfältigen Informations- und Kommunikationsangeboten unabhängig von den sozialen Voraussetzungen und vom Wohnort vorantreiben.

Meinungsvielfalt und Demokratie erfordern eine auf Wissen und Verantwortungsbewusstsein basierende Mediennutzung. Dem weiteren Ausufern von Beleidigungen, Bedrohungen und anderen Delikten in den sozialen Medien müssen wir entgegentreten, mit den Mitteln des Rechtsstaats. Mittel- und langfristig hilft im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung im Internet allerdings nur die aktive Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, es braucht eine „digitale

Zivilgesellschaft“. Wir werden deshalb den Zugang zu Informationsangeboten über die Rechtslage und Hilfsangebote für Betroffene von Hassrede (Hate Speech) erleichtern und hierbei die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Strukturen und die Thüringer Landesmedienanstalt unterstützen. Das gilt ebenso für Informations-¬ und Weiterbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit digitaler demokratischer Debattenkultur, Quellenrecherche und Informationspraxis.

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Thüringen stärken

Wir, Die LINKE. Thüringen, stehen für eine personelle und materielle Garantie zur Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der digitalen, miteinander verzahnten Medienwelt zukunftsfähig zu gestalten, müssen wir die Strukturen der Anstalten regelmäßig und transparent prüfen. Unser Schwerpunkt liegt dabei unter strikter Wahrung der Programmautonomie auf dem Prinzip des Qualitätsjournalismus. Zugleich wollen wir den öffentlich¬ rechtlichen Rundfunk im Rahmen regionaler, nationaler und internationaler Wettbewerbssituationen nicht von der Teilhabe an künftigen Medienformen ausschließen.

Mit Blick auf die anhaltende gesellschaftliche Diskussion zum Rundfunkbeitrag sind Transparenz bei der Verwendung der Mittel, bei strukturellen Veränderungen und beim wirtschaftlichen Umgang mit den Rundfunkbeiträgen unerlässlich. DIE LINKE. Thüringen wird sich weiterhin dafür stark machen, dass Thüringen angemessen an den MDR-Strukturen beteiligt wird.

- Wir stehen für klare Befreiungstatbestände für Sozialempfängerinnen und -empfänger, Geringverdienende, Studierende, Seniorinnen und Senioren mit geringen Renten und Menschen mit Einschränkungen.

Medienstandort Thüringen ausbauen

Thüringen besitzt mit seiner spezifischen Angebotsstruktur gute Entwicklungsmöglichkeiten. Der Runde Tisch „Medienstandort“ hat vielfältige Potenziale zum Ausbau von Strukturen und Vernetzungen aufgezeigt, die wir nutzen und ausbauen werden. Die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen wie der TU Ilmenau und dem Fraunhofer- Institut werden wir verstetigen und zielgerichtet weiter fördern und unterstützen. Das umfasst ausdrücklich den Bereich von App-Entwicklungen sowie den Spielebereich und das Feld der Entwicklung von Inhalten für Kinder- und Jugendmedien.

- Wir werden die Förderungen für die Medienwirtschaft an zentraler Stelle bündeln, um die Aktivitäten des Landes effektiver zu gestalten. Hierbei sind die Strukturen der Ansiedlungs- und Gründerförderung einzubeziehen. Ziel ist eine aktive und strategische Medienstandortpolitik aus einer Hand.
- Sowohl die kulturelle Filmförderung des Landes als auch die Beteiligung an der Mitteldeutschen Medienförderung (MDM) sind für unseren Standort bedeutend. Wir werden diese Förderungen ausbauen, um beste Effekte für die Beschäftigten und den Wirtschaftsraum zu erreichen.
- Mit einer Medienstandortagentur werden wir den vielen in Medienberufen ausgebildeten Fachkräften die Möglichkeiten bieten, ihr Können und ihr Wissen im

Freistaat so einzubringen, dass sie hier gefragte Medienprodukte realisieren können.

Medienvielfalt unterstützen

Die Bürgermedien in Thüringen sind eine Erfolgsgeschichte. Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil der demokratischen Mitwirkungs- und Willensgestaltung der Menschen an ihrem jeweiligen Lebensort. Sie geben Medienmacherinnen und -machern die Möglichkeit, konkrete Probleme, Fragen und Situationen aufzugreifen und zu thematisieren und animieren die Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Mitwirkung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Anteile für die Finanzierung der Landesmedienanstalten aus dem Beitragsaufkommen gesteigert werden, um vor allem die Bürgermedien und die Medienkompetenzarbeit zu stärken.

Für uns gehören private Radio- und Fernsehanbieter unabhängig von der wirtschaftlichen Ausrichtung und vom jeweiligen Erfolg zur Meinungsvielfalt in Thüringen. Wir werden uns unter Beachtung der Unabhängigkeit der Medien, weiterhin für ihre umfassende Förderungen einsetzen, weil die rasante technische Entwicklung die lokalen Anbieter immer wieder vor finanzielle Herausforderungen stellt. Damit leisten wir unseren Beitrag, die Medienvielfalt in Thüringen zu erhalten und zu stärken.

Antrag A-2/ÄA-1: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12), BO Innen[Stadt] Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 393

390 • Die sogenannten „Scheinkandidaturen“ von Amtsträgerinnen und -trägern bei
391 Kommunalwahlen wollen wir abschaffen. Zudem sollen auch Menschen ein kommunales
392 Wahlrecht erhalten, wenn sie keine Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedsstaates
393 haben.

- Die Veröffentlichung der Wohnanschrift von Kommunalwahlkandidat:innen als Teilnahmevoraussetzung wollen wir abschaffen.

Begründung

Die Veröffentlichung von Anschriften von Kandidat:innen hält viele Menschen aus Angst vor Übergriffen oder anderen Nachteilen davon ab, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Diese Vorgehensweise passt auch nicht zu den hohen Anforderungen der Datenschutzgrundverordnung. Selbst für Opfer des Naziregimes hat sich gezeigt, dass Ausnahmegenehmigungen mit hohen Hürden versehen sind.

Antrag A-2/ÄA-2: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), BO Innen[Stadt] Weimar, Hubert Krüger (Nr. 204), Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 20

17 Wichtige Elemente zur Verteidigung und Stärkung unserer Demokratie sind die
18 Erweiterung der demokratischen Mitsprache und Mitentscheidungen in den Kommunen und
19 auf der Ebene des Landes und die Transparenz der politischen Entscheidungen. Wir
20 wollen, dass Ausschusssitzungen im Thüringer Landtag und in den kommunalen Parlamenten grundsätzlich öffentlich
21 stattfinden.

Begründung

Der Wunsch, Ausschusssitzungen öffentlich stattfinden zu lassen, sollte auch für die kommunalen Parlamente gelten. Gerade hier werden Entscheidungen getroffen, die die Einwohner*innen meist direkt betreffen. Von daher sollten sie auch erfahren können dürfen, wie bestimmte Entscheidungen zu Stande kamen.

Antrag A-2/ÄA-3: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), BO Innen[Stadt] Weimar, Hubert Krüger (Nr. 204)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 177

171 „Tag X-Szenarien“, gesellschaftliche Umsturzphantasien, massiv steigende, oft
172 antisemitisch besetzte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie,
173 Überfälle auf Menschen, die zu Feindbildern von Neonazis und anderen Menschenfeinden
174 gehören: dies alles zeigt, wie notwendig umfassende Maßnahmen sind, um die Demokratie
175 zu schützen und zu stärken. Es gilt, konsequent gegen diejenigen vorzugehen, die die
176 Gesellschaft spalten wollen und versuchen, Menschen wegen ihres Aussehens, ihrer
177 Herkunft, Religion, Kultur ~~oder~~ , Abstammung oder sexuellen Orientierung und Identität gegeneinander auszuspielen.

Begründung

Nazis greifen alle Menschen an, die in ihren Augen „anders“ sind. Dazu gehören auch Menschen mit anderer sexueller Orientierung. Diese Gruppe von Menschen sollte in der Aufzählung nicht vergessen werden.

Antrag A-2/ÄA-4: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12), BO Innen[Stadt] Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), Hubert Krüger (Nr. 204)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 393

390 • Die sogenannten „Scheinkandidaturen“ von Amtsträgerinnen und -trägern bei
391 Kommunalwahlen wollen wir abschaffen. Zudem sollen auch Menschen ein kommunales
392 Wahlrecht erhalten, wenn sie keine Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedsstaates
393 haben.

- Wir wollen eine grundsätzliche Überarbeitung des Kommunalwahlrechts mit der Zielsetzung, Personenfixierung zurückzudrängen und dafür politische Programme in Konkurrenz zu setzen, vergleichbar mit Bundestags- oder Landtagswahlen.

Begründung

Kommunalpolitik ist kein Beliebtheitswettbewerb. Die aktuelle Kommunalwahlordnung misst die Bekanntheit einzelner Listenkandidat:innen und viel weniger die Qualität und Tiefe ihres politischen Programms. Es ist ein Eingriff in die Parteienautonomie, wenn demokratische Mitgliederversammlungen der Ortsverbände eine Listenreihenfolge festlegen, die anschließend über Bord geworfen wird.

Antrag A-2/ÄA-5: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 632 - 633

- Wir wollen das Thüringer Polizeirecht bürgerrechtsfreundlich weiter entwickeln und lehnen Verschärfungen ab. Befugnisse zur Gefahrenabwehr werden wir dann stärken, wenn sie erforderlich und verhältnismäßig sind. Die durch Gerichte für rechtswidrig erklärte Praxis des Racial Profilings wollen wir beenden. Hierfür werden wir die Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei um rassismus- und diskriminierungskritische und menschenrechtsbildende Inhalte ergänzen.

  ~~Eingriffsbefugnisse~~Dazu gehört insbesondere, die falsche Auslegung von Eingriffsbefugnissen im Polizeiaufgabengesetz, ~~die~~welche letztendlich Racial Profiling befördern, ~~werden wir beseitigen~~durch Aufarbeitung und gezieltes Training der Polizeibeamten zu vermeiden. Die auf unsere Anregung hin eingeführte numerische Kennzeichnung geschlossener Einheiten stärkt die Transparenz polizeilichen Handelns. Wir wollen für eine bessere Sichtbarkeit der Kennzeichnung sorgen und diese für erhöhte Rechtssicherheit bei Polizei und Bevölkerung auf eine gesetzliche Grundlage stellen, sowie absichtliche Verstöße sanktionieren.

Begründung

Die Eingriffsbefugnisse des Polizeiaufgabengesetzes sind sehr allgemein gehalten und bieten bei korrekter Auslegung keine Handhabe für racial-profiling. So dürfen entsprechende Maßnahmen nur getroffen werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine bestimmt Gefahr vorliegt. Nicht selten kommt es jedoch vor, dass Herkunft, Aussehen, Hautfarbe etc. verknüpft mit Vorurteilen in rechtswidriger Anwendung als solche „Tatsachen“ herangezogen werden. Es kommt zum racial-profiling. Das Problem ist hier nicht das Gesetz, sondern bereits fest verankerte rassistische Vorurteile, die eine fehlerhafte Rechtsausübung bewirken. Diesem gilt es zügigmit geeigneten Maßnahmen entgegen zu wirken.

Antrag A-2/ÄA-6: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 637

626 • Wir wollen das Thüringer Polizeirecht bürgerrechtsfreundlich weiter entwickeln
627 und lehnen Verschärfungen ab. Befugnisse zur Gefahrenabwehr werden wir dann
628 stärken, wenn sie erforderlich und verhältnismäßig sind. Die durch Gerichte für
629 rechtswidrig erklärte Praxis des Racial Profilings wollen wir beenden. Hierfür
630 werden wir die Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei um rassismus- und
631 diskriminierungskritische und menschenrechtsbildende Inhalte ergänzen.
632 Eingriffsbefugnisse im Polizeiaufgabengesetz, die Racial Profiling befördern,
633 werden wir beseitigen. Die auf unsere Anregung hin eingeführte numerische
634 Kennzeichnung geschlossener Einheiten stärkt die Transparenz polizeilichen
635 Handelns. Wir wollen für eine bessere Sichtbarkeit der Kennzeichnung sorgen und
636 diese für erhöhte Rechtssicherheit bei Polizei und Bevölkerung auf eine
637 gesetzliche Grundlage stellen, sowie absichtliche Verstöße sanktionieren.

- Die polizeiliche Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung in Thüringen werden wir durch einen stärkeren Fokus auf Prävention und Frühintervention im außerpolizeilichen Sozialen Bereich stärken, um somit dem repressiven Ansatz immer neuer Rechtsverschärfungen in Deutschland ein bürgerfreundliches wirkungsvolles Thüringer Sicherheitskonzept entgegenzusetzen.

Begründung

Strafverschärfungen abzulehnen, immer mehr Eingriffsbefugnisse abzulehnen hat berechtigte Tradition in der LINKEN. Trotzdem findet die „LAW an Order“ Philosophie von CDU und SDP bei vielen Wählern anklang, auch mangels Vorstellungskraft an Alternativen, weshalb diese Parteien mit schärferen Polizeigesetzen oft sogar punkten können. Umso wichtiger ist es Begrifflichkeiten aufzunehmen, die klar machen, dass es auch ohne Rechtsverschärfungen erfolgreich gehen kann.

Antrag A-2/ÄA-7: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 645

638 • Mit einem Polizeiausschuss im Thüringer Landtag wollen wir die bestehende Lücke
639 der parlamentarischen Kontrolle der nachrichtendienstlichen Befugnisse bei der
640 Polizei insbesondere für den Bereich der V-Personen und der verdeckten
641 Ermittlerinnen und Ermittler schließen und die Befugnisse der Polizei auf ihre
642 Wirksamkeit und Notwendigkeit prüfen. Pfefferspray darf wegen seiner erheblich
643 gesundheitsgefährdenden Wirkung künftig nur noch zur unmittelbaren Abwehr von
644 Gefahr für Leib, Leben und Gesundheit sowie erhebliche Sachwerte eingesetzt
645 werden, wenn unbeteiligte Dritte nicht gefährdet werden.

Begründung

Weitergehende Forderung basierend auf Anträge, wie sie auch bereits in der Bundestagsfraktion gestellt wurden –Bei Demonstrationen und anderen Großeinsätzen wie Fußball etc. wird häufig das Verhalten Weniger als Anlass genommen, dass Einsatzmittel Pfefferspray gegen ganze Gruppen zum Einsatz zu bringen. Grundsätzlich ist dies bereits nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip problematisch –da ein solcher körperlicher Eingriff schwerwiegend ist. Da es jedoch regelmäßige Praxis ist, macht es sich erforderlich –die Gefährdung unbeteiligter Dritter durch Pfefferspray per Gesetz auszuschließen.

Antrag A-2/ÄA-8: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 652 - 654

646 • Wir wollen die Polizeivertrauensstelle wir zu einer unabhängigen
647 Polizeiermittlungsbehörde mit vollständigen Ermittlungskompetenzen
648 weiterentwickeln. Sie soll sowohl Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern
649 aufnehmen und bearbeiten als auch Ermittlungen gegen Polizeibedienstete führen.
650 Polizistinnen und Polizisten sollen sich unabhängig vom Dienstweg und unter
651 Wahrung der Vertraulichkeit mit ihren Anliegen an die Polizeivertrauensstelle
652 ebenso wenden können. Wir wollen ein Quittungssystem für ausgewählte polizeiliche
653 Maßnahmen einführen, um die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit für Betroffene zu
654 erhöhen. Betroffene von solchen polizeilichen Maßnahmen sollen eine elektronische oder
655 gedruckte Quittung erhalten, mit der die Maßnahme, Zeitpunkt, Anlass sowie
656 Rechtsgrundlage dokumentiert wird.

Begründung

Kompromissvorschlag –hier wird eingewaltiges Bürokratiemonster geschaffen. Ein großer Teil normaler polizeilicher Maßnahmen besteht aus Grundrechtseingriffen. Selbst das Anhalten eines Pkwin der Verkehrskontrolle ist solcher Eingriff. Normalerweise passt diese Forderung nicht zu unserem Anliegen, durch Aufgabenkritik polizeiliche Arbeit zu entschlacken statt einseitig immer mehr zusätzliche Beamte zu fordern. Trotzdem ist das Anliegen richtig –insbesondere, was anlasslose Personenkontrollen angeht. Dies wäre z.B. dann eine solche ausgewählte Maßnahme.

Antrag A-2/ÄA-9: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 682

668 • Wir werden auf die Ausbildung und das Studium der Polizeibediensteten auf
669 wissenschaftlicher Grundlage ebenso modernisieren wie ihre Fortbildung, damit
670 sie den gestiegenen Herausforderungen des Polizeidienstes jederzeit gerecht
671 werden können. Dafür werden den Anteil von Lehrkräften mit wissenschaftlichem
672 Hintergrund und Promotionen erhöhen und Entwicklungsmöglichkeiten und
673 Professorenstellen einrichten. Zudem wollen wir die getrennt laufende Ausbildung
674 für Schutzpolizistinnen und -polizisten und Kriminalistinnen und Kriminalisten
675 einführen. Wir wollen weitere Wege der Spezialisierung beschreiten, um sowohl
676 IT- und Hasskriminalität als auch organisierter Kriminalität noch
677 professioneller als bisher zu begegnen. Die Einführung einer Sonderlaufbahn
678 Cyberkriminalist*in werden wir prüfen. Die Bildungseinrichtungen der Polizei
679 wollen wir zu einem modernen Campus der Thüringer Polizei aufwerten und die
680 polizeiliche E-Learning-Plattform weiterentwickeln. Allen Anwärterinnen und
681 Anwärtern der Polizeiausbildung wird bei entsprechendem Abschluss die Übernahme
682 in den Thüringer Polizeidienst garantiert. Die Kapazitäten für die Ausbildung von Polizeibeamten des mittleren und gehobenen Polizeidienstes werden entsprechend der erforderlichen Notwendigkeiten ausgebaut.

Begründung

Dieser Bereich ist bereits wesentlich schwächer als unsere Forderung im vorangegangenen Wahlprogramm, in dem noch ganz konkretauch zu Zahlen in der Ausbildung Stellung genommen wurde. Fakt ist, dass ohne eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten ein qualitativer und quantitativer Ausbau der Ausbildung gar nicht möglich ist. Bereits jetzt sind die Kapazitäten nicht ausreichend und gerade im Bereich der Fortbildung sehen wir ja ebenfalls Verbesserungsnotwendigkeiten. Daher sollte zumindest sich ein Nebensatz dieses Erfordernis benennen, wenn schon kein konkretes Vorhaben benannt werden soll.

Antrag A-2/ÄA-10: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 692

683 • Wir werden eine aus Vertreterinnen und Vertretern des Innen- und des
684 Finanzministeriums, der Polizeigewerkschaften und der Personalräte der Polizei
685 bestehende Arbeitsgruppe einsetzen, um das bisherige Beurteilungs- und
686 Beförderungssystem im Sinne der Bediensteten weiter zu verbessern und ein
687 dauerhaft tragfähiges und rechtssicheres Thüringer Beurteilungs- und
688 Beförderungsmodell entwickeln. Wir wollen die Aufstiegsmöglichkeiten verbessern
689 und so gestalten, dass tatsächliche Chancengleichheit herrscht. Hierzu sollen
690 die einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Erlasse etc. überprüft und novelliert
691 werden. Wir werden das Zulagensystem weiter an die unterschiedlichen Belastungen
692 der Polizei anpassen und gerechter gestalten. So werden wir beispielsweise die Höhe der Nachtschichtzulagen imSinne der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes anpassen und zumindest auf 5 € festsetzen. Für alle im Vollzug tätigen
693 Beamtinnen und Beamten wollen wir die in unterschiedlicher Höhe gezahlten
694 Vollzugszulagen harmonisieren. Wir werden die Gesundheitsförderung durch bessere
695 Sportmöglichkeiten und Angebote zur Regeneration und Erholung für Thüringer
696 Polizeibedienstete jeden Alters verbessern.

Begründung

Der Abschnitt in dem es um soziale Aspekte der Beamtinnen und Beamten geht ist traditionell kurz gehalten, obgleich es auch hier wie in anderen Gesellschaftsbereichen klare gewerkschaftliche Forderungen gibt. Niemand erwartet, das Thüringen Polizeibeamte demnächst annähernd ähnlich z.B. der Grundschullehrer entlohnt werden. Doch eine LINKE, die sich mit klaren berechtigten Ansprüchen im Wahlprogramm an die Polizei richtet sollte nicht vergessen – dass auch die Beamtinnen und Beamten eine klare Erwartungshaltung gegenüber einer linken Partei hat, die immer ihre gewerkschaftliche Nähe betont. Es macht daherSinn zumindest eine sehr konkrete Forderung aus diesem Bereich in das Wahlprogramm zu übernehmen. In Thüringen wird gemeinsam mit weiteren Bundesländern der niedrigste Nachtschichtzuschlag im Ländervergleich gezahlt. Für die Nachtstunde von 20-06 Uhr wird ein Zuschlag von 1,69 € gezahlt, obwohl das Bundesarbeitsgericht entschieden hat, dass als Nachtzuschlag 30 % des Bruttostundenlohns angemessen sind. Thüringen hat bereits 2020 eine Klage verloren, in der es um die Angemessenheit in die besonderen niedrigen Lohngruppen ging. Ein Grund mehr, nicht erneut auf die Gerichte in einer sozialen Frage zu warten und mit eigenen Vorschlag in Vorleistung

zu gehen. Die Gewerkschaft der Polizei –die größte Thüringer Polizeigewerkschaft fordert eine Erhöhung der Nachtzulage auf mind. 5 €.

Antrag A-2/ÄA-11: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 27

22 Zur Stärkung der Demokratie gehört die bessere Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit.
23 Wichtig sind eine demokratische Bildungs- und eine lebendige Erinnerungsarbeit sowie
24 ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der seinem Bildungsauftrag gerecht wird und
25 dabei durch die demokratische Öffentlichkeit kritisch begleitet werden muss. Es
26 braucht eine Stärkung der Kultur des kritischen und selbstkritischen Umgangs mit dem
27 Agieren und fehlerhaftem Handeln insbesondere der Sicherheitsbehörden.

Begründung

Das Erfordernis einer besseren Fehlerkultur wurde bereits in der Enquete Rassismus diskutiert und im Zwischenbericht der Kommission gefordert.

Antrag A-2/ÄA-12: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 52

51 Die staatlichen Institutionen und die Zivilgesellschaft müssen sich noch konsequenter
52 dem ~~Erstarken von Diskriminierung~~ erstarkendem Rassismus und der extremen Rechten sowie der Zunahme von Diskriminierung entgegenstellen. Menschen,
53 die sich für Demokratie, Menschenrechte und eine solidarische Gesellschaft einsetzen,
54 müssen besser unterstützt und geschützt werden.

Begründung

Diskriminierung (eine Handlung) „erstarkt“ nicht, sondern nimmt zu. Meines Erachtens wurde im Entwurfstext die Einstellungs- mit der Handlungsebene verwechselt oder vermengt und erstarkender Rassismus (Einstellung) gemeint. Sich Beidem entgegenzustellen ist wichtig.

Antrag A-2/ÄA-13: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 117 - 125

- Wir setzen uns nachhaltig für die Professionalisierung der Demokratieförderung offline und online, durch die Schaffung eines entsprechenden Studiengangs ein.

~~Mit einer kontinuierlich gesicherten Förderung von Soziokultur, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit und der Unterstützung von Freiräumen gerade im ländlichen Raum, wollen wir Jugendliche und junge Erwachsene präventiv gegen menschenverachtende Ideologien stärken. Die Auseinandersetzung mit diskriminierenden Positionen wollen wir von der Schule bis zur Erwachsenbildung ausbauen und fördern. Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung gewinnt dabei an weiterer Bedeutung. Sowohl die Landeszentrale für politische Bildung, als auch die Träger der Erwachsenenbildung in Thüringen sind hierfür unverzichtbare Partner, die wir entsprechend stärken werden.~~

Zeile 126

- Mit einer kontinuierlich gesicherten Förderung von Soziokultur, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit und der Unterstützung von Freiräumen gerade im ländlichen Raum, wollen wir Jugendliche und junge Erwachsene präventiv gegen menschenverachtende Ideologien stärken. Die Auseinandersetzung mit diskriminierenden Positionen wollen wir von der Schule bis zur Erwachsenbildung ausbauen und fördern. Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung gewinnt dabei an weiterer Bedeutung. Sowohl die Landeszentrale für politische Bildung, als auch die Träger der Erwachsenenbildung in Thüringen sind hierfür unverzichtbare Partner, die wir entsprechend stärken werden.
- Wir wollen einen Unterstützungsfonds in Thüringen einrichten, der für Betroffene rassistischer, antisemitischer und rechts motivierter Straftaten unbürokratisch Hilfe und Entschädigung bietet. Wir wollen die Weiterbildung von Polizei und Staatsanwaltschaften professionalisieren und verstetigen, insbesondere auch um die Analysekompetenzen zu aktuellen Erscheinungsformen von Neonazismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus zu erhöhen. Ebenso müssen entsprechende Weiterbildungen etabliert werden, um für die Arbeit mit Betroffenen zu sensibilisieren. Opfer von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt wollen wir auch durch bessere räumliche Rahmenbedingungen und Begleitangebote während Gerichtsverhandlungen und juristischer Verfahren

unterstützen. Wir werden uns für die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur effektiveren Strafverfolgung von extrem rechten Straftaten einsetzen, auch angesichts der Umstände, dass die Verfolgung von Hasskriminalität im Internet quantitativ zunehmen wird. Wir setzen uns für eine offizielle Kampagne des Freistaates Thüringen ein, die die Betroffenen von Hasskriminalität dazu ermutigt, Straftaten zur Anzeige zu bringen. Auch dafür ist die Errichtung einer Internetwache dringend geboten, mit der sichergestellt wird, dass Anzeigen jederzeit online erstattet werden können.

Antrag A-2/ÄA-14: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 263 - 268

263 Auch auf Initiative unserer LINKEN- Landtagsfraktion hat der Thüringer Landtag ~~einen~~
264 ~~breiten und öffentlichen Diskussionsprozess über die Weiterentwicklung der Thüringer~~ die Debatte über die Weiterentwicklung der Thüringer
265 Verfassung in Gang gesetzt und mit der Bildung eines Verfassungsausschuss den
266 Diskussionsprozess eröffnet. Wir plädieren dafür, in der kommenden 8. Wahlperiode des
267 Thüringer Landtages eine Enquetekommission „Verfassungsreform“ einzusetzen. Unser
268 Ziel ist es, einen die bisherigen Erfahrungen und zukünftigen Herausforderungen berücksichtigenden ~~Diskussionsprozess~~ , breiten und öffentlichen Diskussionsprozess zu beginnen. An seinem Ende
269 soll ein Volksentscheid über die demokratische Weiterentwicklung unserer
270 Landesverfassung stehen.

Begründung

Den im Entwurfstext konstatierten breiten und öffentlichen Diskussionsprozess gibt es meines Wissens bislang nicht. Es braucht ihn aber.

Antrag A-2/ÄA-15: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 283

283 • Wir wollen die UN-Kinderrechte in die Thüringer Landesverfassung aufnehmen.

- Wir wollen mit einem Paritätsgesetz die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter bei Landtagswahlen ermöglichen und dafür die verfassungsrechtlichen Weichen stellen.

Begründung

In Kapitel 1 (Zeilen 71 – 77) ist vom Paritätsgesetz die Rede. Davon, dass der Thüringer Verfassungsgerichtshof „den Bestrebungen für eine wirkliche Gleichberechtigung von Frauen in unserer Gesellschaft einen Rückschlag zugefügt“ hat und wir uns „durch dieses Urteil jedoch nicht entmutigen“ lassen und „weiterhin für mehr weibliche Partizipation und eine starke feministische Perspektive“ kämpfen wollen.

In der Diskussion um eine modernisierte Thüringer Verfassung müssen wir die durch den Thüringer Verfassungsgerichtshof benannten verfassungsrechtlichen Hürden für ein Paritätsgesetz aufgreifen und sie so zu verändern versuchen, dass eine paritätische Landtagswahl verfassungskonform möglich wird.

Antrag A-2/ÄA-16: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 495 - 497

487 Thüringen ist als Bundesland Teil eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates.
488 Dementsprechend steht es in der Mitverantwortung für die Bewahrung der Demokratie und
489 die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Das erfordert, insbesondere sozial
490 benachteiligte Menschen und gesellschaftliche Minderheiten zu schützen. Wir, DIE
491 LINKE. Thüringen, werden deshalb unter Berücksichtigung der Handlungsempfehlungen der
492 „Enquetekommission Rassismus“ des Thüringer Landtags eine Bestandsaufnahme zu
493 diskriminierenden Regelungen erstellen und diese beseitigen. Die
494 Gesetzesfolgenabschätzungen wollen wir durch eine diskriminierungskritische
495 Rechtsfolgenprüfung ergänzen. ~~Dementsprechend sollen~~ Darüber hinaus setzen wir uns entsprechend den Empfehlungen der Enquetekommission Rassismus~~-Problematiken und der~~
496 ~~Umgang damit verstärkt Inhalt von Ausbildung~~ für die Einführung einer Justizverlaufsstatistik ein, mit der etwa erfasst werden kann, ob in Ermittlungen anfänglich festgestellte Tatmotive bei der Strafzumessung berücksichtigt wurden. Aus- und Weiterbildung im Bereich der Justiz sollen verstärkt um rassismus- und diskriminierungskritische Inhalte ergänzt
497 werden.

Begründung

Was in dem Abschnitt bislang fehlt, ist die von der Enquetekommission Rassismus empfohlene Justizverlaufsstatistik (die im Landtagswahlprogramm 2019 noch formuliert war und meines Wissens inzwischen noch nicht umgesetzt ist).

Die bisherige Formulierung „Rassismus-Problematiken und der Umgang damit“ ist zu verschwommen.

Antrag A-2/ÄA-17: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 776

771 • Geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Volljährige erhalten entsprechend den
772 Bedarfen und Bedürfnissen psychosoziale Beratung und Therapie sowie fachliche
773 Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, auch über das 18. Lebensjahr hinaus.
774 Alterseinschätzung, Unterbringung und Clearingverfahren von unbegleiteten
775 minderjährigen Geflüchteten sollen ausschließlich innerhalb der Jugendhilfe und
776 nicht in Erstaufnahmeeinrichtungen durch das Bundesamt~~es~~ für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
777 stattfinden.

Begründung

redaktionell

Antrag A-2/ÄA-18: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6), Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 799

791 • Entscheidungen über aufenthaltsbeendende Maßnahmen abgelehnter Asylsuchender
792 sind über Bundesrecht geregelt. Dennoch gibt es landesrechtliche Möglichkeiten,
793 unverhältnismäßige Härten zu vermeiden. Den bestehenden Ministeriumserlass
794 werden wir weiterentwickeln - wir werden zum Beispiel Kindereinrichtungen,
795 Schulen und Krankenhäuser zu Schutzräumen vor Abschiebungen erklären und
796 Erkrankungen oder eine bestehende Schwangerschaft zu Schutzgründen vor
797 Abschiebungen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Wiederherstellung des
798 Grundrechtes auf Asyl und für die Abschaffung diskriminierender Sondergesetze,
799 etwa des Asylbewerberleistungsgesetzes, sowie Änderungen im Aufenthaltsgesetz, wie z.B. die Streichung des Einvernehmenserfordernisses des Bundesinnenministeriums zu Landesaufnahmeanordnungen nach § 23 Absatz 1, ein.

Begründung

Ein solcher Antrag ist zwar kürzlich erst an der Mehrheit im Bundesrat gescheitert, jedoch sollten wir in unserem Landtagswahlprogramm deutlich machen, dass wir an der Landesaufnahmeanordnung für Geflüchtete von den griechischen Inseln festhalten und hinsichtlich solcher Entscheidungen die Kompetenzen der Bundesländer vorrangig vor Interessen der Bundesregierung halten.

Antrag A-3: Landtagswahlprogramm Kapitel 3

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Bildungschancen für alle verbessern

Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für das lebensbegleitende Lernen, für eine auf die Selbstverwirklichung und Emanzipation der/des Einzelnen gerichtete Bildung. Wir lernen in jeder

Phase unseres Lebens, von der Kindheit bis ins Alter. Deshalb muss auch jede und jeder die Möglichkeit haben, sich Bildung aneignen zu können. Bildung ist keine Ware, sondern Menschenrecht. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir ab 2014 begonnen, hierfür in den Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, in den Schulen, Berufsschulen und Hochschulen die erforderlichen Rahmenbedingungen zu sichern und weiterzuentwickeln, um die Versäumnisse der CDU-geführten Vorgängerregierungen aufzuholen.

Die Corona-Pandemie stellte und stellt die Schülerinnen und Schüler, die Studierenden, ihre Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagogische Fachkräfte, die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter und die an den Hochschulen und Universitäten Lehrenden vor neue Herausforderungen. Präsenz- und Distanzunterricht bzw. Studium, analog und/oder digital, werden das Lernen und Studieren verändern. Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen uns in der Verantwortung, diesen notwendigen Veränderungsprozess mit seinen Problemen, vor allem aber emanzipatorischen Chancen, gemeinsam mit allen Beteiligten zu gestalten und die erforderlichen Rahmenbedingungen neu zu schaffen. Der DigitalPakt Schule, mit dem innerhalb der nächsten Jahre ein funktionierendes WLAN und moderne digitale Endgeräte für alle Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrer selbstverständlich wird, ist hierfür ein Anfang. Weitere Schritte müssen folgen.

Die Thüringer Schulen und Hochschulen sind von allen Beteiligten gemeinsam und demokratisch zu gestaltende Lern- und Lebensorte. Diese Orte sind zu Recht parteipolitisch neutral, doch sie sind keine wertneutralen Institutionen, sondern Demokratie und Humanität verpflichtet. In ihrer Wertorientierung und in ihrem pädagogischen Auftrag stehen sie klar gegen jede Form von

Diskriminierung, Rassismus, gegen Hass und Menschenfeindlichkeit. Wir werden sie auch weiterhin in der Auseinandersetzung mit solchen Einflüssen umfassend unterstützen.

Die Thüringer Hochschulen haben sich zu einem zukunftsfähigen Bestandteil der Thüringer Bildungslandschaft entwickelt. Sie müssen als offene, soziale und demokratische Einrichtungen gestaltet und verstanden werden, an denen sich Lehre und

Forschung frei und unabhängig entwickeln können. Studierende sowie alle lehrend, forschend und administrativ-technisch Tätigen müssen die Chance haben, ihre Hochschule mitzugestalten. Nur so kann eine Hochschule sozial und offen gestaltet werden. Für die Beschäftigten sowie alle Lehrenden, Forschenden und administrativ-technisch Tätigen gilt es, Planungssicherheit und Karriereperspektiven zu gewährleisten. Nur auf guter Arbeit kann gute Forschung und Lehre gedeihen.

Frühkindliche Bildung stärken

Alle Kinder haben einen Anspruch darauf, durch gute Bildung die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten. In Thüringen gehen fast alle Kinder in den Kindergarten und werden dort bis zu 10 Stunden täglich von Fachkräften verlässlich betreut. Den Betreuungsanspruch für Kinder und Eltern und den hohen Thüringer Fachkräfte-Standard werden wir weiterhin erfüllen. Bis zum Jahr 2025 wollen wir die vollständige Beitragsfreiheit in Thüringen umsetzen und die Qualität der Thüringer Kindergärten weiter verbessern.

- Wir haben während der Zeit des Corona-Lockdowns im Frühjahr dafür gesorgt, dass die Elterngebühren durch das Land übernommen und die Bezüge der Erzieherinnen und Erzieher voll weitergezahlt wurden. Dort, wo die Träger Kurzarbeitergeld entschieden hatten, haben wir dieses aus Landesmitteln aufgestockt.
- Wir wollen gemeinsam mit Trägern, Kommunen und Gewerkschaften in der AG „Zukunft Kindergarten / Kindertagesbetreuung“ nach den besten Wegen suchen, um jedem Kind jeden Tag gerecht zu werden. Wir wollen die Teilhabe und Partizipation von Kindern im Kindergarten stärken und die Förderung der Inklusiven Arbeit von Einrichtungen verbessern. Neben der Fortführung der Infrastrukturpauschale wurde ein weiteres Förderprogramm aufgelegt, um zusätzliches pädagogisches Spielzeug für die Kindergärten zu beschaffen. Wir wollen, dass Kindergarten und Schule im Sinne des Thüringer Bildungsplanes enger zusammenarbeiten, um jedem Kind einen guten Schulstart zu ermöglichen.
- Wichtig für eine verbesserte frühkindliche Bildung ist eine diversitäts- und vorurteilssensible Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte. Wir werden die Leitungsaufgaben in den Kindereinrichtungen ausreichend finanziell absichern.
- Wir werden das pädagogische Personal in den Kindergärten darin unterstützen, mit den individuellen Stärken, Belastungen, Erfahrungen und Ressourcen der Kinder professionell umzugehen. Die wissenschaftlichen Ergebnisse und praktischen Erfahrungen aus dem Förderprogramm „Vielfalt vor Ort“ werden wir auswerten und insbesondere für Kindergärten in sozialen Brennpunkten die multiprofessionelle Arbeit und die Vernetzung verstetigen.
- Wir wollen die Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher attraktiver gestalten. Dazu werden wir die vergütete praxisintegrierte Ausbildung (PiA) deutlich ausbauen und weiterhin mit Landesmitteln unterstützen. Außerdem werden wir die 2020 ermöglichte befristete berufsbegleitende Ausbildung für Assistenzkräfte auswerten um zu erproben, ob dieser Weg die konsekutive und die praxisintegrierte Ausbildung sinnvoll ergänzen kann. Wir werden alle beteiligten

Akteure in diesen Prozess mit einbeziehen.

- Wir wollen die Verpflegungskosten in den Kindergärten stützen und ein Programm zur Unterstützung kommunaler Küchen für Kindergärten und Schulen auflegen.

Eine erfolgreiche Schulzeit für alle Kinder

Alle Kinder haben ein Grundrecht auf inklusive Bildung. Die inklusive Schule ist in Thüringen in den letzten Jahren gut vorangekommen. Je nach Region unterscheidet sich das Bild aber teilweise noch erheblich. Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für die enge Kooperation zwischen Schule, Elternhaus und sozialpädiatrischen Zentren und sämtlichen multiprofessionellen Akteuren.

Jedem Kind steht der gleichberechtigte Zugang zum allgemeinbildenden inklusiven Bildungssystem bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Elternwillens zu.

- Wir wollen den raschen Abschluss von regionalen Entwicklungsplänen Inklusion zwischen Land und Landkreisen, in denen gemäß Schulgesetz festgehalten wird, in welchen Schritten und mit welcher Unterstützung entsprechend der örtlichen Bedingungen die Schaffung aller notwendigen Voraussetzungen für eine gelingende Inklusion in den Thüringer Regionen umgesetzt wird. Die Beschulung im allgemeinbildenden System hat entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention Vorrang. Dafür müssen wir die fachlichen Experten – die Förderpädagoginnen und -pädagogen - deutlich stärken.
- Wir sehen die Notwendigkeit, eine Aus- und Weiterbildungsoffensive im Bereich inklusive Bildung. Wir wollen mehr Aus- und Weiterbildung der sonderpädagogischen Fachkräfte und zusätzliche, kurzfristige Fortbildungsangebote für alle Lehrkräfte entsprechend den verschiedenen Förderbedarfen der Kinder. Hierfür werden wir die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Wir wollen verpflichtende Weiterbildungen zu inklusiver Schulpraxis als Bestandteil der Arbeit an allen Schulen.
- Wir werden prüfen, ob die Schulträger bei der Qualifizierung von Integrationshelfern finanziell und organisatorisch unterstützt werden können.
- Wir wollen die Förderpädagoginnen und -pädagogen im gemeinsamen Unterricht, in ihrer Aufgabe als Experten für besondere Förderbedarfe unterstützen. Sonderpädagogische Fachkräfte sollten nicht für Vertretungsstunden eingesetzt werden. Die Ermöglichung der multiprofessionellen Zusammenarbeit zwischen Förderpädagoginnen und -pädagogen, Lehrkräften und weiteren Beteiligten ist für eine gelingende Inklusion unabdingbar.

Schule zukunftsfähig gestalten und gutes Lernen stärken

Thüringen besitzt eine große Vielfalt an Schulen, die allen Schülerinnen und Schülern einen Weg in die Berufsausbildung oder zum Studium eröffnet. Die Thüringer Abiturientinnen und Abiturienten gehören bundesweit zu den Besten. Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden weiterhin alle Anstrengungen unternehmen um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich jedes einzelne Kind so bilden kann, dass es sich selbstbestimmt und verantwortungsvoll in der Welt bewegen kann. Für uns steht jedes einzelne Kind im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik. Wir wollen weiterhin mit allen

Beteiligten auf Augenhöhe über die Gestaltung zukunftsfähiger Schule im 21. Jahrhundert diskutieren und die Wege dorthin im gemeinsamen Dialog erarbeiten.

- Wir wollen für jede Schülerin und jeden Schüler einen aussagekräftigen Schulabschluss, der das von ihnen Gelernte entsprechend dokumentiert. Damit erleichtern wir den Übergang in eine Ausbildung. Wir wollen Bildungsnachteile bei jedem Kind früh und nachhaltig ausgleichen, indem wir die bewährten Förderprogramme fortsetzen, Schulen in sozialen Brennpunkten mit mehr Personal stärken und die berufliche Orientierung intensiv begleiten. Wir werden ein Landesprogramm „Schulabschluss“ durchführen, in dem die bewährten Komponenten Praxisklassen und Individuelle Abschlussphase mit Formen des praxisintegrierten Lernens an allen weiterführenden Schularten in der Fläche implementiert wird. Die personellen Ressourcen und die Art des Unterrichtes sollen so gestaltet werden, dass sie den individuellen Bedürfnissen der Kinder Rechnung tragen. Keine Schülerin und kein Schüler soll ohne individuellen Abschluss bleiben, dass ist das Ziel unserer linken Bildungspolitik.
- Wir gehen davon aus, dass die einzelne Schule am besten auf ihre Schülerinnen und Schüler eingehen und sie auf ein selbstbestimmtes Leben in der demokratischen Gesellschaft vorbereiten kann, wenn sie auch selbst eigenverantwortlich und demokratisch arbeitet. Wir werden deshalb die Mitbestimmung Aller an Schule Beteiligten weiterhin stärken. Gleichzeitig wollen wir die Schulen bei der Weiterentwicklung ihre Konzepte und Methoden unterstützen und nehmen hierfür die bewährte externe Evaluation durch qualifizierte und freigestellte Kolleginnen und Kollegen wieder auf.
- Wir sehen die Notwendigkeit, die Arbeit aller pädagogischen Professionen in und außerhalb der Schulen, der Schulverwaltung und der Schulämter besser zu vernetzen. Wir wollen Abstimmungsdefizite zwischen den verschiedenen Aufgabenträgern beseitigen. Wir wollen Modellprojekte initiieren die es möglich machen, dass Schulämter, Schulverwaltungsämter und Schulen enger miteinander zusammenarbeiten und so die Steuerung von Schule optimiert wird.
- Wir werden das Thüringer Landesprogramm „Schulsozialarbeit“ ausbauen, um an jeder Schule Schulsozialarbeit zu ermöglichen. Damit können Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter Kindern in Krisen besser beistehen und an den Schulen eine angstfreie Atmosphäre fördern.
- Wir wollen die Qualität des Unterrichts weiter verbessern und stellen das individuelle Lernen in den Mittelpunkt. Dieser Anspruch reicht vom gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogische Bedarfe, den wir weiter ausbauen werden, bis zur vollen Durchlässigkeit der Schulformen und dem von uns angestrebten flächendeckenden Angebot an Gemeinschaftsschulen.
- Das häusliche Lernen während des Lockdowns im Frühjahr 2020 hat ein Schlaglicht auf die digitale Bildung geworfen. Es ist notwendig, dass wir die Digitalisierung unserer Schulen technisch und inhaltlich fortsetzen, wobei für uns digitale Technik kein Selbstzweck ist. Auch in der pädagogischen Zukunft stehen immer das Kind und die pädagogische Beziehung zu seinen Lehrerinnen und

Lehrern im Mittelpunkt. Deshalb werden wir ein sinnvolles digitales Unterrichten fördern, indem wir die Lehrkräfte fortbilden und gute digitale Inhalte bereitstellen. Außerdem muss es darum gehen, die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen, um sie zu einem kritischen und selbstbestimmten Umgang mit den medialen Entwicklungen zu befähigen.

- Wir werden die Schulgebäude nicht nur digitalisieren, wir wollen sie auch für den gemeinsamen Unterricht ertüchtigen und „virenfest“ umgestalten. Um dies zu vereinfachen, streben wir die „Schule aus einer Hand“ an: Wir möchten künftig Unterrichtsinhalte, Personalverantwortung, Schulbauförderung und die Aufsicht über die Schulträger im Bildungsministerium bündeln.
- Thüringen kann den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule bereits heute gut umsetzen. Diese Betreuung erfolgt bisher in offenen Ganztagsschulen. Wir möchten den Schultag künftig individueller gestalten und rhythmisieren; dafür sollen mehr Grundschulen im Ganztagsbereich teilgebunden und gebunden arbeiten. Die Erzieherinnen und Erzieher können dann 100% (vollbeschäftigt) arbeiten.

Eine große Herausforderung bleibt das Schulnetz, das wir an die demografische Entwicklung anpassen müssen, ohne dass der ländliche Raum verliert. Hier setzen wir weiterhin auf Dialog und Freiwilligkeit und wollen die Anreize für Schulkooperationen stärken.

Für eine enge Kooperation der Schulen in freier Trägerschaft mit den staatlichen Schulen

Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Teil des Thüringer Schulwesens, dass durch die verfassungsgesetzlichen Vorgaben gesichert ist. Sie können für das gesamte Schulwesen wichtige

inhaltliche Impulse geben und sie leisten mit einem Anteil von rund 10 Prozent der Thüringer Schülerinnen und Schüler einen Beitrag, um jungen Menschen ihren Weg ins Leben zu ebnen.

- Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen den gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern eingeschlagen Weg der besseren Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft und der Entbürokratisierung ihrer Tätigkeit fortsetzen und die von uns eingeführte Finanzausstattung inklusive einer Anpassung um 1,9 Prozent jährlich fortführen.
- Wir wollen die Kooperation zwischen staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft verstärken. So könnten Schulen untereinander Lehrerinnen und Lehrer tauschen, um die Weitergabe von Ideen und Erfahrungen zu erleichtern. Zudem soll erreicht werden, dass sowohl bei der Unterrichtsabsicherung als auch beim Umgang mit Inklusion und Vielfalt die vorhandenen Aufgaben in einer Region durch die angesiedelten Schulen gemeinsam erfüllt werden. Die von uns angestrebte Kooperation zwischen staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft soll vor allem den Schülerinnen und Schüler nützen. Mit ihr findet die Tatsache Anerkennung, dass beide Bereiche des Schulwesens zu ihrer Aufgabenerfüllung

wesentlich staatlich finanziert sind.

- Wir werden darauf drängen, dass die bestehenden Bestimmungen zur Lehrkräfteentlohnung von den Schulen in freier Trägerschaft eingehalten werden.

Die berufliche Ausbildung stärken

Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen gemeinsam mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren die Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung in Thüringen verbessern. Das betrifft die Lernverhältnisse der Auszubildenden im Betrieb und an der Berufsschule, die zurückzulegenden Wege und eine soziale Absicherung, die die Abhängigkeit von den Eltern oder von aufreibenden Nebentätigkeiten beendet. Die Auszubildenden waren und sind von den Einschnitten durch die Pandemie besonders betroffen. Zur Stärkung ihrer Position wollen wir ihre Mitbestimmungsrechte ausbauen und die Einrichtung eines Auszubildenden-Werks prüfen. Wir streiten weiterhin für eine Mindestausbildungsvergütung von 1.050 Euro.

- Wir werden Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen bei ihrer Arbeit in den Unternehmen und Demokratie- und Mitbestimmungsprojekte an den Berufsschulen besonders unterstützen.
- Wir wollen die bisherige Schlechterstellung von Auszubildenden beim Bildungsurlaub überwinden und auch ihnen pro Jahr fünf statt drei Tage gewähren.
- Wir werden uns dafür einsetzen, gemeinsam mit Kommunen, Kammern und Unternehmen das von uns eingeführte Azubi-Ticket in Thüringen vollständig flächendeckend und für die Auszubildenden finanziell attraktiv zu gestalten. Für die Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufen soll der Eigenbeitrag zu den Fahrtkosten abgeschafft werden.
- Wir werden das Berufsschulnetz gemeinsam mit den Schulträgern und Verantwortlichen der beruflichen Bildung weiter fortschreiben. Wir wollen weiterhin alle ausscheidenden Lehrkräfte an den Berufsschulen ersetzen. Dazu werden wir die Gewinnung und Ausbildung geeigneter Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger mit fachlicher Qualifizierung vorantreiben.
- Berufsorientierung darf sich nicht allein an den Interessen der Wirtschaft orientieren. Deshalb sollen Projekte zum Thema Demokratie und Mitbestimmung in der Arbeitswelt ebenso eine Förderung erhalten, wie bisher die Projekte der Arbeitgeberverbände zum Thema Schule und Wirtschaft.

Gute Schulen mit qualifizierten und motivierten Lehrinnen und Lehrern

Die Thüringer Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher leisten seit Jahren eine sehr gute fachliche Arbeit, wie bundesweite Bildungsvergleiche belegen. Aufgrund der Veränderungsprozesse im schulischen Umfeld sind zugleich die Anforderungen an sie gestiegen. Für die Bewältigung dieser Herausforderungen sagen wir, DIE LINKE. Thüringen, allen Beteiligten Danke, denn die Bildung unserer Kinder, ihre Ausbildung für ein gutes und selbstbestimmtes Leben ist Grundlage einer guten gesellschaftlichen Entwicklung. Um die gesellschaftliche Entwicklung weiter positiv zu gestalten, prüfen wir außerdem die Einführung eines neuen Unterrichtsfaches Menschenrechtsorientierung & Demokratiebildung.

Trotz der großen Anstrengungen, die wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern hinsichtlich der Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern unternommen haben, konnten wir die langfristig aufgestauten Probleme (hoher Altersdurchschnitt und über viele Jahre unter den Vorgängerregierungen und die nicht erfolgte Neueinstellung junger Lehrkräfte) nicht lösen, so dass sie sich weiterhin negativ auf die Unterrichtsabsicherung an den Schulen auswirken. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode darauf hinwirken, diesen Zustand zu beenden. Dabei geht es uns nicht um das Stopfen einzelner Löcher, sondern um eine nachhaltige und flexible Personalpolitik. Ab dem Schuljahr 2022/23 wird es mit uns ein Personalsteuerungsprogramm geben, mit dem auf Grundlage verbesserter Kenntnisse über den örtlichen Personalbedarf ein zielgenauer Einsatz der vorhandenen Personalressourcen erfolgt.

- Wir werden in der kommenden Legislaturperiode die die auch weiter aus dem Schuldienst ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrer durch entsprechende Neueinstellungen ersetzen.
- An jenen Schulen, in denen die Zahl der Schülerinnen und Schüler wächst und neue Klassen entstehen, werden wir neue Stellen schaffen. Einstellungen in den Schuldienst sollen grundsätzlich unbefristet erfolgen. Sachgrundlose Befristungen lehnen wir ab.
- Wir werden in der kommenden Legislaturperiode unsere Bemühungen fortsetzen, mehr Menschen für den Lehrerberuf in Thüringen zu gewinnen. Dazu werden wir die Einstellungsverfahren optimieren, die Lehrergewinnungskampagne fortsetzen, die Beratung und Einstellung von Quer- und Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern verstärken und die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schularten weiter verbessern, um die Lehrkräfte flexibler einsetzen zu können. Wir wollen Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund aktiv für den Lehrerberuf werben. Für Menschen mit ausländischen Berufskenntnissen soll die Anerkennung vereinfacht werden, bei Bedarf schaffen wir ein Angebot für Nachqualifizierungen.
- Wir werden die begonnene Beschleunigung der Einstellungsverfahren in den Schuldienst fortsetzen. Mit frühzeitigen Einstellungszusagen wollen wie die Kooperation zwischen angehende Lehrerinnen und Lehrer mit ihren zukünftigen Einsatzschulen in der Ausbildungszeit unterstützen. Hierzu haben wie in den Schulämtern durch eine entsprechende personelle Verstärkung die Voraussetzungen geschaffen. Gemeinsam mit den Schulträgern wollen wir einen Maßnahmenkatalog erörtern und umsetzen, um den Einsatz junger Lehrkräfte im ländlichen Raum besonders unterstützen. Wir werden bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrer noch stärker auf ihre Wünsche der Lehrerinnen und Lehrer eingehen. Das umfasst unter anderem die Möglichkeit von Teilzeit-Referendariaten, eine frühzeitige Information über angenommene oder abgelehnte Bewerbungen und zielgerichtete Angebote an einzelne Bewerberinnen und Bewerber. Alle in Thüringen für den Lehrerberuf ausgebildeten Lehrkräfte werden ein Angebot für eine Stelle in Thüringen erhalten.

- Wir werden mit einem aktiven Gesundheitsmanagement und dem Abbau von Bürokratie der Beruf der Lehrerin und des Lehrers attraktiver machen. Wir wollen nach den Regelschullehrern auch die Lehrkräfte an den Grundschulen an die bessere Bezahlung der Gymnasiallehrkräfte heranführen und ebenfalls in der Besoldungsgruppe A13 anschließen.

Die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrern weiterentwickeln

Die moderne und praxisorientierte Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist ein wichtiger Faktor für die Schulqualität in Thüringen. Inklusion, Digitalisierung, eine gestiegene Heterogenität der Schülerinnen und Schüler und die zunehmenden gesellschaftlichen Konflikte und ihre Bewältigung im Schulalltag beschreiben die gewachsenen Ansprüche an den Beruf.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen aufbauend auf dem Bericht der Expertenkommission »Zukunft Schule« eine umfassende Reform der Thüringer Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern auf den Weg bringen. Sie soll in der Entwicklungsplanung der Hochschulen und in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen verankert werden.

- Wir wollen die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen anstelle der bisherigen Schulartbezogenen auf eine Schulstufenbezogene umstellen, um längeres gemeinsames Lernen und die Stärkung der Gemeinschaftsschule zu ermöglichen. Wir sehen die Notwendigkeit, die didaktische und pädagogische Ausbildung zu verbessern. Moderne Lehr- und Lernformen zur Stärkung der Medienkompetenz und zur Demokratisierung von Schule und Unterricht sind dabei ebenso wichtig wie Grundlagenwissen in den einzelnen Themenbereichen. Anstelle starrer Fachkombinationsvorschriften wollen wir Lehramtsstudierende mit einer deutlich verbesserte studienbegleitende Beratung bedarfsgerecht gewinnen und unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Übergänge zwischen den Phasen der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer besser gestalten und durch einen intensiveren Austausch eine phasenübergreifende Bildung ermöglichen.
- Wir werden Lehramtsstudierenden sowie Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern zum Erwerb zusätzlicher Kompetenzen (Elternarbeit) mehr Freiräume anbieten. Für Lehrkräfte in der Fort- und Weiterbildung wollen wir die Freistellungsregelungen deutlich verbessern. Schulart- und fachübergreifende Weiterbildungsmöglichkeiten werden wir verbessern.
- Wir werden die Hochschulen bei der kooperativen und standortübergreifenden Ausbildung von Lehrkräften in Thüringen unterstützen. Insbesondere am Standort Erfurt wollen wir die Lehramtsausbildung für das Berufsschullehramt ausbauen. Mit allen Beteiligten der Lehrerinnen- und Lehrerbildung wollen wir ein landesweites Bildungszentrum aufbauen und Lehre, Forschung und Ausbildung im Bereich des Lehramtes zukunftsfähig aufstellen.
- Wir werden die Lehrkräfte bei der Verankerung einer menschenrechtsorientierten und rassismus- wie diskriminierungskritischen Lehr- und Lernkultur unterstützen. Hierzu werden die Lehr- und Lernmaterialien auf rassistische und diskriminierende Inhalte überprüft und ein Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsmonitoring im Bildungsbereich eingerichtet, um bestehende

Barrieren sichtbar zu machen. Wir werden Anlaufstellen für Opfer von Rassismus und Diskriminierung in den Bildungseinrichtungen schaffen und Angebote zu deren Empowerment anbieten.

Lebensbegleitend Lernen – Erwachsenenbildung weiter stärken

Unser Alltag ist komplexer geworden. Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der letzten Jahre und der Wandel in der Arbeitswelt stellen uns alle vor Herausforderungen. Die Erwachsenen- und Weiterbildung hat eine besondere Rolle, um unter diesen Bedingungen die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen garantieren zu können. Die Erwachsenenbildung trägt mit den Bildungsangeboten in Politik, Gesundheit, Kultur, Sprache und Arbeit sowie in der Grundbildung und Alphabetisierung dazu bei, dass Menschen sich nach ihren Bedürfnissen und Wünschen entwickeln können. Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind mehr als außerschulische Orte, an denen Zertifikate erworben werden können. Sie sind Begegnungsorte und verbinden Menschen unterschiedlicher Herkunft.

- Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden auch in den kommenden Jahren lebensbegleitendes Lernen möglich machen und die Erwachsenenbildung stärken. Wir wollen das Bildungsfreistellungsgesetz für mehr Beschäftigte öffnen und entsprechend die Möglichkeiten der Arbeitgeber zur Verhinderung einer Teilnahme an den Maßnahmen der Bildungsfreistellung einschränken. Auch in kleinen Betrieben soll es einen Anspruch geben – und auch Auszubildende sollen mindestens fünf Tage Bildungsfreistellung pro Jahr wahrnehmen können.
- Wir wollen „Gute Arbeit“ zum Standard in der Erwachsenenbildung machen und ihren Einrichtungen hierzu finanziell besser ausstatten. Wir werden zudem Möglichkeiten für Bildungskarenzzeiten prüfen, um Menschen die Möglichkeit zu geben, sich ohne finanzielle Einbußen, längere Zeit einer Weiter- oder Umqualifizierung zu widmen.
- Wir werden die Einrichtungen beim Abbau von Barrieren und beim Ausbau digitaler Bildungsangebote weiter finanziell und dauerhaft unterstützen. Die Integrations- und Sprachprojekte wollen wir weiter fortführen.
- Wir werden Bildungsangeboten zu Demokratie und zur menschenrechtsorientierten Bildungsarbeit eine langfristige Finanzierungsperspektive geben. Die Mittel dafür im Landeshaushalt werden wir weiter erhöhen und langfristig bereitstellen.
- Wir wollen die Einrichtungen der Erwachsenenbildung dabei unterstützen, dezentrale Angebote insbesondere im ländlichen Raum auszubauen, um den Zugang zu erleichtern. Dazu wollen wir die Mittel für die Digitalisierung verstetigen und auch Modellprojekte für mobile Bildungsangebote fördern.

Hochschulen für ein zukunftsfähiges sozial-ökologisches Thüringen voranbringen

Die Hochschulen und Universitäten sind ein zentraler Bestandteil der Thüringer Bildungslandschaft. Gemeinsam mit zahlreichen Forschungseinrichtungen setzen sie wichtige Impulse für die Entwicklung Thüringens und darüber hinaus. Die Hochschulen und Universitäten sind aber nicht nur der Antrieb für Innovationen, sondern auch Lehr-, Lern- und Lebensorte für ca. 50 000 Studierende und Wirkungsstätten von knapp

20 000 Beschäftigte und Tätige in der Lehre. Sie alle gestalten Hochschulen in Thüringen.

Wir, DIE LINKE. Thüringen sehen in den Hochschulen offene, soziale, global nachhaltige und demokratische Einrichtungen, an denen Lehre und Forschung sich frei und unabhängig entwickeln können müssen. Das bedeutet auch, sich den Angriffen auf die Wissenschaftsfreiheit durch Verschwörungserzählerinnen und -erzählern sowie der extremen Rechten immer und überall entgegenzustellen.

Wir werden die Finanzierung der Hochschulen weiter sichern. Wir haben die Grundlage dafür gelegt, dass zusätzlich 302 Millionen Euro bis 2025 für die Hochschulen bereitstehen. Das wollen wir langfristig fortsetzen. Gute Lehr- und Lernorte brauchen ein Dach über dem Kopf. Wir wollen deshalb einen Investitionsplan „Hochschulbau 2030“ mit den Hochschulen auf den Weg bringen. Wir werden uns auch auf der Bundesebene für ein Hochschulbauprogramm einsetzen, um den entstandenen Sanierungsstau abbauen zu können.

Gute Lern- und Studienbedingungen an den Thüringer Hochschulen garantieren

Die Attraktivität einer Hochschule ist für Studierende im Wesentlichen von den Studienbedingungen abhängig. Sie müssen die Chance haben, ihre Hochschule mitzugestalten. Auch die soziale Infrastruktur und Beratungsangebote müssen sichergestellt sein – von Wohnheimen über Mensen bis hin zum kostengünstigen Studi-Ticket. So lassen sich die finanzielle Belastung der Studierenden geringhalten und gute Studienbedingungen gewährleisten. Die Corona-Pandemie hat dies mehr denn je unter Beweis gestellt. Der Bund hat die Studierenden mit lächerlich kleinen Soforthilfen und Schuldenbergen zurückgelassen.

- Wir werden deshalb auf der Bundesebene eine grundlegende Reform der Studienfinanzierung initiieren. Nur so können die Hochschulen sozial und offen gestaltet werden. Wir setzen uns im Bund für eine grundlegende Reform des BAföG ein. Wir wollen eine elternunabhängige und armutssichernde Ausbildungsförderung in Höhe von 1.050 Euro für alle.
- Wir werden, um kurzfristig pandemiebedingte Studienabbrüche zu vermeiden und Studierende zu unterstützen, den Härtefallfond für Studierende zusammen mit dem Thüringer Studierendenwerk ausbauen. Damit das Studierendenwerk auf sicheren Füßen steht, wollen wir den Bund mit einem Hochschulsozialpakt in die Pflicht nehmen, die Länder bei der Finanzierung der Studierendenwerke zum Ausbau der sozialen Infrastruktur zu unterstützen.
- Wir werden in Thüringen alle Mittel nutzen, um die finanzielle Situation der Studierenden zu verbessern. Wir wollen Langzeitstudiengebühren und weitere studienrelevante Gebühren abschaffen und die entstehenden Einnahmeverluste der Hochschulen durch Landesmittel ausgleichen. Wir wollen eine Lernmittelpauschale einrichten, mit der alle Studierenden im ersten Semester die notwendigsten Lehr- und Lernmaterialien beschaffen können.

Gute Arbeit in der Wissenschaft zum Dauerzustand machen

Der Alltag der Beschäftigten und Tätigen an den Hochschulen ist oft geprägt von

Unsicherheit und einem erheblichen Leistungsdruck im Wettbewerb um externe Forschungsgelder. Dies schadet auch der wissenschaftlichen Leistung. Nur wenn alle an Hochschulen Arbeitenden Planungssicherheit, Karriereperspektiven und ausreichend Zeit haben, trägt dies dazu bei, Lehre und Forschung zu stärken, Studienbedingungen zu verbessern sowie Wissenschaft zu betreiben, die ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht werden kann.

- Wir wollen neben einer Rahmendienstvereinbarung auch einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an den Hochschulen, der einen Mindestlohn, Mindestvertragslaufzeiten sowie Rechte und Pflichten verbindlich regelt. Zudem sollen Lehrbeauftragte und Honorarkräfte durch Personalräte vertreten werden können.
- Wir stehen zum Prinzip Dauerstellen für Daueraufgaben. Die Rahmenvorgaben für „Gute Arbeit“ an den Hochschulen werden wir auf ihre Wirkung hin prüfen. Wir plädieren für alternative Karrierewege als dauerhaft beschäftigte Hochschullehrende jenseits der Professur. Gemeinsam mit den Hochschulen, Personalräten und Gewerkschaften wollen wir Lösungen für Personalkategorien neben der Professur in Thüringen finden und rechtlich verankern. Lehrbeauftragte sollen ausschließlich für den Wissenstransfer aus der Praxis an den Hochschulen angestellt werden. Wir werden Schlupflöcher zum missbräuchlichen Einsatz schließen und noch bessere Möglichkeiten zur Mitwirkung der Lehrbeauftragten in den Hochschulgremien schaffen.
- Wir wollen mehr Doktorandinnen und Professorinnen sowie mehr Frauen in Führungspositionen an den Thüringer Hochschulen. Wir werden die gesetzlichen Fortschritte in diesem Bereich unter Rot-Rot-Grün mit weiteren Maßnahmen unterstützen und fordern die Umsetzung des Kaskadenmodells, wonach sich höherrangige Ebenen an dem Frauenanteil der unteren Ebenen orientieren müssen.
- Für jede Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) muss gelten »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Deshalb wollen wir die Angleichung der Lehrverpflichtung von LfbAs an Fachhochschulen an die ihrer Universitätskolleginnen und -kollegen.
- Im Bund setzen wir uns in der Konferenz der Kultusminister/innen (KMK) dafür ein, dass die Rahmenvorgaben für die Lehrverpflichtung den gestiegenen Anforderungen an Lehrende an den Hochschulen angepasst werden. Im Bundesrat wollen wir eine Reform anschieben, mit der wir das Befristungsunwesen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes beenden. Wir brauchen ein Wissenschaftsqualifizierungsgesetz im Bund, das Karriereperspektiven schafft und nicht verbaut.

Verantwortungsvolle Wissenschaft und Forschung für die Gesellschaft

Die Hochschulen in Thüringen sind Orte der Forschung und Innovation – vor allem im Zusammenwirken mit außeruniversitären Instituten. Als öffentliche Einrichtungen tragen sie Verantwortung für die Grundlagenforschung und für eine an den gesellschaftlichen Herausforderungen orientierte Forschung. Das Einwerben vorrangig wettbewerblich organisierter und vergebener Forschungsmittel bindet zu viel Zeit, die für Forschung und Lehre fehlt. Diese Art der Finanzierung trägt durch kurze

Vertragslaufzeiten zur Unsicherheit vieler Beschäftigungsverhältnisse bei. Auch in Thüringen stehen wir vor grundlegenden Umwälzungen. Unsere Antwort ist ein sozial-ökologischer Wandel. Den wollen wir mit und an den Hochschulen vorantreiben.

- Wir wollen in Thüringen Forschung und Lehre zur gesellschaftlichen Entwicklung und Transformation etablieren, um zeitgemäße und global nachhaltige Antworten auf neue Herausforderungen zu erhalten. Dazu wollen wir eine Nachhaltigkeitsstrategie mit allen Akteurinnen und Akteuren der Thüringer Hochschullandschaft gemeinsam entwickeln. Wie bereits in anderen Bundesländern soll dazu ein Netzwerk „Nachhaltige Hochschulen“ auch in Thüringen entstehen. Ein Leitbild einer nachhaltigen Hochschule in Forschung, Lehre, Betrieb und Hochschulgovernance soll so breit verankert werden und auch im Thüringer Hochschulgesetz Eingang finden.
- Wir wollen einen Lehrstuhl einrichten, der sich mit den Themen Kolonialismus, Migration, Flucht und Rassismus befasst. Dieser soll sich insbesondere mit deren Rolle im und Auswirkungen auf das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische System beschäftigen.
- Wir unterstützen die Initiative zur Neugründung eines interdisziplinären Holbein-Instituts an der FSU Jena und wollen eine direkte institutionelle Förderung durch das Land Thüringen erreichen, um die Auseinandersetzung der Hochschulen mit dem Thema geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zu intensivieren.
- Für die sozial-ökologischen Herausforderungen braucht es entsprechende Forschung und Beratung. Wir wollen daher an einer Thüringer Hochschule eine Professur für Plurale Wirtschaftswissenschaft (Heterodoxe Ökonomie) und ein entsprechendes Forschungs- und Beratungsinstitut schaffen, um der neoklassischen Lehre und dem neoliberalen Mainstream in den Wirtschaftswissenschaften Denken, Forschung und Lehre vielfältigeren Zuschnitts zur Seite zu stellen. Dazu gehören ausdrücklich auch (post-)keynesianisches, marxistische, ökologische und feministische Wirtschaftstheorien.
- Wir setzen uns für eine qualitative Weiterentwicklung der Fachhochschulen ein, um die Thüringer Wissenschaftslandschaft zu stärken. Wichtig ist es insbesondere, das Fächerspektrum zu erweitern und Forschung, Nachwuchsentwicklung und Lehre auszubauen. Wir wollen den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und den Fachhochschulen in Thüringen das Promotionsrecht geben und durch eine Förderung für den wissenschaftlichen Mittelbau die Forschung auch dort weiter stärken.
- Wir setzen uns im Bundesrat für ein Urheberrecht ein, das einen offenen Zugang zu wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Publikationen garantiert – sowohl für Lehrende und Studierende als auch weitere Interessierte. Wir wollen an den Hochschulen in einem Modellprojekt fördern und erproben, wie öffentliche Publikationen unabhängig von Verlags- und Lizenzstrukturen gelingen können, um den wissenschaftlichen Anspruch der Autonomie privatwirtschaftlichen Interessen zu entziehen.

Antrag A-3/ÄA-1: Änderungsantrag zu A-3

Änderungsantrag zu A-3

Antragsteller/in:	Steffen Thormann (KV Unstrut-Hainich-Kreis · Nr. 112), Martin Heucke (KV Nordhausen · Nr. 75), Tim Rosenstock (Linksjugend [`solid] · Nr. 147)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 223 - 227

- ~~Wir werden uns dafür einsetzen, gemeinsam mit Kommunen, Kammern und Unternehmen das von uns eingeführte Azubi-Ticket in Thüringen vollständig flächendeckend und für die Auszubildenden finanziell attraktiv zu gestalten. Für die Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufen soll der Eigenbeitrag zu den Fahrtkosten abgeschafft werden.~~

Antrag A-3/ÄA-2: Änderungsantrag zu A-3

Änderungsantrag zu A-3

Antragsteller/in:	Ulrike Grosse-Röthig, BO Innen[Stadt] Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), Hubert Krüger (Nr. 204), Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 42 - 48

~~Alle Kinder haben einen Anspruch darauf, durch gute Bildung die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten. In Thüringen gehen fast alle Kinder in den Kindergarten und werden dort bis zu 10 Stunden täglich von Fachkräften verlässlich betreut. Den Betreuungsanspruch für Kinder und Eltern und den hohen Thüringer Fachkräfte-Standard werden wir weiterhin erfüllen. Bis zum Jahr 2025 wollen wir die vollständige Beitragsfreiheit in Thüringen umsetzen und die Qualität der Thüringer Kindergärten weiter verbessern.~~

Alle Kinder haben einen Anspruch darauf, durch gute Bildung die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten. In Thüringen gehen fast alle Kinder in den Kindergarten und werden dort bis zu 10 Stunden täglich von Fachkräften verlässlich betreut und gebildet. Den Bildungs- und Betreuungsanspruch für Kinder und den hohen Thüringer Fachkräfte-Standard werden wir weiterhin erfüllen. Bis zum Jahr 2025 wollen wir die vollständige Beitragsfreiheit in Thüringen umsetzen und die Qualität der Thüringer Kindergärten weiter verbessern.

Begründung

Die Thüringer Kindergärten sind gerade nicht nur Betreuungs- sondern auch Bildungseinrichtungen „senken“ selbsterklärend.

Antrag A-3/ÄA-3: Änderungsantrag zu A-3

Änderungsantrag zu A-3

Antragsteller/in:	Ulrike Grosse-Röthig, BO Innen[Stadt] Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), Hubert Krüger (Nr. 204), Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 52

49 • Wir haben während der Zeit des Corona-Lockdowns im Frühjahr dafür gesorgt, dass
50 die Elterngebühren durch das Land übernommen und die Bezüge der Erzieherinnen
51 und Erzieher voll weitergezahlt wurden. Dort, wo die Träger Kurzarbeitergeld
52 entschieden hatten, haben wir dieses aus Landesmitteln aufgestockt.

- Wir wollen bis 2025 die Schaffung eines Instituts zur Förderung der Qualität in den Kindergärten und Krippen in Thüringen.

Begründung

Thüringen sollte Vorreiter sein und Vorbild in der Qualität der Kindergärten.

Kindergärten sind Orte des Lernens, der Entwicklung und des Wachsens. Darüber war sich Friedrich Fröbel mit seiner innovativen Idee in Thüringen schon vor 150 Jahren im Klaren.

In der Gegenwart werden Kindergärten vor sehr viel komplexere Aufgaben gestellt als noch zur Zeit Friedrich Fröbels. Fachkräftemangel, wachsende soziale Herausforderungen und nicht zuletzt auch Situationen wie die weltweite Corona-Pandemie müssen im Alltag bewältigt werden. Gleichzeitig bieten Wissenschaft und Forschung Ansätze, die ihren Einfluss in Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher finden sollten. Allein der Fokus auf eine Verbesserung der Personalschlüssel bietet keine Antwort auf Zukunftsfragen von Qualität und demographischem Wandel.

Thüringen braucht einen Ort, an dem die Kompetenz gebündelt und in die Praxis transportiert wird.

Konkrete Unterstützung von Kindergärten und Krippen bei der qualitativen Weiterentwicklung, Weiterbildung und die weitere Professionalisierung des Feldes der frühkindlichen Bildung sollen hier angesiedelt sein. Neben der Aufbereitung von aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Modellkonzepten und deren Transfer sollen insbesondere die praktischen Herausforderungen und deren Bewältigungsmöglichkeiten im Alltag im Mittelpunkt der Arbeit des zu schaffenden Institutes stehen. Die Erzieherinnen und Erzieher, die Leiterinnen und Leiter, die Träger von Kindertageseinrichtungen und nicht zuletzt Politik sollen einen Anlaufpunkt erhalten, welcher auf höchstem wissenschaftlichen Niveau Unterstützung und Antworten auf die Fragen bietet, die den Alltag in den Kindergärten beherrschen.

Antrag A-3/ÄA-4: Änderungsantrag zu A-3

Änderungsantrag zu A-3

Antragsteller/in:	Christian Schaft (MdL · Nr. 240)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 402

398 • Wir werden deshalb auf der Bundesebene eine grundlegende Reform der
399 Studienfinanzierung initiieren. Nur so können die Hochschulen sozial und offen
400 gestaltet werden. Wir setzen uns im Bund für eine grundlegende Reform des BAföG
401 ein. Wir wollen eine elternunabhängige und armutssichernde Ausbildungsförderung
402 ~~in Höhe von 1.050 Euro~~ für alle.

Begründung

Die Zahl ist nicht mehr aktuell, da sich auch die Höhe des Bedarfs zur finanziellen Deckung des armutssicherenden Existenzminisums stetig verändert. Auch in der BAG Wissenschaft haben wir mit Blick auf das Bundestagswahlprogramm daher davon abgesehen, die konkrete Summe im Wahlprogramm für die Bundestagswahl zu verankern. Mit dem Hinweis auf eine Forderung nach armutssichernder Ausbildungsförderung, ist dem Ansinnen an sich auch zu Genüge Rechnung getragen

Antrag A-4: Landtagswahlprogramm Kapitel 4

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Kultur für alle

Kunst, Kultur sind ein wichtiger Teil gesellschaftlichen Lebens und der Grundversorgung. Sie sorgen für Begegnungen mit Menschen und Ideen, fördern den Austausch, provozieren und spiegeln und fordern die Beobachterinnen und Beobachter heraus, sich mit gesellschaftlichen Themen, auch aus anderen Perspektiven, auseinander zu setzen. Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen mit Beginn der Corona-Pandemie unseren Schwerpunkt auf die finanzielle Unterstützung und Absicherung von Institutionen und vor allem all jener Menschen in Thüringen gelegt, die diesen Anspruch tagtäglich mit Leben füllen. Insbesondere der Kunst- und Kulturbereich zahlt derzeit einen hohen Preis für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, denn allzu oft wird bei sogenannten freiwilligen Leistungen wie Kunst und Kultur zuerst der Rotstift angesetzt.

Corona und die damit verbundenen Einschränkungen öffentlichen Lebens und persönlicher Freiheiten haben die Unverzichtbarkeit von Kunst und Kultur erneut unterstrichen - und gleichzeitig deren Verletzlichkeit offenbart. Die Pandemie hat vor allem Kunst- und Kulturschaffende schwer getroffen. Auf der einen Seite sind Selbstständigen die Aufträge und damit die Einnahmen komplett weggebrochen und auf der anderen Seite ist ihnen die künstlerische Daseinsberechtigung entzogen, da keine oder kaum noch Veranstaltungen stattfinden.

Im Bereich der Kunst und Kultur gibt es die vielfältigsten Berufe, die alle auf der Rezeption und der Veranstaltung von Kultur aufgebaut sind. Die Künstlerinnen und Künstler selbst, aber auch die Technikerinnen und Techniker, Agentinnen und Agenten, Veranstalterinnen und Veranstaltern bis hin zu Caterern.
All diese Menschen bilden einen wichtigen Teil unserer Möglichkeit an Kunst und Kultur teilzuhaben. Sie gilt es in dieser Situation zu unterstützen.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen dafür ein, dass die Kunst- und Kulturschaffenden mit ihren Entbehrungen nicht alleingelassen werden, sie nicht auf ihren Verlusten sitzen bleiben und sie gestärkt aus diesem Tal herauskommen können.
Wie ein stabiles Theater stützt sich unsere Kunst- und Kulturpolitik dabei auf vier Eckpfeiler:

Eckpfeiler Kultur als öffentliche Daseinsvorsorge - auch und gerade in Krisen

Kultur geht alle an, weil sie in Jeder und Jedem steckt und für alle da ist. Sie ist lebendig, widersprüchlich, unangepasst, vielfältig, inspirierend und nicht

wegzudenken. Sie fordert zum Nachdenken, Innehalten und Meinung bilden auf. Kunst und Kultur stecken in jedem Ort, in jedem Menschen und jedem von Menschen gemachten Objekt. Burgen, Schlösser, Museen, Heimatstuben, Denkmäler, Theater und freie Theatergruppen, Festivals, Orchester, Chöre und Musik- und Kunstschulen nicht nur auf professioneller, sondern auch und gerade im Freizeitbereich – sind nur einige Beispiele für das lebendige Kulturleben in Thüringen und dem Ausdruckswillen vieler Thüringerinnen und Thüringer.
Und gerade weil in allem Kultur und Kunst steckt, braucht es vielfältige und autonome Räume, Experimentierfelder und Refugien, um neue Impulse für ein erweitertes Welt- und Gesellschaftsverständnis zu leben und zu schaffen.

- Wir werden deshalb den ticketfreien Zugang zu kulturellen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche und einen Kulturpass fördern, um Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu kulturellen Angeboten zu erleichtern.
- Wir werden die Lücken zum Flächentarifvertrag endlich schließen und verpflichtend Honorarzahlungen auf tariflicher Grundlage für freie Kunst- und Kulturschaffende festschreiben, damit die Selbst- und Fremdausbeutung unterbunden und eine soziale Absicherung gegeben ist.
- Wir wollen die Bestände von Museen und Archiven auf Raubkunst der NS-Zeit und kolonialem Erbe überprüfen lassen und dazu die Provinienzforschung stärken, ihre Herkunft klären und uns mit der Herkunftsregion über den weiteren Verbleib austauschen.
- Wir werden verstärkt in Digitalisierung und die kulturelle Ausgestaltung öffentlicher Bibliotheken und Museen investieren, um mehr Menschen für diese Angebote zu begeistern und einen einfachen Zugang zu gewährleisten.
- Wir wollen das Vergnügungsverbot an stillen Feiertagen abschaffen.

Eckpfeiler kulturelle Bildung als Methode, die Welt zu verstehen

Schulische und außerschulische kulturelle Bildung sind ein wichtiger Bestandteil, um zu verstehen woher die Welt, in der wir leben, kommt und wohin wir gehen. Oft sind künstlerische Darstellungen durch Bildende oder Performative Kunst, unsere einzigen Überlieferungen. Sie unter den heutigen gesellschaftlichen Gesichtspunkten neu zu entdecken, zu betrachten, sich an ihnen zu erfreuen und mit ihnen zu arbeiten, hilft uns zu verstehen wer wir als Gesellschaft und als Menschheit sind.
Thüringen ist voll von solchen Schätzen mit unschätzbarem Wert. Sie bereichern das Leben der Menschen hier und geben wichtige Impulse für unsere vielfältige Kulturlandschaft, damit diese sich weiter entfalten und mit der Gesellschaft auseinandersetzen kann.

- Wir wollen Angebote für alle Altersgruppen verzahnen, besser sichtbar machen und Teilhabe Aller sicherstellen. Hierfür werden wir ein „Landeskonzept kulturelle Bildung“ in einem partizipativen Prozess erarbeiten.
- Wir wollen die Musik- und Jugendkunstschulen als Schnittstellen zwischen Bildung und Kunst mit einem Landesgesetz stärken, das Planungssicherheit und Qualitätsstandards festschreibt.

- Mit dem Kulturagentinnen und -agenten-Programm wollen wir Schulen und freie Künstlerinnen und Künstler thüringenweit in Kontakt bringen, um Hürden beim Zugang zu Kunst und Kultur zu überwinden und junge Menschen zu ermuntern, ihrer Persönlichkeit Ausdruck zu verleihen.
- Wir werden die Spielstätten- und Produktionsförderung transparent und nachhaltig verankern.
- Wir wollen mit einem Diversitäts- und Gleichstellungskonzept die wachsende kulturelle Vielfalt der Gesellschaft in den Bereichen Personal, Programm, Publikum und Zugänge besser abbilden und kulturelle Vielfalt fördern.

Eckpfeiler Breiten- und Soziokultur als Nährboden kultureller Teilhabe

Breitenkultur ist ausschlaggebend dafür, dass kulturelle Teilhabe für alle ohne Berührungsängste greifbar wird. Die vielfältigen künstlerischen, kulturellen und sozialen Projekte und Initiativen leisten einen erheblichen Beitrag für unseren sozialen Zusammenhalt und unsere Identität als Gesellschaft. Eine innovative und weltoffene Gesellschaft braucht zudem Freiräume, in denen sich die sozialen, kulturellen und politischen Interessen und Bedürfnisse aller Generationen und Schichten begegnen können. Sie leisten als Stätten der Begegnung und des ideellen Austauschs einen wichtigen Beitrag für die Akzeptanz von unausweichlichen Transformationsprozessen im ländlichen Raum und in urbanen Zentren.

- Wir werden deshalb das Projektmanagerprogramm ausweiten, die tarifliche Bezahlung sicherstellen und die Geschäftsstellen der Kulturverbände institutionell fördern. Gleichzeitig wollen wir mehr Transparenz und Einheitlichkeit hinsichtlich der Förderaspekte und diese auch mit einheitlich berufenen Fachbeiräten für Förderentscheidungen sicherstellen.
- Wir werden ein zusätzliches Produktionshaus für die freie Theaterszene schaffen, und verstärkt soziokulturelle Zentren fördern und in diese investieren.
- Wir wollen Breitenkultur und ihre Räume gezielt schützen und unterstützen.

Eckpfeiler Kulturinstitutionen als Ausdrucks- und Mitteilungsform menschlichen Denkens und Empfindens

Bibliotheken sind Bildungs- und Kulturzentren und dadurch wichtige Anziehungspunkte für Jung und Alt in den Regionen Thüringens. Unsere Theater und Orchester repräsentieren künstlerische Vielfalt in Tradition und Moderne. Unzählige kleine und große Festivals bereichern das kulturelle Leben der Thüringerinnen und Thüringer. Unsere Museen sammeln, bewahren und erforschen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Thüringer Schlösser, Burgen und Parks sind Zeugnisse kulturellen Erbes. All dies wollen wir erhalten, ausbauen, stärken und auf solide finanzielle Füße stellen.

- Wir werden deshalb die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken gesetzlich verankern und das Thüringer Bibliotheksgesetz novellieren, um Stellung und Aufgaben der Landesbibliothek transparent und zukunftsfest zu machen.
- Wir wollen die „Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten“ weiterentwickeln und gemeinsam mit dem Bund finanziell stärkeren. Ebenso wollen wir die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, um den Abbau des Sanierungsstaus zu

beschleunigen.

- Wir werden die Beratungsfunktion des Museumsverbandes stärken, um den Zugang für kleine Museen und Heimatstuben zu vereinfachen. Zugleich wollen wir das Volontariatsprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs in den Museen des Freistaats ausbauen.
- Wir wollen die Thüringer Kunstmesse „artthuer“ stärken und mit dem Verband Bildender Künstlerinnen und Künstler, der Kulturstiftung und weiteren Partnerinnen und Partnern zu einer mitteldeutschen Kunstmesse gemeinsam mit Sachsen und Sachsen-Anhalt entwickeln.
- Wir stehen für die Wahrung der vorhandenen Kulturinfrastruktur in Thüringen

Antrag A-5: Landtagswahlprogramm Kapitel 5

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Klima und Umwelt schützen - Eine andere Welt ist möglich.

Die Wissenschaft ist sich einig: Selbst, wenn die Ziele der Pariser Klimakonferenz umgesetzt würden, werden wir in den nächsten Jahren mit extremeren Wettererscheinungen - einschließlich erhöhter - Temperaturen umgehen müssen. Unsere Landwirtschaft, unser Wald, die Naturschätze Thüringens werden von diesen Veränderungen ebenso beeinflusst wie die Wirtschaft und unser eigenes Leben.

Die politischen Entscheidungen der nächsten Jahre gehören deshalb zu den wichtigsten in der Geschichte der Menschheit. Sie müssen die grundlegendsten Fragen unserer Zeit beantworten: Wie verbinden wir Klima- und Umweltschutz mit sozialer Verantwortung, wie können wir zum Wohle der Menschen zukunftsfest wirtschaften und die Natur erhalten?

Wir, die DIE LINKE. Thüringen sehen in den Zielen der Pariser Klimakonferenz eine Richtschnur, die jedoch in der Zukunft übertroffen werden muss. Wir werden auf die Klimakrise reagieren, um eine zukunftsfeste und ökologische Wirtschaft zu gestalten, die den Menschen nicht nur in Thüringen soziale Sicherheit und Zufriedenheit ermöglicht. Die Art und Weise wie wir unser Bundesland weiterentwickeln, unsere Gebäude bauen, unsere Energie erzeugen oder unseren Verkehr organisieren ist entscheidend – überall dort werden wir den nachhaltigen Weg gehen und jede Entwicklung im Sinne der Umwelt und der Menschen abwägen, die von den Auswirkungen betroffen sind.

Unsere Landwirtschaft, unser Wald, Gips, Salz, Baustoffe, Wasser und weitere natürliche Ressourcen sind wichtige Wirtschaftsfaktoren. Wir werden das bisherige wirtschaftliche Agieren jedoch auf den Prüfstand stellen müssen und fragen deshalb: Wem gehören Grund und Boden und wie wollen wir ihn zukünftig behandeln? Unter welchen Umständen können wir auf unsere wertvollen Ressourcen zurückgreifen und wer soll von den erwirtschafteten Gewinnen profitieren? Wohin müssen wir unsere Forschung, unsere Ideen leiten – damit wir neue, konsequent nachhaltige Wege finden?

Die Protestierenden auf den Straßen der ganzen Welt geben der Idee der Klimagerechtigkeit ein Gesicht. Viele Generationen haben schon für Klima- und Umweltschutz gestritten. Neu ist der ungebrochene Wille für Veränderung, die Müdigkeit über kapitalistische Zustände und die Kraft aus der breiten Zivilgesellschaft, die konsequente Veränderung will. Wir, DIE LINKE. Thüringen, sind Teil dieser Bewegung.

Wir wissen, dass die Klimakrise die Arbeitenden, die Menschen mit unsicherem Einkommen und jene, denen es finanziell nicht gut geht, besonders treffen wird. Nach dem Willen der gegenwärtig herrschenden Politik im Bund sollen sie zudem finanziell am stärksten belastet werden, um die Krise zu bewältigen. Die Klimakrise symbolisiert gegenwärtig die Gerechtigkeitsfrage wie keine andere, deshalb müssen beide zusammen gedacht und gelöst werden.

Unsere Vision – ein neuer sozialökologischer Gesellschaftsvertrag („Green New Deal") für Thüringen!

Wir wollen die Potentiale der Thüringer Wirtschaft und Gesellschaft für alle Menschen neu ausrichten. Eine solche Neuausrichtung muss in einem gesellschaftlich getragenen „Green New Deal", einem neuen sozialökologischen Gesellschaftsvertrag zum Ausdruck kommen, der den ökologischen und sozial gerechten Umbau der Industriegesellschaft konkretisiert. Seine Grundlage sind umfassende Investitionsprogramme in die Bereiche, von denen die Bevölkerung am meisten profitiert und die zugleich emissionsarm sind: Bildung, Soziales, Gesundheit, Umweltschutz und nachhaltiger Umbau der Wirtschaft. Die Investition in die Zufriedenheit der Bevölkerung ist also grundlegend nachhaltig.

Diese Investitionsprogramme werden die Thüringer Wirtschaft und Gesellschaft dazu befähigen, Arbeitsplätze zu entwickeln, die nicht auf begrenzte Rohstoffe angewiesen sind. Es wird eine moderne, emissionsarme Wirtschaft entstehen, die soziale Sicherheit schafft und das Klima schützt. Wir sind davon überzeugt, ein Green New Deal wird Thüringen stärken, zukunftsfähiger machen und noch wichtiger, diese neue Idee des Wirtschaftens und Lebens wird aus der Mitte der Gesellschaft heraus entstehen. Dazu gehört auch eine Strategie für gute Arbeit in allen Wirtschaftssektoren, die hochwertige Industriearbeitsplätze beinhaltet.

Ein neuer sozialökologischer Gesellschaftsvertrag (Green New Deal) hat zwei Voraussetzungen:

- Erstens: Wir wollen es nicht länger akzeptieren, dass wenige Reiche von den Schätzen der Natur profitieren, während die Mehrheit der Gesellschaft mit den Folgen des umweltzerstörerischen Handelns leben muss. Unsere Ressourcen müssen für zukünftige Generationen erhalten bleiben. Wir lehnen jede Privatisierung von Wasser ab und wollen, dass die durch den Bergbau zu gewinnende Rohstoffe der Allgemeinheit gehören.
- Zweitens geht es uns um die Verantwortungsfrage: Diejenigen die den größten Teil der Klimakatastrophe herbeigeführt haben, müssen den größten Beitrag leisten um sie abzuwenden. Wir werden deshalb Subventionen für Umwelt- und Klimaschädliche Wirtschaft abbauen und gleichzeitig die Konversion zu ökologischer Produktion bezuschussen.

Wenn es gelingt, diesen sozialökologischen Gesellschaftsvertrag zu verwirklichen, wird aus der Klimakrise eine Chance für einen nachhaltigen Wandel unserer Umwelt und Gesellschaft. Die Angst um eine gesicherte Existenz wird der Hoffnung weichen, wenn wir in moderne Energiewirtschaft, nachhaltige Landwirtschaft, umweltbewusste Landesentwicklung investieren und Mobilität neu denken. Ein Thüringer Green New Deal wird konjunktursicher sein. Wir sehen Klimaschutz als zentrales Ziel einer

zufriedenen Gesellschaft.

Konsequenzen aus dem Klimawandel

Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir, DIE LINKE. Thüringen, Konsequenzen aus dem Klimawandel gezogen. Mit dem Thüringer Klimagesetz, unserer Nachhaltigkeitsstrategie zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrages, sowie dem Landesprogramm Hochwasserschutz 2016 –2021 sind wir erste Schritte gegangen, die wir fortsetzen wollen. Wir werden uns dabei insbesondere für die Umsetzung des Klimagesetzes einsetzen, mit dem wir bereits bis 2030 eine klimaneutrale Landesverwaltung als Vorbild schaffen.

Wir werden den Naturschutz weiter stärken, indem zum Beispiel die Biodiversitätsstrategie fortgeführt und das Netz der Natura 2000-Stationen weiter gefördert wird.

Wir wollen zum Schutz der Böden den Flächenverbrauch weiter reduzieren. Dazu sollen bei notwendigen Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichsmaßnahmen, wie die Entsiegelung von Flächen, vor Ausgleichszahlungen oder Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche gehen.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sichern

Viele Thüringerinnen und Thüringer sorgen sich aufgrund des Klimawandels um die grundlegenden Versorgungsstrukturen. Die Sicherung der Wasserversorgung hat für uns deshalb höchste Priorität. Gleichzeitig ist die Frage der Abwasserentsorgung ein „Dauerbrenner“ in unserem Land.

- Wir unterstützen die Thüringer Fernwasserversorgung bei neuen Geschäftsfeldern wie Energieerzeugung mit Windenergie und Photovoltaik und der Erschließung von Speicherpotentialen. Die Mehrfachnutzung vorhandene technischer Anlagen steigert die Wirtschaftlichkeit bei geringem Umweltverbrauch.
- Wir wollen den Zustand überwinden, dass in Thüringen noch immer eine Zweiklassengesellschaft beim häuslichen Abwasser besteht. Die Abwasserzweckverbände sollen in ihrem Gebiet die Abwasserentsorgung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben für alle Haushalte übernehmen und die jeweils ökonomisch günstigste, gesetzlich notwendige Variante wählen. Der Zweckverband wählt die beste Option, sei es die zentrale Kläranlage, eine Gemeindeanlage, Kleinkläranlage oder auch Sammlung und Abholung der Abwässer. Wir wollen auch im Abwasserbereich eine solidarische Gemeinschaft. Die Zweckverbände erhalten Fördermittel für die ökologisch und ökonomisch beste Variante. Wir wollen die Förderquote erhöhen und Investitionen gerecht finanzieren. Damit werden wir die Benachteiligung ländlicher Räume gegenüber städtischen Räumen endlich überwinden.
- Wir werden für nicht mehr benötigte Trinkwassertalsperren Nachnutzungskonzepte erarbeiten. Die sogenannten herrenlosen Speicher werden ein wichtiger Baustein sein, auch in den Dürrejahren die Wasserversorgung zu sichern und der Landwirtschaft zu helfen.

Abfälle vermeiden und Ressourcen schonen

Der ökologische Fußabdruck des Menschen hat mit der Plastikinsel im Pazifik ein neues Gesicht bekommen. In Kleinstpartikeln kommen Kunststoffe immer wieder zu uns zurück und verursachen Gesundheitsprobleme. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir mit dem neuen Thüringer Abfallgesetz die rechtliche Grundlage für eine ökologischere Abfallwirtschaft, einen besseren Ressourcenschutz gelegt und die Weichen in Richtung Kreislaufwirtschaft gestellt. Im Bundesrat werden wir uns für längere verpflichtende Nutzungszeiten für technische Geräte und für deren Reparierbarkeit einsetzen.

Wir, DIE LINKE. Thüringen werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund sich wieder an der Finanzierung der kostenintensiven Altlastensanierung des Kalibergbaus und des ehemaligen Teerverarbeitungswerkes Rositz beteiligt. Auch für Altschäden des Uranbergbaues, die nicht von der derzeitigen Wismutsanierung abgedeckt sind, muss der Bund mit in die Finanzierung gehen.

- Wir werden darum kämpfen, dass Kalibergbaunternehmen „K+S AG“ die Umweltbelastung stark reduziert. Der massive Anfall salzhaltiger Abfälle der Kaliindustrie in Thüringen und Hessen ist ein großes ökologisches Problem, belastet die Werra und das Grundwasser der Region stark. Wir fordern, dass K+S in eine haldenfreie und abwasserärmere Produktion investiert. Die bisherigen Salzabfälle können auch als Rohstoffe genutzt werden! Entsprechende Verfahren wurden z.B. von der Firma K-UTEC entwickelt. Diese Investitionen sichern die Arbeitsplätze der Kumpel dauerhaft und sorgen für umweltfreundliche Kalisalzproduktion. Sie sichern wertvolle Rohstoffe wie Magnesium und reduzieren die Notwendigkeit der Steinsalzgewinnung in anderen Bergwerken.
- Wir fordern, dass K+S die Verpressung des Kaliabwassers in den Untergrund beendet und innerhalb von 5 Jahren die Menge der anfallenden Laugen mehr als halbiert. Bei der geplanten Einleitung von Kaliabwässern in die Grube Springen muss sich K+S angemessen an den Kosten beteiligen. Die Sicherheit der Bevölkerung der Region hat für uns bei dieser Planung oberste Priorität! Wir fordern einen Sicherungsfonds für Unterbreizbach und für jeden anderen Bergbaustandort einzurichten, wie er laut Bundesberggesetz möglich ist. Die jetzige Praxis bilanzieller Rückstellungen in Form von Betriebsmitteln ist keine ausreichende Sicherheit für notwendige Sanierungen in der Nachbergbauphase.
- Ein Nebenprodukt der Braunkohleförderung ist die Erzeugung von Gips. Das bevorstehende Aus für die Braunkohle darf nicht dazu führen, dass der notwendige Bedarf an Gips künftig zu verstärktem Gips-Raubbau führt. Daher setzen wir uns für den vermehrten Einsatz von Recyclinggips ein und unterstützen die Forschung – auch mit Bundesmitteln, um aus dem jetzigen Abraum-Anhydrit zukünftig Gips zu gewinnen. Damit soll die Nutzungsdauer der Gipslagerstätten verlängert und die Erschließung neuer Abbaugebiete, zu Schutz des Biosphärenreservats Südharz verhindert werden.

Energieerzeugung und -versorgung: 100 Prozent regenerative Energie

Ausreichend Energie in Form von Strom, Wärme und Brennstoffen ist für uns Menschen selbstverständlich. Wir benötigen sie zum Kochen, zum Waschen, Heizen, zur

Produktion, für Licht, für die Mobilität oder um uns digital zu vernetzen. Welche Energie wir in Zukunft nutzen, darüber wird auch in Thüringen seit Langem gestritten. Atomkraftnutzung ist riskant und teuer, die Lagerung des Atommülls ist nach wie vor unklar. Folgerichtig wird im Jahr 2022 das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet. Trotzdem wird uns die problematische Suche nach einem langzeitsicheren Endlager für hoch radioaktive Abfälle begleiten und Konflikte hervorrufen. Die Kohleverstromung ist eine Hauptquelle des CO2 Ausstoßes und belastet die Umwelt mit Landschaftsverbrauch und Quecksilberausstoß. Deshalb kämpfen wir für ein Ende der Kohleverstromung bis zum Jahr 2030. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir als Rot-Rot-Grüne Koalition die Förderung demokratischer, dezentraler Strukturen der regenerativen Energieerzeugung auf den Weg gebracht.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ins Stocken geraten. Wir, DIE LINKE. Thüringen plädieren für mehr eine größere Ehrlichkeit in der Debatte. Jede Form der Energiebereitstellung, auch die von erneuerbaren Energien, bedeutet einen Eingriff in die Natur. Die Wasserkraft beeinträchtigt die Fischfauna, den Gesteinstransport im Gewässer und kann zu zusätzlichen Methanbildungen führen. Die Windkraft hat Auswirkungen auf die Vogel- und Fledermauspopulationen und stört das Landschaftsbild. Auch die Photovoltaik wird zum Problem, wenn sie nicht auf Dächern gebaut wird, sondern wertvolle Flächen einnimmt.

Wir sehen trotzdem in den ausschließlich regenerativen Quellen - Sonne, Wind, Wasser und Biomasse - den einzig nutzbaren Weg der CO2-neutralen Energieversorgung. Sie stehen nahezu unbegrenzt zur Verfügung und ihre Nutzung ist im Vergleich zum Verbrennen fossiler Energieträger weit weniger umwelt- und klimabelastend.

- Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen uns für eine regionale und dezentrale Energieerzeugung aus 100 Prozent erneuerbaren Energiequellen ein und damit auch für regionale Wertschöpfung. Dazu gehört auch die Nutzung von Windenergie auf Flächen in Wirtschaftswäldern, die durch Sturm- und Insektenschäden derzeit Baum frei sind. Diese oft windreichen Standorte sind entfernt von Siedlungen, und die Pachtsummen für Windkraftanlagen bringen den Waldbesitzern dringend benötigte Einnahmen für den Waldumbau. Deshalb werden wir keinem Gesetz zustimmen, das pauschal alle Waldflächen für die Erzeugung von Windenergie sperren will.
- Wir wollen ein Energiesystem so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig. Wir wollen über kommunale und genossenschaftliche Strukturen regionale Wertschöpfung stärken und die Macht der Energiekonzerne brechen. Übertragungsnetze sichern weder das Energiesystem bei Strommangel, noch sind sie eine preiswerte Möglichkeit regionale Stromüberschüsse zu nutzen. Der derzeit geplante Übertragungsnetzausbau treibt die Stromkosten in die Höhe und zementiert die Macht der Energiekonzerne. Süd- und Südostlink, der Thüringen als Energie-Transferland festschreiben, lehnen wir ab. Wir stehen damit Seite an Seite mit Initiativen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Rot-Rot-Grünen Landesregierung. Es ist unsozial, dass Thüringerinnen und Thüringer über die Netzentgelte europäischen Stromhandel, niedrigere Industriestrompreise in Bayern und Spekulationen an der Strombörse bezahlen müssen. Die geplanten überdimensionierten Trassen stellen einen immensen Eingriff in die Natur dar.

Deshalb legen wir mit alternativen Energiekonzepten insbesondere einen Schwerpunkt auf die Dezentralität in der Energieerzeugung.

- Wir wollen, dass die Thüringer Potenziale der Pumpspeicherkraftwerke umfassend genutzt werden, denn Speicher sind für eine funktionierende, erneuerbare Energiewirtschaft unabkömmlich. Pumpspeicher können Netze stabilisieren und Erzeugungs- und Verbrauchsspitzen abfedern. Darüber hinaus werden wir uns für technologieoffene Speichersysteme einsetzen, die als Langzeitspeicher dienen. Wir setzen auf Sektorkopplung, auf Verknüpfung von Strom-, Gas- und Wärmenetzen, auf die Mitbetrachtung der Flexibilitätspotentiale beim Energieverbrauch in Industrie, Handwerk und Verkehr. Wir wollen, dass auch die in Thüringen entwickelten Wasserstofftechnologien ein verbindendes Element zwischen den verschiedenen Sektoren werden. Nicht zuletzt, weil Anlagen für Wasserstoffelektrolyse und Wasserstoffmotoren eine Zukunftsperspektive für die Thüringer Automobilzulieferer jenseits der klassischen Autoproduktion bieten.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kommunen, in denen erneuerbarer Strom produziert wird, dafür garantierte zusätzliche Einnahmen erhalten. Z.B. durch einen Windkraftcent je erzeugter Kilowattstunde Windstrom an die Kommunen in der Umgebung.
- Wir werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass alle Menschen in Thüringen Zugang zu Energie haben, denn die Versorgung mit Strom und Wasser ist Daseinsvorsorge. Strom- und Heizungsabschaltungen müssen der Vergangenheit angehören. Gleichzeitig wollen wir, dass für die energieintensive Industrie Rabatte beim Strompreis nur gewährt werden, wenn 1. sonst Wertschöpfung ins Ausland zu schlechteren Umweltkonditionen abwandern würde 2. verbindliche Energieeffizienzmaßnahmen umgesetzt werden und 3. Maßnahmen zur Entlastung des Stromsystems ergriffen werden durch stärkeren an flexible Erzeugung angepassten Verbrauch.
- Wir setzen uns für eine Preissystem bei Energie ein, dass Sparen von Strom und flexiblen Verbrauch belohnt und die Umlagen gerecht verteilt. Wir wollen, dass nicht nur Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch Stromerzeuger und Händler sich an den Kosten des Energiesystems beteiligen. Das jetzige System der Lastenverteilung im Stromsektor muss beendet werden. Es ist sozial ungerecht.
- Wir kämpfen mit guten Gründen gegen ein Atommüllendlager in Thüringen. Deshalb bringen wir uns künftig noch stärker im nationalen Begleitgremium der Bundesgesellschaft für Endlagerung ein. Als ehemaliges Wismut-Bergbaugebiet haben wir bereits dauerhaft mit dem absolut größten Volumen an radioaktiven Altlasten zu kämpfen. Das Absetzbecken Culmitsch und die verwahrten Halden beinhalten über 100 Millionen Kubikmeter radioaktiv- und schwermetallbelastete Rückstände. Die Halden und das Absetzbecken müssen über Jahrhunderte betreut und gesichert werden. Hinzu kommt, dass die Geologie Thüringens bestenfalls 2. Wahl für die Sicherheit über 1 Million Jahre darstellt. Thüringen leistete mit den Wismutaltlasten bereits seinen Teil der Atommülllagerung und letztlich sollten die Bundesländer, die jahrzehntelang von Atomkraftwerken profitiert haben, jetzt

ihrer Verantwortung für Atommüll gerecht werden und atomare Abfälle in ihren geeigneten Standorten einlagern.

Ökologischer und nachhaltiger Umbau: Nicht gegen, sondern mit der Landwirtschaft

In Thüringen wird mehr als die Hälfte der Fläche landwirtschaftlich genutzt. Die meisten Agrarbetriebe und ihren Beschäftigten bewältigen eine Vielfalt von Aufgaben: die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel, den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaften, den Anbau nachwachsender Rohstoffe für ihre stoffliche und energetische Verwertung, die Bereitstellung von Wärme und Strom, die Verarbeitung und Vermarktung der eigenen Produkte. Die Thüringer Landwirtschaft ist somit ein zentrales Element und der Motor der Entwicklung im ländlichen Raum, der unser Land prägt.

Gleichzeitig sind auch die Thüringer Bäuerinnen und Bauern besonders stark von den globalen klimatischen Veränderungen betroffen. Die Dürre-Sommer der letzten Jahre zeigen, die Landwirtschaft und die Landwirtschaftspolitik müssen sich auch in Thüringen verändern. Doch diese Veränderungen gehen nur gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern und nicht gegen sie. Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen sie in diesem Veränderungsprozess hin zu einer ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft politisch und gesellschaftlich unterstützen, denn die Landwirtschaft hat als klimaabhängige Nutzerin der Natur letztlich selbst das größte Interesse an Klima- und Umweltschutz.

Wir, DIE LINKE. Thüringen sehen in der Orientierung der deutschen und europäischen Landwirtschaftspolitik auf eine international „wettbewerbsfähige“ landwirtschaftliche Warenproduktion das größte Hindernis für den dringend erforderlichen ökologischen und nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft. Die mit der Exportpolitik verbundene Intensivierung der Produktionsverfahren zieht ökologische und soziale Folgeprobleme nach sich. Durch marktbeherrschende Handelsketten, landwirtschaftsfremde Finanzinvestoren, Bodenspekulation und ein Preisniveau, das lokale Landwirtschaftsbetriebe ruiniert, verschwinden Arbeitsplätze und die regionale Verwurzelung geht verloren. Anbau erfolgt nach Weltmarkterfordernissen, Fruchtfolgen sind eingeschränkt.

Wir setzen als Alternative zu dieser Entwicklung auf eine am Gemeinwohl orientierte, sozial gerechte, ökologische und nachhaltige Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Hierfür haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern versucht, mit den begrenzten landespolitischen Möglichkeiten verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen. Wir stehen zu den Agrargenossenschaften und lehnen Überlegungen der EU ab, die Prämien bei gemeinsam bewirtschafteten Agrarflächen von der Betriebsgröße abhängig zu machen. Nicht die Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes, sondern die Art und Weise der Bewirtschaftung ist entscheidend. Deshalb setzen wir auf eine faire Finanzierung der ökologischen Leistungen und auf eine Förderpolitik, die sichere Einkommen, gute Arbeitsbedingungen und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sichert. Wir unterstützen regionale Wertschöpfung durch die Kooperation aller Anbieterinnen und Anbieter in möglichst kurzen Versorgungsketten.

Wir wollen, dass die Bundesregierung die Spielräume, welche durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU bestehen, ausschöpft. Wir fordern eine Gemeinwohlprämie, um die soziale und ökologische Entwicklung der Landwirtschaft zu stärken und den bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Die EU-Förderung muss schlechter gestellte Betriebe, insbesondere in weniger ertragreichen Gebieten, im Sinne einer flächendeckenden Landwirtschaft angemessen berücksichtigen.

- Wir werden die Direktvermarktung unterstützen, um die Thüringer Landwirtschaft besser vor dem Druck der Handelsketten zu schützen und die Umwelt zu schonen. Damit erhalten Thüringerinnen und Thüringer einen leichteren Zugang zu gesunden, regional und ökologisch produzierten Lebensmitteln. Wir wollen kommunale Einrichtungen und Landeseinrichtungen dazu motivieren, dass ihre Küchen und Kantinen dauerhaft regionale Lebensmittel abnehmen.
- Wir wollen die Humusanreicherung im Boden unterstützen, um die Fruchtbarkeit und Wasserspeicherfähigkeit des Bodens zu erhalten und zu verbessern. Dafür unterstützen wir die anwendungsorientierte Agrar- und Gartenbauforschung und Beratung unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Dabei geht es uns um ein Dünge- und Bodenmanagement, das den Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes gerecht wird. Wir wollen den Einsatz von Pestiziden und anderen schädlichen Düngeverfahren zurückdrängen. Den Einsatz des Totalherbizids Glyphosat haben wir im kommunalen und privaten Bereich untersagt und setzen uns für ein EU-weites Verbot von Totalherbiziden ein.
- Wir werden die landwirtschaftlichen Betriebe bei den notwendigen Investitionen und Umstellungen auf eine größere Vielfalt von Ackerkulturen unterstützen, um sie sowohl gegenüber Marktschwankungen als auch den Auswirkungen des Klimawandels widerstandfähiger zu machen.
- Wir wollen Projekte starten, mit denen ehemalige Be- und Entwässerungsanlagen in der Landwirtschaft (Melioration) wiederhergestellt werden, um zukünftig mehr Flächen bewässern zu können, aber auch um Starkregen besser zurückzuhalten. Wir werden uns für ein Förderprogramm “Melioration“ des Bundes einsetzen und Landesmittel bereitstellen.

Ackerland in Bäuerinnen- und Bauernhand

Boden ist keine Ware, sondern natürliche Lebensgrundlage. Neben Wasser und Saatgut ist der Boden die zentrale Produktionsgrundlage der Landwirtschaft. Da verfügbarer Boden immer knapper wird, steigt die Bodenrendite für viele Landeigentümerinnen- und -eigentümer. Ackerboden gerät immer stärker in den Blick spekulativer Finanzströme.

In Ostdeutschland wird der Effekt durch den politischen Auftrag verstärkt, ehemals volkseigenen Boden zu Höchstgeboten an Investoren zu verkaufen. Vor allem die Bodenspekulanten profitieren von dieser Entwicklung, während die produktiv tätigen Bäuerinnen und Bauern steigenden Boden- und Pachtpreisen konfrontiert sind.

Böden sind jedoch nicht nur Wirtschaftsgut. Sie sind genauso für den Erhalt der biologischen Vielfalt von Bedeutung. Je nach Art ihrer Bewirtschaftung tragen sie zum Erhalt oder zur Reduzierung der Artenvielfalt bei. Ihre Beschaffenheit entscheidet,

ob sie aus der Atmosphäre große Mengen Kohlenstoff aufnehmen können. Sie sind somit ein wichtiger Faktor beim Kampf gegen die Erderwärmung. Gesunde Böden nutzen nicht zuletzt auch der Landwirtschaft selbst. Sie sind Basis für eine langfristige Produktivität, ohne Unmengen von Düngern einsetzen zu müssen.

- Wir, DIE LINKE. Thüringen haben einen Gesetzentwurf für ein „Gesetz zum Schutz der heimischen Landwirtschaft im Freistaat Thüringen“ vorgelegt, mit dem wir der anhaltenden Spekulation und zunehmende Konzentration mit landwirtschaftlichem Boden (Landgrabbing) Einhalt gebieten und die heimischen Landwirtschaftsbetriebe schützen wollen. Wir werden uns für die Einführung eines solchen Gesetzes massiv einsetzen. Dabei geht es uns um den Erhalt der gewachsenen Agrarstrukturen in Thüringen und darum, auch künftig Menschen zu ermöglichen, sich dafür zu entscheiden, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu gründen oder diesen zu entwickeln.
- Wir wollen den weiteren Ausverkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen verhindern und sie für die regionale Land- und Forstwirte erhalten. Wir wollen deshalb das bereits von uns geschaffene forstwirtschaftliche Vorkaufsrecht mit einem Leitbild untersetzen und das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken. Die Steigerung von Boden- und Pachtpreisen ist weiter zu begrenzen und Bodenspekulation zu verhindern. Wir wollen den Zugang zu Grund und Boden denjenigen ermöglichen, die ihn auch bearbeiten.
- Die Privatisierung der verbliebenen ehemals volkseigenen Flächen in Ostdeutschland muss gestoppt werden. Die Flächen sollen kostenfrei in das Eigentum der Länder übergehen, öffentliches Eigentum bleiben und langfristig verpachtet werden.

Tierwohl mit Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit verbinden

Die Tierhaltung steht in einem besonderen Spannungsfeld zwischen tiergerechter Haltung, anderen gesellschaftlichen Wünschen und Erfordernissen auf der einen und wirtschaftlich-technischer Machbarkeit sowie Gewinnerwartungen auf der anderen Seite. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir eine Thüringer Tierwohlstrategie auf den Weg gebracht, die die Landwirtinnen und Landwirte mit entsprechenden Fördermaßnahmen dabei unterstützt, die erhöhten Anforderungen einer tiergerechten Haltung erfüllen zu können.

Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen einen sozial verträglichen Umbau der Tierhaltung zu mehr Tierwohl und Umweltschutz. Wir unterstützen die flächengebundene Tierhaltung von bis zu 2 Großvieheinheiten je Hektar, damit sich die Zahl der Tiere an der Naturverträglichkeit bemisst. Damit stärken wir betriebliche Kreisläufe und erreichen eine Tierhaltung, deren Futtermittel in der Region angebaut und deren Hinterlassenschaften als organischer Dünger vollumfänglich genutzt werden.

Die Corona-Pandemie hat uns nachdrücklich die problematischen Konsequenzen der industriellen Fleischverarbeitung unter unwürdigen Arbeitsbedingungen sowohl für die Beschäftigten als auch letztlich die Verbraucherinnen und Verbraucher aufgezeigt.

- Wir werden die regionale Schlachtung, Verarbeitung und den Verkauf von Tieren

verstärkt fördern. Dezentrale Schlachthöfe und damit Transportwege beugen auch der Ausbreitung von Pandemien vor. Die regionalen Kreisläufe aus Tierzucht, Schlachtung, Fleischverarbeitung und Handel wollen wir deshalb mit Fördermitteln unterstützen.

- Nach Milchkrise und Dürre fehlen vielen Betrieben die Mittel, um weitere Schritte für tiergerechte Haltung und weitere Maßnahmen anzugehen. Hierzu müssen die Förderhöchstsätze angepasst werden. Entscheidend ist das Wohl jedes Tieres und nicht die Anzahl der Tiere in einem Betrieb. Für uns kommt es auf die Haltebedingungen an. Darauf wollen wir in der bundespolitischen Debatte Einfluss nehmen. Der Aufenthalt von Sauen in Kastenständen soll deutlich reduziert werden. In der Tierhaltung sollen Außenklimareize ermöglicht und alternative Haltungsformen wie die Offenstallhaltung vorangetrieben werden.
- In den letzten 3 Jahre hat die extreme Trockenheit viele Agrarbetriebe in Existenznot gebracht. Staatliche ad-hoc-Hilfen sind kein probates Mittel, um die landwirtschaftlichen Unternehmen nachhaltig vor den finanziellen Folgen des Klimawandels zu schützen. Neben klimafreundlicher und ökologischer Bewirtschaftung brauchen wir günstigere und effektivere Möglichkeiten einer staatlichen Unterstützung für Agrarbetriebe in Notzeiten. Deshalb setzen wir uns für ein staatlich gefördertes einzelbetriebliches Risikomanagement bei Agrarbetrieben ein. Ein geringerer Steuersatz für Agrarversicherungen, die Förderung von Mehrgefahrenversicherungen und eine steuerliche Risikorücklage sind geeignete Mittel vor allem um unsere kleinen und mittelständischen Agrarbetriebe nachhaltig vor klimabedingten Risiken abzusichern. Eine steuerliche Risikoausgleichsrücklage bedeutet den Aufbau einer betrieblichen Risikorücklage, die im Notfall zur Minimierung existentieller Risiken zur Verfügung steht. Das erhöht die Sicherheit für die Betriebe und im Ergebnis die teuren ad-hoc-Maßnahmen von Bund und Ländern überflüssig machen.
- Wir unterstützen soziale und ökologische Projekte landwirtschaftlicher Betriebe zur Diversifizierung/ zum Aufbau neuer Betriebszweige wie der, Agroforstsysteme, Bauernhofpädagogik und Solidarische Landwirtschaft. Neue Betriebszweige stärken die Betriebe wirtschaftlich, schaffen einen engeren gesellschaftlichen Austausch und sind ökologisch nachhaltig.
- Wir werden Landschaftspflege und Grünlandnutzung durch Weidetiere als eine besonders ressourcen- und klimaschonende Bewirtschaftung mit einer Weidetierprämie unterstützen und das Schaf-Ziegen- Förderprogramm von Rot-Rot-Grün fortsetzen und ausbauen.
- Die Weidetierhalterinnen und -halter sollen dauerhafte Unterstützung für wolfssichere Schutzzäune und Herdenschutzhunde erhalten. Für die Regulierung von Nutztierrissen wollen wir unbürokratische Regeln, egal ob verwilderte Hunde oder Wölfe die Verursacher sind, es soll entschädigt werden. Das spart Kosten für teure Tests und Bürokratie und erhöht die Akzeptanz für Wölfe.
- Ebenso unterstützen wie den Anbau einheimischer Eiweißfuttermittel und von Hülsenfrüchten für die Herstellung von Fleischersatzprodukten. Wir begrüßen,

dass bedrohte Tierarten wie Biber, Fischotter und Reiher wieder zunehmend in Thüringen zu Hause sind. Die hieraus resultierenden landwirtschaftlichen Schäden werden wir ausgleichen und die Betriebe mit vorbeugenden Maßnahmen unterstützen. Die seit 2017 geltende Kormoranverordnung behalten wir bei.

- Wir unterstützen die Arbeit der Thüringer Fischer- und Angelverbände mit fachlicher Beratung und beim Erhalt der Gewässer. Ohne ihren Einsatz wären viele bedrohte Fischarten und Muscheln ausgestorben.
- Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig mehr alternative, vegetarische und vegane Produkte vor Ort produziert werden, damit Jede und Jeder die Art der eigenen Ernährung für sich entscheiden kann.
- Wir wollen das Wegwerfen von Lebensmitteln reduzieren und fordern, dass Containern nicht bestraft wird.

Tierschutz in Thüringen konsequent umsetzen

Die Thüringer Rot-Rot-Grüne Landesregierung hat den Tierschutz und das Tierwohl in Thüringen in der vorangegangenen Legislatur vorangebracht, um das in der Thüringer Verfassung verankerten Staatsziel Tierschutz verwirklichen zu können. Dies betrifft die Tiere in der Landwirtschaft, in der Lehre, Heim- als auch Wildtiere. Es gilt die Einhaltung des Tierschutzgesetzes als Maßstab, um Schmerzen, Leiden und Schäden bei Tieren abzuwenden.

Heimtiere, Wildtiere, Tierversuche

Wir wollen, dass die in der vorangegangenen Legislatur durch uns und unsere Koalitionspartner erfolgte Unterstützung des ehrenamtlichen Tierschutzes im Heimtierbereich fortgesetzt wird. Die Arbeit der Tierheime und Tierschutzvereine muss auch in Zukunft gesichert sein. Die Fundtierunterbringung in den Tierheimen ist eine kommunale Pflichtaufgabe und darf nicht länger zu Lasten des ehrenamtlichen Tierschutzes finanziert werden. Hierzu bedarf es einer verlässlichen institutionellen Förderung des Landes.

- Wir treten für eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht bei Katzen ein, um aufgefundene Katzen ihren Halterinnen und Haltern unverzüglich zurückgeben zu können. Tierschutzvereine und Tierheimvereine sollen weiterhin finanzielle Zuweisungen in mindestens einer Höhe von 150.000 Euro jährlich für ihre Aufwendungen im Rahmen von Kastrationen von herrenlosen Straßenkatzen erhalten.
- Wir wollen den von uns und unseren Koalitionspartnern initiierten tierärztlichen Notfalldienst weiter fortsetzen. Die Einrichtung einer zentralen Notrufnummer dient der Sicherstellung einer adäquaten tierärztlichen Versorgung in Notfällen sowie des Tierwohls und Tierschutzes bei Heim- und Nutztieren.
- Wir setzen uns für die Errichtung von tierschutzgerechten Wild-Taubenschlägen nach dem Vorbild des Augsburger Modells ein, um Betreuung, Fütterung und Populationskontrolle von Tauben zu gewährleisten. Dies trägt maßgeblich zur Verbesserung der Sauberkeit in den Städten bei und vermeidet Kosten für Vergrämungsmaßnahmen.
- Wir fordern ein Verbot von Tierversuchen, die starke und langanhaltende

Schmerzen für die Tiere bedeuten. Langfristig muss der Tierverbrauch in der Lehre beendet und durch Alternativmethoden ersetzt werden.

- Um die Einhaltung der geltenden Tierschutzbestimmungen durchzusetzen, hat die Rot-Rot-Grüne Landesregierung eine Zentrale Kontrolleinheit gegründet, die die kommunalen Veterinärämter bei ihren Kontrollen unterstützt und die Durchführung der Kontrollen thüringenweit zu vereinheitlichen hilft. Wir werden, um diese Kontrollen zu verstetigen, eine ausreichende personelle Ausstattung in diesem Bereich auf Landes- und der kommunalen Ebene sicherstellen.
- Wir wollen ein vollumfängliches Klagerecht für Verbände im Bereich Tierschutz einführen und befürworten die Etablierung eines verpflichtenden, EU-weit gültigem Tierschutzlabels. Bis zur EU-weiten Umsetzung soll ein nationales, verpflichtendes Label gelten.

Wild, Wald und Jagd im Zusammenhang eines funktionierenden Ökosystems begreifen

Die Interessen von Naturschützerinnen und -schützern, Waldbesitzerinnen und -besitzern, Landwirtinnen und Landwirten stehen sich in Fragen des Verhältnisses von Tier, Wald und Landwirtschaft oft gegenüber. Hinzu kommen jagdliche und kommerzielle Interessen, die im Gegensatz zu Tierschutz-Auffassungen stehen. Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen die Jagd als Teil eines naturnahen, verantwortungsvollen Wildtiermanagements und als Voraussetzung für einen erfolgreichen Waldumbau. Sie muss das Ziel haben, dem Naturraum angepasste und gesunde Wildbestände in einer stark genutzten Kulturlandschaft zu sichern. Wichtig dabei ist es, Konflikte der verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer zu reduzieren. In diesem Sinne haben wir nach einem vorbildlichen Dialog mit Verbänden und Fachleuten ein neues Jagdgesetz auf den Weg gebracht, dass Jägerinnen und Jäger bei der verantwortungsvollen Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützt.

Übergroße Reh- und Rotwildbestände verhindern durch ihre Futtersuche und ihren Verbiss die natürliche Verjüngung des Waldes. So lange, wie eine natürliche Regulierung der Wildbestände durch große Beutegreifer nicht stattfindet, müssen Jägerinnen und Jäger diese Aufgabe im Interesse des Klima- und Umweltschutzes übernehmen. Die Wildschweinbestände müssen im Rahmen der Bekämpfung der Afrikanischen
Schweinepest deutlich reduziert werden.

Die Thüringer Wälder klimafest machen

Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Thüringens Wäldern unübersehbar. Infolge von Stürmen, Trockenheit, Spätfrost und Massenentwicklungen von Schädlingen wie dem Borkenkäfer sterben gerade große Teile des Waldes im Land ab. Der Holzpreis ist aufgrund des Überangebots ins Bodenlose gesunden. Thüringen Forst, kommunale Forstbetriebe und die Privatwaldeigentümerinnen und -eigentümer verlieren gerade das Einkommen der nächsten 30 Jahre. Käferbäume zum Schutz der Nachbarbäume (Forstschutz) aus dem Wald zu schaffen, kostet derzeit mehr, als ihr Verkauf einbringt. Eine Rücklage für die Wiederaufforstung zu bilden, ist damit faktisch unmöglich. Der Forstschutz kann nicht effektiv durchgesetzt werden, da es ausgesprochen schwierig ist, im Wald unbekannter oder nicht mehr handlungsfähiger Privatwaldeigentümerinnen

und -eigentümer die notwendigen Maßnahmen durchzuführen.

- Wir werden ThüringenForst, unsere Landesforstanstalt, in die Lage versetzen, im Gesamtwald unabhängig vom Eigentum zu handeln, es sei denn, Eigentümerinnen und Eigentümer widersprechen und können das Notwendige selbst leisten. Hierzu werden wir das Waldgesetz ändern, um ThüringenForst die diesbezüglich anfallenden Kosten in voller Höhe zu erstatten. Wir wollen ThüringenForst so weiterentwickeln, dass der notwendige Umbau sowohl des Staatswaldes als auch der Kommunal- und Privatwälder vorgenommen, aktiv begleitet sowie gefördert und beratend unterstützt werden kann.
- Wir werden die Finanzierung von Forstschutz und Waldumbau zu einem artenreichen, klimaangepassten Mischwald, im gesamten Wald sicheren. Damit entlassen wir die Privatwaldeigentümerinnen und -eigentümer nicht aus ihren Verpflichtungen und ihrer Verantwortung, denn Eigentum verpflichtet. Über viele Jahre haben sie auch Gewinne aus dem Wald gezogen. Wir plädieren für ein flächenbasiertes Fördersystem mit einfachen Antragsverfahren, mit dem das gemeinsame und auch genossenschaftliche Wirtschaften im Wald gefördert wird.
- Wir wollen den Beschluss der Thüringer Rot-Rot-Grünen Landesregierung „Grünes Herz Thüringen, Aktionsplan Wald 2030ff“ entsprechend untersetzen, so dass Forstschutz und der Waldumbau im gesamten Wald realisiert werden können.
- Wir werden die Nutzung der Waldwege neu regeln um die Interessen der Waldbesitzerinnen und –besitzer ebenso zu berücksichtigen wie unvermeidbare Nutzungen mit Kraftfahrzeugen durch Landwirtschaft und Fischerei. Wir wollen in diesem Zusammenhang auch die touristischen Ansprüche und die Bedürfnisse von Anliegerinnen und Anliegern stärker einbeziehen.

Umweltschutz neu denken

Die Artenvielfalt geht zurück, nicht nur bei Insekten. Invasive Pflanzen und Tiere bedrohen unsere Ökosysteme ebenso wie die zunehmende Zersiedelung der Landschaft, die Lichtverschmutzung oder die Klimaerwärmung. Viele Menschen leiden unter den Folgen von Hitze, Starkregen und Stürmen. Wir wollen unsere Naturlandschaften stärken und noch erlebbarer gestalten, wir möchten, dass die zukünftigen Generationen im Einklang und mit der Natur und Umwelt aufwachsen können.

- Wir werden uns für mehr Wildnisflächen einsetzen. Wir werden Kommunen unterstützen, die Lichtverschmutzung zu reduzieren. Das senkt gleichzeitig den Energieverbrauch.
- Wir wollen den Kommunen Positivlisten für Stadtbäume und Pflanzen zur Verfügung stellen, damit nicht-invasive Arten, wie z.B. Lebensbäume, mit öffentlichen Geldern angepflanzt werden.
- Wir leisten Überzeugungsarbeit, dass eine nur zweimal im Jahr gemähte Fläche nicht unordentlich ist, sondern Lebensraum für Pflanzen und Tiere bedeutet. Wir müssen unsere Straßenbäume erhalten, denn sie schützen vor Hitze und Staub, dafür brauchen wir in Dürrejahren abgestimmte Bewässerung.
- Wir müssen über die Klimaagentur unsere Kommunen befähigen, sich auf stärkere

Hitzewellen, Starkregen und Dürre vorzubereiten. Unsere Flüsse und Bäche sind oft in enge Betten gepresst und mit Querbauwerken für Fische unpassierbar. Wir wollen unseren Gewässern, wo immer es möglich ist, mehr Raum geben, die Durchgängigkeit durch Rückbau von Hindernissen oder Querungshilfen wie Fischtreppen verbessern. Wir unterstützen die neu geschaffenen Gewässerunterhaltungsverbände. Damit verbessern wir den Hochwasserschutz und die Hochwasservorsorge.

Mobilität neu denken: sozial und ökologisch verträglich.

Öffentlicher Personennah- und Fernverkehr (ÖPNV), Schiene und Rad, bieten in sinnvoller Kombination für Pendlerinnen und Pendler, Touristinnen und Touristen, Studierende, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, jüngere oder ältere Menschen in Stadt und Land, lokal und überregional die Chance, nachhaltig, ökologisch und barrierefrei mobil zu sein. Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen diese Chance nutzen und Mobilität neu denken. Uns geht es um mehr als eine Verkehrswende, die die finanziellen Lasten des Infrastrukturausbaus, Ökoabgaben und die Kosten neuer Technologien den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufbürdet und dem Individualverkehr weiter den Vorrang einräumt.

Mobilität neu zu denken bedeutetet, die Tatsache anzuerkennen, dass neben der Industrie der Verkehr zu den größten Verursachern klimaschädlicher Emissionen gehört. Über die Hälfte aller Menschen in Deutschland sind von Verkehrslärm beeinträchtigt, die Gesundheitsbelastung durch Stickoxide und Feinstaub sind ein ernstes Problem. Der Güterverkehr soll sich in den nächsten Jahren vervielfachen, Staus werden zu einer wachsenden volkswirtschaftlichen Belastung und die Versiegelung in den Städten für den Autoverkehr nimmt zu. Doch statt durch regionale Wirtschaftskreisläufe und neue Arbeitsformen Verkehr zu vermeiden, wird das Straßennetz immer weiter ausgebaut und im Gegenzug die Schieneninfrastruktur auf Verschleiß gefahren. So können die Ziele der Bundesregierung, mehr Güterverkehr auf die Schiene und eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen im Nah- und Schienenverkehr bis 2030, nicht erreicht werden.

Mobilität neu denken heißt ökologische Vernunft und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen zu beachten. Wir wollen mit einer sozialverträglichen Tarifgestaltung allen Menschen in Thüringen den öffentlichen Personenverkehr zugänglich zu machen. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir mit dem Azubiticket einen Anfang gemacht.

Thüringer Verkehrsverbund

Unser Ziel ist es, einen kostenfreien und flächendeckenden öffentlichen Personenverkehr in ganz Thüringen in einem überschaubaren Zeitraum anzubieten. Deshalb werden wir weiterhin mit den Kreisen und kreisfreien Städten Gespräche führen, um kooperative Strukturen im Thüringer Nahverkehr mit dem Ziel eines landesweiten Verkehrsverbundes weiter zu entwickeln. Wir sehen in dem Thüringer Verkehrsverbund die Chance, landesweite Tarife und abgestimmte Takte zu entwickeln und dabei gleichzeitig die Potentiale der Digitalisierung, Fahrgastinformation in Echtzeit zu Tarifen und Angeboten verstärkt nutzen zu können. Ein solcher Verbund bietet zudem die Möglichkeit, eine landesweit gültige Jahresnetzkarte zu entwickeln,

attraktive Jobtickets anzubieten und flächendeckende Sozialtarife einzuführen. Nach dem Vorbild des von uns eingeführten Azubitickets wollen wir für Jugendliche ein 365 Euroticket und weitere kostengünstige Tarife einführen. Wir werden uns dafür einsetzen, gemeinsam mit Kommunen, Kammern und Unternehmen das von uns eingeführte Azubi-Ticket in Thüringen vollständig flächendeckend und für die Auszubildenden finanziell günstiger zu gestalten. Im gleichen Zug soll auch für die Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe der Eigenbeitrag zu den Fahrtkosten abgeschafft und übernommen werden. Wir wollen die schnellstmögliche Einführung eines kostenfreien Thüringentickets für Jugendliche und Kinder.

Öffentlichen Personenverkehr stärken

Wir werden den Öffentlichen Personenverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge zur Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und als eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr weiter stärken und im hierfür erforderlichen Maß finanzieren. Mit diesem massiven Umsteuern im Verkehrsbereich können wir die klimapolitischen Ziele erreichen, neue Wirtschaftsimpulse setzen und auch für mehr Gesundheitsschutz sorgen.

- Wir werden eine Zukunftskommission „ÖPNV im Jahr 2030“ einsetzen, die verkehrsträgerübergreifend ein Mobilitäts-Förderkonzept für Thüringen entwickelt, das die Vernetzung und Finanzierung des Verkehrsangebotes in Thüringen beinhalten soll. Damit sollen Mobilitätsangebote, die Digitalisierung und die Kooperation der Verkehrsbetriebe verbessert und erweitert werden.
- Wir werden den ÖPNV in seiner Leistungsfähigkeit stärken, um damit insbesondere im ländlichen Raum den Linienverkehr mit innovativen Angeboten, Schnellbussen, Anrufbussen, Linientaxis, Wander-, Rad- und Kombibussen, Car- und Bike-Sharing und der Einrichtung von Bedarfshalten ergänzen. Wir wollen das Modellprojekt des Max-Planck-Instituts „Eco-Bus-App“ weiterentwickeln und unterstützen Kooperationen des ÖPNV mit kommunalen Wirtschaftsunternehmen, Kultureinrichtungen, Krankenhäusern und anderen Leistungserbringern, um zusätzliche Verkehrsformen zu finanzieren. Mit dem Ausbau eines landesweit getakteten Bus-Bahn-Netzes wollen wir eine Angebotsverbesserung und Anbindung ländlicher Gemeinden an die Städte und zentralen Orte erreichen. Wir werden den Ausbau der Barrierefreiheit von Verkehrsmitteln, Bahnhöfen und Verkehrshalten verstärkt vorantreiben.

Bahnverkehr für alle Thüringer Regionen

Mit dem ICE-Knotenpunkt Erfurt ist ein großer Teil Thüringens besser als je zuvor an Metropolregionen wie Berlin, Leipzig, München, Nürnberg und das Rhein-Main-Gebiet angebunden. Hieraus ergeben sich große wirtschaftliche und touristische Potenziale. Mit zusätzlichen Landesmitteln haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern zusätzlichen Regionalverkehr bestellt, damit Regionen und Städte wie Jena, Weimar, Saalfeld und Gera nach dem Verlust des vertakteten Fernverkehres zumindest durch Umstieg mit dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) an das Fernverkehrsnetz angeschlossen sind. Der Einsatz von Ministerpräsident Bodo Ramelow im Bundesrat hat die Planungen zur Aufnahme der vollständigen Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-

Verbindung, der Strecke Gotha-Leinefelde in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes und die Vorbereitung des IC-Knotens Jena vorangetrieben. 2023 soll wieder ein IC im Zweistundentakt durch das Saaletal fahren und ab 2028 von Gera über Jena/ Weimar und Erfurt nach Westen.

- Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen in der Stärkung der Schiene in der Fläche weiterhin eine zentrale Aufgabe. Wir wollen die Verknüpfung des öffentlichen Verkehrs mit dem Individualverkehr vorantreiben. Die Möglichkeit am nächsten Bahnhof, der nächsten Haltestelle aus dem PKW in den Zug oder den Bus umzusteigen, wollen wir verbessern. Wir werden Verknüpfungen mit touristischen Angeboten fortsetzen um die Fahrgastzahlen zu erhöhen und so für die Menschen vor Ort und für die touristischen Gäste umweltfreundliche Mobilität zu anzubieten. Wir wollen die Wiederinbetriebnahme, Erweiterung und Reaktivierung von Bahnstrecken für den Personen- und Güterverkehr. Dazu gehören u. a. die Pfefferminzbahn von Sömmerda (Straußfurt) über Großheringen bis Jena, die Höllentalbahn von Saalfeld bis Hof, die Werrabahn, die Ohratalbahn und die Bahnverbindung vom Bahnhof Rennsteig nach Themar. Wir werden den „Runden Tisch Güterverkehr“ mit dem Ziel weiterführen, Potentiale für die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene im Freistaat zu ermitteln, auch um Ortsdurchfahrten zu entlasten.
- Wir wollen die Erprobung neuer Antriebsformen (z.B. Wasserstoff und Elektro-Triebwagen mit Zusatzbatterien) unterstützen und deshalb die Anschaffung von entsprechenden Fahrzeugen und die notwendige Infrastruktur fördern.
- Wir wollen, dass jedes Thüringer Oberzentrum direkt im 2h-Takt mit Bahn-Fernverkehr angeschlossen ist und setzen uns dafür ein, dass der gute Zielfahrplan des 2. Gutachterentwurfes zum Deutschlandtakt umgesetzt wird und die Streichungen im 3. Entwurf zurückgenommen werden.
- Wir wollen die Fahrpläne des regionalen Bahnverkehrs mit den kommunalen Busverkehr und noch besser mit Angeboten im Fernverkehr abstimmen. Unser Ziel ist ein Angebot, das mehr als bisher in das Umland wirkt und die Verkehrsmittel miteinander zu einem „Thüringentakt“ verbindet. Die bedarfsgerechte Anbindung des ländlichen Raumes durch die Schaffung von Mobilitätsketten ist ein wichtiger Baustein der zukünftigen Verkehrspolitik. Dabei spielt für die letzte oder erste Meile in ländlichen Regionen, in Randzeiten auch in Städten der private PKW eine wichtige Rolle zur Mobilitätssicherung. Wir wollen die Umstiegsmöglichkeiten vom PKW in den öffentlichen Verkehr deutlich verbessern mit Parkmöglichkeiten und kombinierten Tickets für Bahn, Bus und Parken.
- Wir werden Investitionen zur Erneuerung und Vergrößerung der Fahrzeugparks, weiter fördern, um die zunehmenden Passagierzahlen in den Städten zu bewältigen und den ländlichen Raum nicht den Anschluss verlieren zu lassen. Bei Investitionen in den Fahrzeugpark favorisieren wir vor allem Antriebe mit erneuerbaren Energien. Wir unterstützen Städte bei der Elektrifizierung des Nahverkehrs, dazu gehört auch ein sinnvoller Ausbau der Straßenbahnnetze.

Mobil in jeder Form

Die Thüringerinnen und Thüringer sind auf viele Arten unterwegs. Neben Straßen und Schienen sind auch Rad- und Fußwege eine Möglichkeit, um Wege sicher zurückzulegen und umweltschonend mobil zu sein.

- Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen im Ausbau eines sicheren und attraktiven Rad- und Fußverkehrs in Thüringen ein vorrangiges Anliegen. Dazu werden wir verstärkt entsprechende Konzepte in Kommunen und Landkreisen sowie die interkommunale Kooperation fördern. Wir werden den Ausbau der dazu notwendigen Infrastruktur sowie ihres Unterhalts verstärkt unterstützen. Für die Förderung von Mobilitätsstationen, von Fahrradabstellanlagen, Bike- und Ride-Stationen schaffen wir die entsprechenden Voraussetzungen.
- Mit dem Landesstraßenbedarfsplan 2030 des linksgeführten Infrastrukturministeriums können künftig Sanierung, Um- und Neubau von Ortsumgehungen und Landesstraßen besser geplant werden. Dabei stehen Fragen wie Verkehrssicherheit, Umwelt- Lärm- und Gesundheitsschutz der Bevölkerung und die Wirtschaftlichkeit bei notwendigen Um- und Ausbaumaßnahmen mit im Vordergrund. Zur Minderung der Folgen des Individual- und straßengebundenen Güterverkehrs wollen wir Transporte verstärkt auf die Schiene verlagern, den Mautumgehungsverkehr mit Tonnagebeschränkungen, LKW-Tempolimits und Durchfahrverboten einschränken.
- Wir fordern den Bund auf, die Gesetzgebung so anzupassen, dass Lärmschutz als Summe von Straßen-, Schienen-, Luftverkehr – und Industrielärm betrachtet wird. Die bisherige separate Betrachtung der verschiedenen Lärmquellen bildet die Belastungen für die Menschen unvollständig ab.
- Wir wollen die Verkehrssicherheit im Freistaat weiter erhöhen, denn die Vision Zero bleibt unser Ziel. Dazu gehört die verstärkte Förderung der Verkehrserziehung in allen Altersstufen ebenso wie Weiterbildung, sichere Straßen, Rad- und Fußwege, die Förderung von Dialogdisplays (Smileys), notwendige Tempolimits und Polizeikontrollen. Wir werden das Verkehrssicherheitsprogramm evaluieren und fortschreiben.
- Wir wollen die Elektromobilität weiter voranbringen und die diesbezüglich bereits gefassten Beschlüsse des Thüringer Landtages zu einer Reihe von Einzelvorhaben zügig umsetzen. Wir werden dabei auch die Vorbildrolle der öffentlichen Hand in diesem Bereich weiter stärken.

Antrag A-5/ÄA-1: Änderungsantrag zu A-5

Änderungsantrag zu A-5

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12), BO Innen[Stadt] Weimar, Hubert Krüger (Nr. 204)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 251

239 • Wir kämpfen mit guten Gründen gegen ein Atommüllendlager in Thüringen. Deshalb
240 bringen wir uns künftig noch stärker im nationalen Begleitgremium der
241 Bundesgesellschaft für Endlagerung ein. Als ehemaliges Wismut-Bergbaugebiet
242 haben wir bereits dauerhaft mit dem absolut größten Volumen an radioaktiven
243 Altlasten zu kämpfen. Das Absetzbecken Culmitsch und die verwahrten Halden
244 beinhalten über 100 Millionen Kubikmeter radioaktiv- und schwermetallbelastete
245 Rückstände. Die Halden und das Absetzbecken müssen über Jahrhunderte betreut und
246 gesichert werden. Hinzu kommt, dass die Geologie Thüringens bestenfalls 2. Wahl
247 für die Sicherheit über 1 Million Jahre darstellt. Thüringen leistete mit den
248 Wismutaltlasten bereits seinen Teil der Atommülllagerung und letztlich sollten
249 die Bundesländer, die jahrzehntelang von Atomkraftwerken profitiert haben, jetzt
250 ihrer Verantwortung für Atommüll gerecht werden und atomare Abfälle in ihren
251 geeigneten Standorten einlagern.

- Wir möchten interessierten Gesellschaften oder Genossenschaften bei der Anschaffung und Erprobung von Floating-Photovoltaik-Anlagen unterstützen.
- Wir möchten Landwirtschaftsbetrieben bei der Anschaffung und Erprobung der Kombination von Solarstromproduktion und landwirtschaftlicher Nutzung von Agrarflächen durch Agro-Photovoltaik-Anlagen mit geeigneten Förderprogrammen unterstützen. Außerdem wollen wir uns im Bund dafür einsetzen, dass Agro-Photovoltaik-Anlagen im Erneuerbare-Energien-Gesetz Berücksichtigung finden.

Begründung

Bezugnehmend auf Zeile 180 („Auch die Photovoltaik wird zum Problem, wenn sie nicht auf Dächern gebaut wird, sondern wertvolle Flächen einnimmt.“)

Die zunehmende Versiegelung von Naturflächen, auch durch Photovoltaikanlagen, ist ein zusätzlicher Eingriff in die Natur und sollte wenn möglich vermieden werden. Floating-Photovoltaik- und Agro-Photovoltaik-Anlagen können Solarstrom erzeugen, ohne das zusätzliche Versiegeln von Naturflächen. Schwimmende Photovoltaikanlagen (Floating-PA) nutzen Gewässerflächen und sind technisch weitgehend ausgereift. Agro-Photovoltaik-Anlagen wurden

entwickelt, um landwirtschaftliche Nutzfläche auch nach der Installation weiter als solche nutzbar zu lassen. Diese Doppelnutzung der Flächen ist effizient und sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll.

Antrag A-5/ÄA-2: Änderungsantrag zu A-5

Änderungsantrag zu A-5

Antragsteller/in:	Steffen Thormann (KV Unstrut-Hainich-Kreis · Nr. 112), Tim Rosenstock (Linksjugend [`solid] · Nr. 147), Martin Heucke (KV Nordhausen · Nr. 75)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 589 - 597

580 Unser Ziel ist es, einen kostenfreien und flächendeckenden öffentlichen
581 Personenverkehr in ganz Thüringen in einem überschaubaren Zeitraum anzubieten.
582 Deshalb werden wir weiterhin mit den Kreisen und kreisfreien Städten Gespräche
583 führen, um kooperative Strukturen im Thüringer Nahverkehr mit dem Ziel eines
584 landesweiten Verkehrsverbundes weiter zu entwickeln. Wir sehen in dem Thüringer
585 Verkehrsverbund die Chance, landesweite Tarife und abgestimmte Takte zu entwickeln
586 und dabei gleichzeitig die Potentiale der Digitalisierung, Fahrgastinformation in
587 Echtzeit zu Tarifen und Angeboten verstärkt nutzen zu können. Ein solcher Verbund
588 bietet zudem die Möglichkeit, eine landesweit gültige Jahresnetzkarte zu entwickeln,
589 attraktive Jobtickets anzubieten und flächendeckende Sozialtarife einzuführen. ~~Nach~~
590 ~~dem Vorbild des von uns eingeführten Azubitickets wollen wir für Jugendliche ein 365~~
591 ~~Euroticket und weitere kostengünstige Tarife einführen. Wir werden uns dafür~~
592 ~~einsetzen, gemeinsam mit Kommunen, Kammern und Unternehmen das von uns eingeführte~~
593 ~~Azubi-Ticket in Thüringen vollständig flächendeckend und für die Auszubildenden~~
594 ~~finanziell günstiger zu gestalten. Im gleichen Zug soll auch für die Schülerinnen und~~
595 ~~Schüler der gymnasialen Oberstufe der Eigenbeitrag zu den Fahrtkosten abgeschafft und~~
596 ~~übernommen werden. Wir wollen die schnellstmögliche Einführung eines kostenfreien~~
597 ~~Thüringentickets für Jugendliche und~~Wir wollen das Kinder~~.~~ und Jugendliche sowie Auszubildende und Studierende in Thüringen kostengünstig und perspektiv kostenfrei in Thüringen mit dem öffentlichen und schienengebundenen Personennahverkehr durch ein entsprechendes Angebotsmodell unterwegs sein können. Dazu wollen wir in einem ersten Schritt uns dafür einsetzen, gemeinsam mit Kommunen, Kammern und Unternehmen das von uns eingeführte Azubi-Ticket in Thüringen vollständig flächendeckend und für die Auszubildenden finanziell günstiger zu gestalten. Im gleichen Zug soll auch für die Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe der Eigenbeitrag zu den Fahrtkosten abgeschafft und übernommen werden.

Antrag B: #LeaveNoOneBehind!

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

#LeaveNoOneBehind! Thüringen zum sicheren Hafen machen - Landesaufnahmeanordnung durchsetzen – Geflüchtete aufnehmen!

1. DIE LINKE Thüringen fordert die Thüringer Landesregierung auf, umgehend eine Klage gegen das durch das Bundesinnenministerium verweigerte Einvernehmen zur Landesaufnahmeanordnung für Geflüchtete auf den griechischen Inseln zu veranlassen und einzureichen.

2. Der Landesparteitag fordert die Mitglieder der LINKEN in der Thüringer Landesregierung - unsere Minister*innen Heike Werner, Helmut Holter, Benjamin-Immanuel Hoff und unseren Ministerpräsidenten Bodo Ramelow - sowie die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag auf, die Klage gegen das durch Seehofer verweigerte Einvernehmen zur am 2. Juni 2020 beschlossenen Landesaufnahmeanordnung für Geflüchtete auf den griechischen Inseln in den entsprechenden Gremien in Kabinett und Landtag aufzurufen und damit die Um-bzw. Durchsetzung der Landesaufnahmeanordnung zu forcieren.

Begründung

Weitere Einreicher*innen:

Hubert Krüger, Tim Rosenstock, Uwe Adler, Volker Hinck, Christian Schaft, Michel Triemer, Johannes Feutlinske, Steffi Richter-Schmidt, Kati Engel, Knut Meenzen, Kreisverband Saale-Holzland-Kreis, Kreisverband Apolda-Weimar, Katja Seiler

Nachdem Thüringen, Berlin und Bremen im Sommer Landesaufnahmeanordnungen erlassen hatten, verweigerte das Bundesinnenministerium das nach § 23 a Aufenthaltsgesetz dafür erforderliche Einvernehmen. Eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Streichung des Einvernehmenserfordernisses) scheiterte, wie erwartet, an den Mehrheiten im Bundesrat.

Nun endlich hat Mitte November der Berliner Senat beschlossen, gegen das durch das Bundesinnenministerium verweigerte Einvernehmen zur Landesaufnahmeanordnung für Geflüchtete aus den griechischen Hotspots zu klagen. Durch das rot-rot-grüne Thüringer Kabinett ist bisher keine Klage angestrengt oder vom zuständigen Ministerium vorgelegt worden. LINKE und Grüne haben sich klar für eine Klage ausgesprochen, eine solche Aussage gibt es bislang nicht von der Koalitionspartnerin SPD. Und der bündnisgrüne Migrationsminister äußerte sich zuletzt ausweichend.

Auch wenn die Landesaufnahmeanordnung mit nur 500 Geflüchteten, die bis Ende 2022

aufgenommen werden sollen, keineswegs den in den griechischen Hotspots herrschenden miserablen, menschenunwürdigen Bedingungen entspricht – und auch nicht den von Mitgliedern der Bündnis 90/Die Grünen Thüringen, der SPD Thüringen und der Thüringer LINKEN bereits am 5. April in einem offenen Brief formulierten Forderungen zur Landesaufnahme – sie verkommt zum Scheinsymbol, wenn man nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, sie gegen den Bundesinnenminister Seehofer durchzusetzen.

Die Bedingungen auf den griechischen Inseln sind für die dort lebenden Geflüchteten seit dem Sommer noch schlimmer geworden: die Wetterverhältnisse treffen die Menschen (nicht nur in Moria) in unzureichenden Unterkünften, es gibt keine adäquaten sanitären Einrichtungen, nicht ausreichend Trinkwasser und Lebensmittel, kaum medizinische Versorgung, Hilfsorganisationen wird der Zutritt zu den Camps verwehrt, die Menschen sind der Corona-Pandemie hilf- und schutzlos ausgeliefert.

Das im Koalitionsvertrag formulierte „Wir stehen für eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Migrationspolitik.“ muss sich auch in der Durch- und Umsetzung beschlossener Willenserklärungen wie der Landesaufnahmeanordnung widerspiegeln.

Antrag C: Geeignete Infektionsschutzmaßnahmen

Antragsteller/in:	Michel Triemer (KV Apolda-Weimar · Nr. 12), KV Apolda-Weimar, Kevin Reichenbach (KV Apolda-Weimar · Nr. 10), Hubert Krüger (Nr. 204), Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Geeignete Infektionsschutzmaßnahmen

Der Landesvorstand der DIE LINKE. Thüringen wird beauftragt, Grundsätze zur SARS-CoV-2-Pandemiepolitik auszuarbeiten, aus denen insbesondere Leitlinien zur Priorisierung und Eignung von Maßnahmen ablesbar werden, die den aktuellen Herausforderungen gerecht werden und einen LINKEN Politikstil wieder spürbar werden lassen. Der Vorstand soll ein geeignetes Format entwickeln, um Genoss:innen an der Basis in die Debatte einzubeziehen.

Unter anderem folgende Ansätze könnten geprüft werden:

- Zielsetzung von “zero COVID” (nahe Null tägliche Neuinfektionen) und Wiedererlangen von Planbarkeit
- Rechtsdurchsetzung in öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereichen, sowie auf Versammlungen mit hoher Wahrscheinlichkeit der Nichteinhaltung von Schutzmaßnahmen
- Flexibilisierung und eigenverantwortliche Gestaltbarkeit privater Bemühungen um Kontaktbeschränkung, Ermöglichung freiwilliger Selbstisolation
- wirksame Schutzmaßnahmen in der Altenpflege und in Betreuungseinrichtungen
- Investitionen in wirksame Konzepte im Unterricht für ältere Schüler:innen
- Mindestanforderungen an Qualität von Masken, sowie deren Finanzierung
- Einbezug der Unternehmen
- Aufklärung und Kampagnen
- Nachholen der Feiertage zu Ende der Einschränkungen in Form einer Festwoche
- Verbesserung der Kommunikation

Der Parteitag bittet die DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, die Landesregierung, aber auch alle anderen demokratischen Abgeordneten des Thüringer Landtags dringend darum, wo immer möglich bereits jetzt Lösungen für die hier beschriebenen Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

Begründung

Mitnichten ist die Pandemiekrise als beendet zu betrachten und wir müssen auch im Sinne der baldigen Wiedererlangung des vollen Ausmaßes an Freiheit und Demokratie dringend dafür sorgen, dass das Infektionsgeschehen nicht länger auf hohem Niveau stagniert oder noch rasanter voranschreitet. In der Vergangenheit ist uns dabei keine Maßnahme leicht gefallen und nichts haben wir leichtfertig entschieden. Nun sind wir an einem Punkt angelangt, an dem die Unterstützung von Infektionsschutzmaßnahmen in der Bevölkerung bedenklich zu erodieren droht. Statt eines versprochenen Endes mit Schrecken, erleben wir nun einen Schrecken ohne Ende. So folgte der Rede von einem "Wellenbrecherlockdown" der faule Kompromiss eines "Lockdown-light", der unter einer populistischen Ausrichtung auf ein Weihnachtsfest hin stattfand. Entsprechend beobachten wir nur den halben Eindämmungserfolg, den wir aus dem Frühjahr bei etwa gleichen Maßnahmen im privaten Bereich kennen. Daraus können wir ablesen, dass es vor allem die Kommunikation und Wahrnehmung und nicht die eigentliche Schärfe der Formulierungen der konkreten Coronaregeln ist, die sich eignet, um das Verhalten der Bevölkerung wünschenswert zu beeinflussen. Zu Anfang der Krise war es legitim und angebracht, die Notwendigkeit der Maßnahmen durch unsere geradezu zur Schau gestellte, überschwängliche Mitwirkungsbereitschaft zu unterstreichen. Inzwischen entwickelt sich diese unkritisch wirkende Grundhaltung jedoch zum Problem für unsere Glaubwürdigkeit und untergräbt damit unsere Autorität, die Menschen auf dem Weg der COVID-Bekämpfung zu motivieren. Wir müssen also gleichzeitig klarer zum Ausdruck bringen, dass Einschränkungen notwendig sind und, dass wir deshalb noch lange nicht jeden Unfug mittragen. Wir überlassen andernfalls auch den legitimen Teil der Kritik allein den Faschist:innen.

Der Landesparteitag stellt beispielhaft fest, dass die Politik des abwechselnden Verschärfens und Lockerns in der SARS-CoV-2-Pandemie an ihre Grenzen gelangt ist und einer kritischen Prüfung der Geeignetheit sowie einer Optimierung der Wirksamkeit des bestehenden Maßnahmenspektrums weichen muss. Der Landesparteitag vertritt hierbei die Auffassung, dass das Ziel und die beabsichtigte Wirkung von Infektionsschutzmaßnahmen ausreichend beschrieben und dringend unterstützenswert, ja notwendig, sind. Dabei sind jedoch vordergründig an zahlreichen Stellen Rechtsdurchsetzungsprobleme festzustellen. Gleichzeitig gefährden realitätsfremde, nicht nachvollziehbare, widersprüchliche und auch nicht kontrollierbare Maßnahmenbestandteile Glaubwürdigkeit und damit die Regelbefolgung im privaten Bereich. Dem privaten Bereich kommt deshalb aktuell eine solch große Bedeutung zu, da Prioritätensetzungen bundesweit stark hin zu "wirtschaftlichen" Kurzsichtigkeiten verschoben sind. Dieses durch Lobbyismus und finanzielle Ungleichverteilung gestörte Gleichgewicht, das sich auch in der Thüringer Pandemiebekämpfung immer mehr durchzeichnet, muss zumindest hier und damit vorbildhaft für alle anderen Bundesländer ausgeglichen werden. Die geltenden Regelungen und Notverordnungen werden dem Umstand nicht mehr gerecht, dass es für jede:n einzelne:n einer individuell gestalteten Infektionsrisikominimierung bedarf, deren Optimierung sich niemals vollständig aus der eigenen Verantwortung lösen lassen wird. Erwägungen dazu, wie jede:r einzelne im Kleinen noch besser Infektionen verhindern könnte, weichen zunehmend einer Kultur von Regelumgehungsstrategien. Verbreitet beobachtbare Mängel und Inkonsequenz bei der Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen in Supermärkten, Einkaufszentren, Mitnahmerestaurants und Geschäften, dem öffentlichen Nahverkehr, bei faschistisch unterwanderten Coronademos, am Arbeitsplatz und leider auch in Einrichtungen der profitoptimierten Alten- und Krankenpflege sowie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

vermitteln zunehmend ein Gefühl der Aussichtslosigkeit für jegliche persönliche, freiwillige Bemühung. Auch der Umstand, dass nach wie vor Standards für Schutz- aber auch Alltagsmasken fehlen oder nicht durchgesetzt werden, erscheint inzwischen in einem angeblich hoch industrialisierten Land inakzeptabel. Den Menschen, die sich vorbildhaft verhalten, schlägt zunehmend sozialer Druck entgegen, der durch fatale Kommunikationsakte wie das Inaussichtstellen eines Weihnachtsfestes und der damit einhergehenden innerlichen Verpflichtung, Familienbesuche durchzuführen und Geschenke zu beschaffen, auch von politischer Seite befeuert wurde. Jeglicher Rest von Glaubwürdigkeit wird darüber hinaus dann verspielt, wenn Coronaleugnende unbehelligt ordnungswidrig durch die Straßen ziehen können, während das Gewaltmonopol vor allem am Gegenprotest Exempel statuiert.

Die Gründe für die vorgenannten Unzulänglichkeiten sind an erster Stelle in den Ergebnissen von Formelkompromissen und der Fehleinschätzung zu suchen, bundeseinheitliche Vorgehensweisen wären besonders oder allein dazu geeignet, Regelakzeptanz zu erhöhen. Stattdessen hat sich gezeigt, dass die Menschen auf ein in sich stringentes, sprich nachvollziehbar funktionierendes und logisch abgestimmtes Gesamtkonzept mit Planbarkeiten wert legen, auch wenn es lokal unterschiedliche Ausformungen findet. Die Methodik der sogenannten Ministerpräsident:innenkonferenz ist geradezu ein Garant für das Nichtgelingen einer konsistenten Strategie. Die Rede von einem goldenen Mittelweg ist so fehl am Platz, wie selten zuvor. Das kann auch ein einzelner Ministerpräsident Bodo Ramelow mit aufrichtig bestem Willen nicht ändern. Im Zweifel und nach Ausschöpfung von Überzeugungsversuchen der kapitalistischen Ministerpräsident:innen muss sich DIE LINKE. Thüringen also nun für Geeignetheit statt bundesweiter Einigung entscheiden und sich für das empirisch-wissenschaftlich fundiert Beste für die Gesundheit der Menschen einsetzen. DIE LINKE. Thüringen wird deshalb vermehrt fordern, dass bestehende Maßnahmen optimiert und in ihrer Wirksamkeit ausgereizt werden. Priorisierungen sollen vermehrt von der Umsetzbarkeit, dem Aufwand und Effektstärke abhängig gemacht werden und es wird akzeptiert, dass Maßnahmen im privaten Raum ohnehin nicht wesentlich über den Charakter einer Empfehlung hinaus wirken werden. Im öffentlichen Raum und in privaten Unternehmen sollte sich DIE LINKE. Thüringen dafür einsetzen, dass durch harte Kontrollen und Sanktionen überall Umstände vorzufinden sind, die ein individuell verantwortliches Handeln überhaupt erst ermöglichen, es unterstützen und Anreize zu ihm zu schaffen. Nach vielen Monaten ist es nun spätestens an der Zeit, mit Liebe zum Detail zu einem modernen Politikstil zurückzufinden. Hier wird vermehrter Einsatz innerparteilicher Demokratie einen Beitrag zum Feinschliff der Coronaregeln leisten können.